

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2.90 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Insertions-Gebühr

Bekannt für die sechsstelligen Anzeigen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf., (zuzüglich 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Geschäftsange-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 27. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Niedergang des Parlaments.

Aus Wien wird uns vom 25. Juni geschrieben:
 Wer hätte vor sechs Jahren, als in Oesterreich zum
 erstenmale ein Parlament, auf Grund des allgemeinen und
 gleichen Wahlrechts gewählt, zusammentrat, glauben wollen,
 daß es nach knapp sechs Jahren mit der Volksvertretung so
 übel stehen werde! Und wer hätte gefürchtet, daß die Hoff-
 nungen, die man von dem großen demokratischen Fortschritt
 der Wahlreform erwartete, auf allen Seiten erwartete, so
 schlimm trügen werden? Wohl mögen diese über-
 strömenden Hoffnungen nur aus jenem leidenschaftlichen
 Hochgefühl, das damals ganz Oesterreich erfüllte, zu
 verstehen sein und zum Teil muß ihre Erregung natü-
 rlich auch als eines der Mittel begriffen werden, womit
 die Wahlreform gegen die schleichen den Feinde verteidigt und
 gegen ihre Ränke durchgesetzt wurde; aber wenn auch der
 ganze Ueberchwang jener Kampfzeit abgezogen und an das
 österreichische Abgeordnetenhaus nur der Maßstab des
 nüchternen Wertes angelegt wird, so kommt noch immer
 ein wahrhaft erschreckendes Defizit heraus. Es ist natürlich
 nicht erstaunlich, daß trotz der Wahlreform aus dem öster-
 reichischen Abgeordnetenhaus kein Idealparlament geworden
 ist — derlei wird auch anderswo nicht anzutreffen sein —,
 aber dieses österreichische Parlament ist nicht einmal ein
 normales Parlament. Ihm fehlt die Sicherheit seines
 Daseins, die Unerkennbarkeit seines Bestandes auch
 weiter, was alles anderen Parlamenten vergönnt
 und nirgendwo einer Bezweiflung ausgesetzt ist. Es
 hat noch immer kein gesundes Leben erlangt, und
 man muß es schon als Glück preisen, daß es in den Abgrund,
 an dessen Rand es sich immer bewegt, noch nicht hinein-
 gefallen ist. Aber Freude macht dieses Parlament weit
 Gott keinem Menschen.

In diesem Jahre war es ganz besonders arg, und wenn
 auch die eigentlichen Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen
 hatte, auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, in den aus-
 wärtigen Verwicklungen zu suchen sind, so hätte natürlich
 ein lebensfähiges Haus ihnen ganz anders widerstanden.
 In diesem Jahre hat das Parlament eigentlich nur in der
 Erscheinung der Ferien existiert, gegen welche Verwandlung
 die Abgeordneten vielleicht weniger einzuwenden haben — weil
 nämlich, indem man das Haus weder schließt noch
 verlegt, sondern nur einfach mit den Sitzungen aussetzt,
 die Diäten weiter gezahlt werden, also gezahlt werden, als ob
 das Haus das ganze Jahr versammelt wäre —, die aber die
 Geringschätzung, die in der Bevölkerung herrscht, eher noch
 mehrt. Das Abgeordnetenhaus hat am 20. Juni die letzte
 Sitzung dieser Sommertagung gehalten. Das ergibt also für
 dieses Jahr 170 Tage; wieviel Sitzungen, meint man, sind
 aber in diesem Jahre gehalten worden? Nicht mehr als
 29 Sitzungen, also so viel, als ihrer ein Haus, das auf
 Dekonomie hält, etwa in einem Monat haben wird. Nun ist
 ja richtig, daß das Parlament an dieser Zeitvergeudung
 nicht allein schuldig ist, den Hauptteil der Schuld die Re-
 gierung trägt, die das Parlament vom 7. März bis 15. Mai
 mit Berufung auf die ungeklärte auswärtige Lage gewalt-
 sam feiern ließ; aber einem ernsthaften, selbstbemühenden
 und vor allem arbeitsfreudigen Hause hätte sie diese
 Gewalt eben nicht bieten können. Die Wahrheit ist eigentlich,
 daß die Abgeordneten über jeden ausfallenden Sitzungstag
 nur froh sind, was sich schon sichtlich darin zeigt, daß das
 Haus auch während der gehäuftesten Arbeit nie mehr als
 vier Sitzungen in der Woche abhält; es hat die englische Sitte
 des Wochenendes gleich auf drei Tage (Sonabend, Sonntag,
 Montag) erstreckt. Es gibt kein Parlament der Welt, das in
 der Abwicklung seiner Aufgaben so unsäglich schwerfällig wäre,
 was sich ja ausreichend durch die geradezu phantastische
 Mannigfaltigkeit seiner Parteien erklärt; keines aber auch, dem
 der Begriff der richtigen Zeiteinteilung so fremd wäre wie diesem
 Hause, das überhaupt erst in der letzten Woche der Tagung
 zu arbeiten anfängt, und auch keines, das bei seiner Tagung
 auf andere Körperschaften, wegen deren es seine Arbeiten
 unterbrechen muß (Landtage, Delegationen), Rücksicht zu
 nehmen hätte. Dazu kommen natürlich die ewigen Störungen
 durch Obstruktionen, zu deren Bewältigung der erschöpfteste
 Organismus nicht mehr ausreicht; der Mangel einer den
 Verhandlungsnotwendigkeiten angepaßten Geschäftsordnung;
 die allen Vorstellungen spottende Unfähigkeit der Regierung,
 die statt die auseinanderstrebenden Teile zu binden, was
 ganz eigentlich ihre Pflicht wäre, der fortschreitenden Zer-
 setzung tatenlos zusieht; und das Ergebnis ist, daß jeder
 Tagungsabschnitt mit einer Art Flucht abschließt, und von
 dem Nächstigen der zu leistenden Aufgaben nur gerade das
 Allerdringendste, das, was den § 14 verhütet, fertig wird.
 Die Folge ist aber: allgemeine Enttäufung, und das Sinken
 des einmal so froh begrüßten Parlamentes in der Schätzung
 der Menschen.

Der Ursachen dieses parlamentarischen Niederganges sind
 natürlich viele, aber die Grundursache ist wohl die, daß der
 Mangel des staatlichen Gemeinschaftsgefühls, wie er die
 Nationen in Oesterreich beherrscht, seine Widerpiegelung in
 dem Mangel an parlamentarischen Gemeingefühl findet. Im
 Grunde genommen, schaut es in dem österreichischen Parla-
 ment so aus, wie es in dem österreichischen Staate ausschaut:

wie in diesem die zentrifugalen Strömungen immer mehr
 überhandnehmen und das Gefühl der Verdrossenheit, an
 diesen künstlichen und unwahrhaftigen Staat gefesselt
 zu sein, allmählich alle hergebrachten Bindungen über-
 wuchert, so mangelt im Parlament den nationalistischen
 Parteien wieder das Gefühl, an der Ein-
 richtung der Volksvertretung jenes hohe Gut zu besitzen,
 das nicht in Gefahr gebracht werden darf und vor dessen
 Notwendigkeiten die chauvinistischen Versteigungen zurück-
 treten müssen; den Nationen fehlt (man kann das ungewöh-
 nliche Wort vermeiden, weil es allein die Sachlage aus-
 spricht) die Liebe zum Staate, den Parteien fehlt die Liebe
 zum Parlament. Von diesem Mangel parlamentarischer Solidarität
 rühren im Wesen all die Verlegenheiten, Schwierigkeiten und
 Krankheiten des Parlamentes her; was in allen Parlamenten
 so selbstverständlich ist, daß dessen Sein den Parteien ja gar
 nicht mehr bewußt ist, die Unbezweifelbarkeit der Existenz des
 Parlamentes; das ist dem Parlament des Nationalitätenstaates
 schier unerreichbar. Und es ist natürlich nicht überraschend,
 daß in dem Augenblick, da dieser Mangel der staatlichen Zu-
 sammengehörigkeit der zusammengeheirateten Völker der
 Hausmacht besonders schroff hervortritt, in dem Augenblicke
 der staatlichen Schwäche auch die Schwäche des Parlamentes
 empfindlicher werden mußte. Von Geburt aus ist ein öster-
 reichisches Parlament ein schwächliches Gebilde, und die sorg-
 samste Pflege, die unermüdlteste Fürsorge täte not, um die
 Reime seiner Entwicklungsmöglichkeiten, die natürlich auch vor-
 handen sind, zur Entfaltung zu bringen. Aber die brutale
 Vergewaltigung, der es um der ständigen auswärtigen Ver-
 wicklungen seit Jahren ausgesetzt ist, scheint schon alle Reime
 verschüttet zu haben.

So ist von der nun abgeschlossenen Tagung wenig Erfreuliches
 zu melden. Ursprünglich wollte man an die verlorene Zeit noch
 eine Tagung im Juli, die Julisession, wie man sie nannte, an-
 knüpfen; da sollten die Steuervorlagen beschlossen werden, deren
 Bewilligung die Regierung zur Voraussetzung der Gesetze über die
 Erhöhung der Beamtengehälter erklärt. Aber die Trägheit der Mehr-
 heitsparteien und die Frivolität der kleinen Obstruktionspartei
 waren stärker als selbst der Druck von den Beamten und ihren
 Organisationen; die Julisession ist also ins Wasser gefallen.
 Bis auf ein paar kleine Vorlagen ist die Tagung ganz un-
 fruchtbar geblieben, und die Hoffnung, daß sich das Parlament
 des fortschreitenden Verfalls erwehren und eine Auferstehung
 feiern werde, ist auf den Herbst vertagt worden. Neben den
 sachlichen Schwierigkeiten hat das Parlament, und fast nicht
 weniger, auch mit der ganz entsetzlichen Minderwertigkeit der
 bürgerlichen Parteien und Abgeordneten zu kämpfen, die, ins-
 besondere bei den Deutschen, nur noch von der einen Sorge
 des strapellosten Kampfes gegen die Sozialdemokratie erfüllt
 sind, und also immer unfähiger werden, das Parlament zu
 führen und zu leiten. Aber so wenig für die Großmacht ein
 Aufschwung denkbar ist, so wenig wahrscheinlich ist er auch
 dem Parlament. Dieser liebe Staat zwingt alle Ansprüche
 zur tiefsten Bescheidenheit hinab.

Der Wehrbeitrag in zweiter Lesung.

Der Reichstag erlebte am Donnerstag eine kleine Ueber-
 raschung. Der Präsident hatte die Sitzung vorfristig schon zu
 11 Uhr früh einberufen, wahrscheinlich mit der angenehmen Ab-
 sicht, eine Dauer Sitzung von erheblicher Länge zur wirksamen
 Förderung der Deduktionsvorlagen möglich zu machen. Aber es kam
 anders. Die zweite Beratung des Wehrbeitrags mitsamt der zweiten
 Beratung des Gegentwurfs zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes
 war schon um 2/3 Uhr zu Ende. Eine neue Sitzung anzuberaumen
 war nicht möglich, so daß die Fraktionen den unerwarteten freien
 Nachmittag zu ausgiebiger Beratung ihrer Stellung in der dritten
 Lesung benutzen konnten.

Bei der Beratung des Wehrbeitrags entspann sich
 eine längere Debatte über die Bestimmung, daß bei land- und forst-
 wirtschaftlichen Grundstücken der Ertragswert bei der Feststellung des
 Vermögens zugrunde gelegt werden soll, und daß als solcher das
 Zwache des Reinertrages zu gelten habe. Die Konservativen be-
 antragten wieder wie schon in der Kommission, daß nur das Zwache
 als Ertragswert zugrunde gelegt werden solle. Die sozialdemo-
 kratische Fraktion beantragte Streichung des ganzen Paragraphen.
 Genosse Emmel wies in seiner Begründung unseres Antrages
 nach, daß der Paragraph nur eine Bevorzugung des Agrariertums
 im Auge habe; es müsse aber für die Agrarier bei der Feststellung
 des Vermögens gleichfalls der gemeine Wert zugrunde geleg
 werden, sie dürften nicht auf Kosten der anderen Abgabepflichtigen
 begünstigt werden. Einem Versuche von konservativer Seite,
 ihre Forderung mit Erfahrungen in Hessen zu begründen, traten die
 Genossen Ulrich und David sofort mit schlagkräftigen Gründen
 entgegen, während Genosse Sadekum die Benachteiligung der
 Städte durch den agrarischen Antrag und die Bestimmung der
 Gesetzesvorlage nachwies. Bei der Abstimmung fielen sowohl der
 konservative wie der sozialdemokratische Antrag, so daß der Paragraph
 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen wurde.

Die sozialdemokratische Forderung, eine andere Skala für die
 Besteuerung der Einkommen zur schärferen Erfassung der
 höheren Einkommen zu beschließen, führte zu einer längeren
 Debatte. Die bürgerlichen Parteien ließen sich durch unseren Ge-
 nossen Wurm nochmals ins Gesicht sagen, daß die Verschleierung
 der Beschlüsse der ersten Kommissionslesung auf ein Millionen-
 geschenk an Millionäre hinauslaufe, stimmten aber den sozialdemo-
 kratischen Antrag nieder.

Genosse Hofrichter begründete den sozialdemokratischen
 Antrag, daß etwaige Ueberschüsse des Wehrbeitrages
 für Unterstützung von Kriegsteilnehmern, für Bekämpfung der
 Tuberkulose und für Förderung des Mutter- und Säuglingschutzes
 und der Wohnungsreform verwendet werden sollen. Die konser-
 vativen lenkten die unbehagliche Anregung auf ein Nebengeleise, die
 Mehrheit lehnte wie üblich den sozialdemokratischen Verbesserungs-
 antrag ab.

Die Aenderung des Reichsstempelgesetzes wurde
 ohne erhebliche Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten
 angenommen.

Franzosen und Engländer.

London, 25. Juni. (Fig. Ber.) Der Besuch des Präsiden-
 ten der französischen Republik in London geht mit dem ge-
 wöhnlichen militärischen Klimbim und dem vorchristlich-
 mäßigen Getöse vor sich, das überall die Begegnung der
 Häupter der modernen zivilisierten Staaten begleitet und das
 eigentlich nur bei einem Palaver zweier Regierhaupte am
 Plage ist. Von der überschwenglichen Begeisterung, mit der
 die Sensationspresse Englands ihre Spalten füllt, merkt man
 nichts. Nicht als ob das englische Volk dem französischen nicht
 zugetan wäre und das Einverständnis, das zwischen beiden
 Ländern besteht, nicht billigte. Im Gegenteil, das englische
 Volk ist herzlich froh, daß der alte Hader zwischen ihm und
 seinem sogenannten „Erbsind“ vergessen und begraben ist
 und der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung Platz
 gemacht hat. Aber von einer überschwenglichen Freude, die nur
 zu leicht als eine Demonstration gegen andere Völker ge-
 deutet werden könnte, ist dieses Gefühl weit entfernt. Der
 Besuch des französischen Präsidenten, der von dem französischen
 Minister des Auswärtigen begleitet ist, ist ein Geschäftsbesuch.
 Die Kreise, auf die sich Herr Poincaré und die bestehende fran-
 zösische Regierung stützen, fühlen das Bedürfnis, der Welt die
 Wirksamkeit des englisch-französischen Einverständnisses zu
 demonstrieren. Die Ablehnung Asquiths, daß zwischen der
 englischen und französischen Regierung geheime militärische
 Abmachungen bestünden, und das enge Zusammengehen
 Deutschlands und Englands in der Vorkampagne hat zweifellos
 unter den französischen Reaktionen Vorzugs hervorgeru-
 fen. Sie träumen von einem gegen Deutschland gerichteten
 Bündnis, nach dem England mit einem Heere Frankreich zur
 Hilfe kommen sollte, und eine Zeitlang sahen es, als ob dieser
 Gedanke infolge der Vermählungen der englischen Militärs
 auch hierzulande Wurzel fassen sollte. Aber die praktische
 Sinnesart der Engländer hat diese Hirngeispinnerei bald zer-
 streut. Der englische Imperialismus hat zu viele aktuelle
 Fragen zu lösen, als daß er seine Zeit mit Träumereien und
 Abenteuer von fragwürdigem Nutzen vertrödelte. Daß die
 Vorzugs um die Wirksamkeit der Entente den Anlaß zu der
 Reise des Präsidenten gab, beweist am deutlichsten die jeden-
 falls sorgfältig vorbereitete Rede Poincarés auf dem
 gestrigen Staatsbankett. Er wies auf das „beständige Zu-
 sammenarbeiten“ der beiden Regierungen während der Vorkam-
 pagne hin und kam dann wieder zurück auf das „tägliche
 Zusammenwirken“. Im Gegensatz zu dieser Betonung der
 Unverletzlichkeit der Entente stehen die Worte des englischen
 Königs, der von dem Geiste des Vertrauens und der gegen-
 seitigen Freimütigkeit sprach, „in dem Frankreich und Groß-
 britannien die verschiedenen Probleme behandelt haben“. Wenn
 das Resultat der Visite eine Bekräftigung der englisch-
 französischen Freundschaft ist, so wird kein vernünftiger Mensch
 etwas dagegen haben können; denn es kann der Welt nur
 zum Vorteil gereichen, wenn zwei große, hochgebildete Nach-
 barvölker ihre Angelegenheiten frei von der alten Geheißigkeit
 und in freundschaftlichster Weise regeln.

Doch das Bedeutendste an diesem Besuche ist, daß er die
 Welt auf die Erscheinung aufmerksam macht, daß zwei Völker,
 die sich Generationen lang als Erbfeinde betrachtet haben, in
 kurzer Zeit die besten Freunde werden können, wenn nur bei
 den Herrschenden der gute Wille vorhanden ist. Es gibt Leute,
 die allen nationalen Streit auf die Unvereinbarkeit der
 Temperamente und Ideale der verschiedenen Völker zurück-
 führen wollen. Diese gedankenlosen Menschen bekümmern sich
 zuweilen sehr hohe Kränze im Staate und beeinflussen durch ihre
 Reden große Volkskreise. Der Gegensatz zwischen Germanen
 und Slaven, der in Deutschland von dem Militarismus zu
 einem großen Raubzug benützt wird, ist eine Frucht dieser
 Schule. Wer nun die Wandlungen, die sich in den Beziehun-
 gen zwischen dem englischen und dem französischen Volke in den
 letzten Jahren vollzogen haben, auch nur oberflächlich studiert,
 muß einsehen, wie unhaltbar diese Ansichten sind. Hier hat
 man zwei Völker, die sich jahrhundertlang bekämpft haben,
 die sich die blutigsten Land- und Seeschlachten geliefert haben,
 die sich im Temperament mehr unterscheiden als irgend zwei
 andere Nationen Europas, die sich beständig gezanzt und
 heruntergefetzt haben. Da plötzlich finden die Regierungen
 der beiden Länder, daß es vorteilhafter für sie sei, ihre Diffe-
 renzen in Afrika, Asien und Nordamerika auf gutem Wege
 beizulegen, und wie durch ein Zauberwort verschwindet
 der alte von den herrschenden Klassen geschürte Hader und die
 Völker fallen sich einander in die Arme. Wer diesen Um-
 scheidung im Lande selbst miterlebt hat, kann seine Größe am
 besten bewerten.

Es sind kaum mehr als 13 Jahre vergangen, als der da-
 mals mächtigste Staatsmann Englands, Joseph Chamberlain,

den Franzosen die berüchtigte Predigt hielt, in der er ihnen ankündigte, er werde ihnen „bessere Manieren“ beibringen. Damals noch waren die Franzosen in englischen Augen ein entartetes Volk, dem man alle Laster und Untugenden nachsagte. Und die Franzosen zahlten den Engländern natürlich mit gleicher Münze heim. Der jahrhundertlange Haß der beiden Völker gegeneinander hat auch in der Sprache seinen Niederschlag gefunden. Der Franzose sagt von einem Jechpreller, daß er sich auf englisch empfehle (filer à l'anglaise), und der Engländer behauptet, daß sich ein Jechpreller auf französisch empfehle (to take French leave). Wir wollen von den Untugenden und Lastern schweigen, deren Erwähnung die Höflichkeit verbietet. Engländer hatten sich in Paris und Franzosen hatten sich in London Beschimpfungen gefallen zu lassen. Dann kam im Jahre 1904 die Entente und löhnte mit einem Schlage die „Erbfeinde“ aus. Heute machen sich Franzosen und Engländer gegenseitig Komplimente. Die Atmosphäre des Hasses, des Mißtrauens und der Verdächtigung ist gewichen und beide Nationen erkennen jetzt mit freierem Blick die Vorzüge und Verdienste ihres Nachbarn an. Wie war das möglich? Gaben sich Charakter, Temperament und Ansichten der Engländer und Franzosen über Nacht verändert. Kein Mensch, der bei rechten Sinnen ist, wird dies behaupten wollen. Nur das künstliche Aufreißtsein der Leidenschaften hat aufgehört, die gebäffte und unwissende Beurteilung des Nachbarn in der Presse und auf der Rednertribüne ist verstummt. Und wenn diese Wandlung in England und Frankreich möglich ist, wird sich manch einer fragen, weshalb sollte sie nicht zum Beispiel in Deutschland und Frankreich möglich sein? Vielleicht liegt diese Verständigung nicht im Interesse der militärischen Kreise der beiden Staaten, die vorgeben, die Nation zu sein.

Politische Ueberblick.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion wählte in ihrer Sitzung am Mittwoch an Stelle des verstorbenen Genossen Kadens den Genossen Ledebour in den Fraktionsvorstand.

Für die Rüstung, aber gegen die Zahlung.

Der Vorstand des Bundes der Industriellen beschloß einstimmig an den Reichskanzler und Bundesrat einen telegraphischen Protest zu senden, um die Regierung zu bitten, den Kommissionsbeschlüssen über den Wehrbeitrag die Genehmigung zu verweigern. Auch der Vermögenszuwachssteuer solle nur zugestimmt werden, wenn der wieder im Betrieb angelegte Zuwachs Begünstigungen erhalte. Ausdrücklich wird der Bundesrat, der die Funktionen einer Ersten Kammer zu versehen habe, gegen den Reichstag scharf gemacht, ein nettes Stück von den doch liberalen Herren. Geschweizer täten sie freilich, wenn sie sich sagten, daß sie jetzt nur gerechterweise die Strafe abzutragen haben für ihre besinnungslose Rüstungsbegeisterung. Und sie sollten noch froh sein, diesmal so billig davon zu kommen.

General v. Wandel und die Gastwirte.

Bekanntlich suchte sich General v. Wandel bei Besprechung des Militärboykotts gegen die Angriffe des Genossen Dr. Frank dadurch zu verteidigen, daß er behauptete, ein deutscher Wirteverband mit über 100 000 Mitgliedern billige unter gewissen Voraussetzungen das Militärverbot, und als an andern Tagen Genosse Frank ein Protesttelegramm mehrerer Wirtsverbände und Zunungen verlesen wollte, wurde er durch den Einspruch des konservativen Grafen Westarp daran gehindert. Am Mittwoch fand nun in Trier der 21. Bundestag deutscher Gastwirte statt. Der Vorsitzende (Kämpf-Leipzig) erklärte, er habe die Eingabe an das Kriegsministerium zwar unterschrieben, aber von ihrem Inhalt keine Kenntnis genommen. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß der General v. Wandel den Sinn des Schriftstückes unrichtig wiedergegeben hat, da er nur einen Teil (!) des Schreibens verlesen habe. Tatsächlich sei nur gebilligt worden, daß während der Dauer einer sozialdemokratischen Versammlung eine militärische Sperre eintrete. Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die bedauert, daß die Bundesleitung ihre Unterschrift zu der bedenkenlichen Petition gegeben hat, und verlangt, „daß der Militärboykott für alle deutschen Wirte aufgehoben wird“.

General v. Wandel wird also bis zur dritten Lesung der Militärvorlage eine neue Ausrede für den standalösen Mißbrauch des Militärverbotes suchen müssen.

Um Kadens Reichstagsmandat.

Nach einer Meldung der „Zagl. Rundschau“ werden im vierten sächsischen Reichstagswahlkreise die Reformen mit den Konservativen voraussichtlich wieder zusammengehen und mit Unterstützung der deutschsozialen Partei einen gemeinsamen Kandidaten in dem durch Kadens Tod verwaisten Reichstagswahlkreis Dresden-Reustadt aufstellen. Von der fortschrittlichen Volkspartei wurde der Rechtsanwalt Friedrich Klöpffel wiederum als Kandidat aufgestellt, der 1912 auch die Unterstützung der Nationalliberalen fand. 1912 wurden, wie wir nochmals mitteilen wollen, 31 640 sozialdemokratische, 13 893 antisemitische, 7889 fortschrittliche und 319 Zentrumstimmen abgegeben.

Badische Zentrumstaktik.

Gegen die Sozialdemokratie lautete die Merikale Wahlparole. Herr Wader, dessen saubere Feldzugsplan freilich durch das Wahlabkommen vereitelt worden ist, empfiehlt sich jetzt allen Reaktionsären als einzig zuverlässiger Sozialistenführer. Im führenden Organ des Zentrums, im „Badischen Beobachter“, veröffentlicht er jetzt über die Wahltaktik des Zentrums bei den kommenden Landtagswahlen u. a. folgende Grundzüge:

„Die Bekämpfung der Sozialdemokratie und die möglichst weitere Reduzierung ihres bedeutlichen Einflusses ist zurzeit die allerwichtigste und dringendste Kampfarbeit im politischen Leben. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie hat vor jedem anderen den Vorrang, auch vor dem gegen den Großblock. Es ist mein redliches Bemühen, für meine Person und in meiner Stellung in der Partei den sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen, so weit es möglich ist. Hat das Bemühen Erfolg, so wird es allen Vorteilen bringen, die außerhalb des sozialdemokratischen Lagers liegen. Das ist auch meine Absicht. Ich wünsche, daß meine Partei mit ihrer Bekämpfung der Sozialdemokratie den Interessen der Allgemeinheit einen möglichst großen und wichtigen Dienst leistet.“

Das schreibt derselbe Wader, der von 1890 bis 1905 der Sozialdemokratie die Wahlhilfe bei allen Land- und Reichstagswahlen gewährleistete hat.

Die Konkurrenzklause.

In der Sitzung der Reichstagskommission am 26. Juni lagen wieder zahlreiche Kundgebungen aus Handlungsbereichsentreisen gegen die Kompromißvorläufe der Regierung, namentlich aber gegen die „absolut ungenügende“ Gehaltsgrenze von 1500 M. vor. Die Kommission kam zu dem Entschluß, wegen der unmittelbar bevorstehenden langen Sommerpause des Reichstags nicht erst noch in die zweite Lesung einzutreten, vielmehr den interessierten Kreisen Zeit und Gelegenheit zu lassen, sich zu den bisherigen Kommissionsarbeiten und zu der durch die Regierungserklärungen geschaffenen Situation ergiebig zu äußern. Als zuverlässige Unterlage soll ein vorläufiger Kommissionsbericht erstattet werden, der auch den nur der Kommission zugegangenen neuen Entwurf der Regierung aufnehmen soll. Auf eine Anfrage erklärte Staatssekretär Dr. Lisso, daß von dem Bericht, die Verbindenden Regierungen wollten die Vorlage zurückziehen, in Regierungskreisen nicht das geringste bekannt sei.

Wieder ein Spionageprozeß.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig fand am Donnerstag der Spionageprozeß gegen den 37jährigen früheren Schuyman Peter Jaenide wegen Verrats militärischer Geheimnisse statt. Der Angeklagte, der sich geisteskrank stellte, wurde gefesselt in den Saal geführt. Er wurde beschuldigt, mit dem früheren Schuyman Wilhelm Glauß aus Wilhelmshaven und dem früheren Signalmaat Albert Ehlers Zelle des Signalbuchs der deutschen Marine an England verraten zu haben. Glauß, der seinerzeit aus dem Untersuchungsgefängnis entwich, von England aber ausgeliefert wurde, ist wegen schweren Diebstahls in Kurich zu sieben Jahren Zuchthaus, Ehlers am 27. Juni 1912 vom Reichsgericht wegen Spionage zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Jaenide ist bereits in Kurich wegen des mit Glauß gemeinschaftlich verübten Diebstahls zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die Deffenlichkeit wurde für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen.

Jaenide wurde zu 6 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Diese und die in Kurich verhängte Strafe wurde zu einer Gesamtstrafe von neun Jahren Zuchthaus zusammengezogen.

Militärpersonen als Kollektanten.

In den vergangenen Tagen sind der Militarismus, die Rekrutierungen der Regierung an Geld und Menschenmaterial, Gegenstand eingehender parlamentarischer Debatten gewesen. Nicht nur von sozialdemokratischer Seite, sondern auch aus den Reihen der älteren liberalen Parteien wurde scharfe Kritik geübt und Befreiung aller überflüssigen Einrichtungen gefordert. Der Kriegsminister hatte einen schweren Stand. Ganz besonders nachdrücklich wandte er sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit, trotzdem zugegeben werden mußte, daß die große Zahl der Offiziersburden in einem Jahre hinreichen ausgebildet würden. Soldaten finden aber nicht nur als Streikbrecher, als „Mädchen für alles“ und noch mehr, ohne Schaden für ihre Kriegstätigkeit Verwendung. Nein, man hat jetzt eine andere neue Beschäftigung für Soldaten gefunden. Und diese Neuerung ist in Kottbus in die Erscheinung getreten. Dort durchziehen seit einigen Tagen Gefreite vom 52. Infanterie-Regiment, jeder ausgerüstet mit einer großen Sammelleiste, die Straßen der Stadt, um im Auftrage des Herrn Major Wehr — der gleichzeitig Mitglied des nationalen Jugendpflegerverbandes Kottbus ist und Kriegsspiele ausarbeitet und leitet — Haus für Haus freiwillige Gaben zum besten der Jugendwehr einzusammeln. Militärpersonen als Kollektanten! Was sagt wohl der Kriegsminister dazu?

Ein Tendenzprozeß vor dem Kriegsgericht.

Wegen im Dienst begangener Beleidigung eines Vorgesetzten und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft mußte sich der Gefreite D. L. und Lagerhalter Genosse Felix Weiß aus Bischofswerda vor dem Dresdner Kriegsgericht verantworten.

Weiß, ein führender Parteigenosse in Bischofswerda, hatte am 24. April an der Kontrollerversammlung teilgenommen und kam kurz vorher über den Schützenplatz. Vor dem Schützenhause stand der Bezirksmajor Wehr aus Baugen mit anderen Offizieren. Als Weiß grüßend vorbeiging, sagte der Oberleutnant Hebestreit, Fabrikbesitzer in Bischofswerda, bei dem Weiß früher als Metallarbeiter beschäftigt war, und der selbst auch an der Kontrollerversammlung teilgenommen hatte, zum Major: „Das ist auch ein Noier, aber noch nicht der schlimmste!“ Darauf hat sich der Major Weiß genau angesehen. Nachdem der Major die Kriegsarbeiter verlesen hatte, begann der Feldwebel mit dem Aufsuchen der einzelnen Leute. Dabei ging der Major auf und ab und suchte den Mann, der ihm kurz vorher als Noier bezeichnet worden war; bald erkannte er auch Weiß am Anzug wieder. Dem Major gefiel die Haltung des Genossen Weiß nicht. Als D. darauf eine andere Stellung einnahm, kam der Major zurück und fragte W., bei welchem Regiment er gedient habe. Diese Fragen beantwortete Weiß sachgemäß, und der Major erwiderte aber darauf, daß er nicht glauben könne, daß beim Regiment eine solche Schlappheit geherrscht habe, wie sie W. jetzt an dem Tag lege. Darüber ärgerte sich Weiß schon, weil er beim Militär vorzüglich beurteilt worden ist und nicht eine Strafe erlitten hat. Während des Verlesens soll W. dann nicht geantwortet haben, als sein Name aufgerufen worden war. (Hinterher wurde aber das Gegenteil festgestellt.) Durch dieses Verlesen kam W. mit auf die Liste der Freilassen, und als er dann mit rauszutreten mußte, sagte der Major zu ihm, er solle sich in den Hals hinein schämen! Weiß wird nun beschuldigt, bei den einzelnen Vorgängen im Stabe gesprochen, mit Bezug auf den Major die Worte Hund, Luder und Stid Sch. . . . gebraucht, und schließlich gedauert haben: „Der (Major) soll nur morgen mal zu mir kommen, da werde ich ihm Vercheid sagen!“ Die beleidigenden Worte bestreitet Weiß ganz entschieden, gibt aber zu, eine Kennerung gebraucht zu haben, weil er durch das sonderbare Auftreten des Majors ihm gegenüber, das auf Absichtlichkeit beruhe, gereizt worden sei.

Der Hauptzeuge im Prozeß, Werkmeister Teich, der in der Fabrik des Oberleutnants Hebestreit beschäftigt ist, erzählte am folgenden Morgen während der Arbeit von den Vorgängen bei der Kontrollerversammlung und erwähnte dabei, daß Weiß den Major schwer beleidigt habe. Darauf sagte ein Mitarbeiter, das wäre Stoff für Hölzel. (D. ist ein Feind unseres Genossen Weiß, weil er 200 M., die er früher mal von W. geborgt hat, zurückzahlen soll.) Bald wußte auch der Chef von den angeblichen Vergehen unseres Genossen, dem man schon längst gern einmal etwas ausgeteilt hätte. Es dauerte auch nicht lange, da kam Hölzel in die Fabrik und erhielt das ganze Material vom Werkmeister Teich, der hinzufügte, Hölzel solle nun mit Weiß machen, was er wolle. Hölzel hatte nun nichts Illigeres zu tun, als einen Brief an den Major Wehr zu schreiben, dessen Adresse er wieder nun von Hebestreit holen konnte. In dem „Schriftstück“ brachte Hölzel dann die beleidigenden Worte zur Sprache, die er selbst gar nicht gehört hatte. Doch es sich hier um ein Denunziantenstück handelt, gab selbst das Gericht zu, und der Verhandlungsführer charakterisierte diese „Tat“ noch ungewollt dadurch, daß er sagte, man

wolle Weiß eben eins auswischen. Ganz richtig erwiderte Genosse Weiß: „Wenn ich einem Kriegerverein angehörte und nicht Sozialdemokrat wäre, stünde ich heute nicht vor Gericht!“ W. machte dann noch geltend, daß das Auftreten des Majors bei der Kontrollerversammlung hinterher allgemein abfällig beurteilt worden sei. Der Kronzeuge Teich behauptete bestimmt, daß Weiß die beleidigenden Worte getan hat, nur ein Zeuge unterstützte diese Aussage naturgemäß. Dagegen haben andere Zeugen, die näher an Weiß standen, nichts oder nicht viel von Kennerungen gehört.

Das nach mehrstündiger Verhandlung verkündete Urteil lautete auf — 4 Wochen strengen Arrest!! Das Gericht hielt die Anklage für gedeckt und führte aus, daß nur die bisherige Straflosigkeit und die vorzügliche Beurteilung des Angeklagten bestimmend gewesen seien, von einer Gefängnisstrafe abzusehen.

Kasernenroheiten.

Das Kriegsgericht Erfurt hatte sich, wie so oft, am Mittwoch mit einigen Fällen brutaler Soldatenhändereien zu beschäftigen. Der Unteroffizier Karl Marx von der dritten Batterie 19. Artillerieregiments in Erfurt verlangte auf dem Truppenübungsplatz Oberhof von einem Kanonier von der ersten Batterie die Fütterung eines Pferdes, das seiner Pflege nicht unterstellt war. Der Soldat weigerte sich, weil vom Futtermeister das Futtern fremder Pferde verboten war. Daraus zerrte ein Sergeant den Kanonier in den Stall und hielt ihn fest, während der Unteroffizier Marx mit einer Fahrpeitsche auf den Mann einschlug. Das Urteil gegen diesen prävalenden Vorgesetzten lautete auf vierzehn Tage Mittelarrest.

Fester packte das Kriegsgericht dann in dem folgenden Falle zu, in dem sich der Hornist Hermann Lutardt und der Musikler Otto Dressel, von der 8. Kompagnie des 95. Infanterieregiments in Hildburghausen, wegen brutaler Mißhandlungen von Rekruten zu verantworten hatten, die beim Exerzieren „aufgefallen“ waren. Der Aufmarsch klappte nicht und mußte deshalb wiederholt werden. Aus Kecker darüber traten diese „Kameraden“ einen Rekruten mit ihren schweren nägelbeschlagenen Stiefeln in die Kniekehle und Knieengegend, so daß der Mißhandelte sofort zusammenbrach. Er war dann mehrere Tage dienstunfähig. Andere Rekruten erhielten Tritte gegen die Weine und einer wurde derart gegen den Boden getreten, daß er längere Zeit nach Luft ringen mußte. Damit die Schritte richtig „gogen“, hatten sich die Angeklagten an ihren Nachbarn festgehalten. Das Kriegsgericht verurteilte Lutardt zu vier und Dressel zu drei Monaten Gefängnis.

Die neue Balkankrise.

Nur spärliche Nachrichten sind am Donnerstag aus den Balkanstaaten eingegangen. Es gewinnt aber den Anschein, als ob die bessere Einsicht siegen werde. Die serbische Skupstina hielt am Donnerstag eine geheime Sitzung ab, in der jedenfalls eine entscheidende Entschliegung gefaßt worden ist.

Frankreich.

Generäle gegen die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 26. Juni. Gestern Abend fand eine Versammlung gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit statt. Mehrere Universitätsprofessoren und Generale befanden sich unter den Rednern. General Percin erklärte, das Gesetz würde das Heer schwächer machen als es heute ist. Der Redner entwickelte zahlreiche Gründe für die Verwendung der Reserven und kritisierte die Kriegspläne, die in der Kammer von Anhängern des Gesetzes dargelegt worden waren. Zum Schluß sagte er, Deutschland müßte einen plötzlichen Angriff scheuen, weil er ihm nicht gestatten würde, alle seine Kräfte auszunutzen. Darauf sprachen mehrere Parlamentsmitglieder in demselben Sinne. Der sozialistische Deputierte Albert Thomas erklärte, es sei angebracht, den Gedanken einer Zurückeroberung von Elsass-Lothringen aufzugeben und an seine Stelle ein Ideal zu setzen, das den Wünschen der Demokratie mehr entspräche. Die Versammlung endete mit der Annahme einer Resolution gegen die dreijährige Dienstzeit.

In seiner Rede hatte sich General Percin auch dafür ausgesprochen, daß die Soldaten ihre Militärzeit in den Garnisonen ihrer Heimat abdiene sollten. Er fügte hinzu, daß in den Grenzgebieten an einem bestimmten Tage des Jahres alle waffenfähigen Leute ihren Offizieren vorgestellt und an jenen Punkten versammelt werden sollten, wo in Kriegszeiten ihr Posten wäre. So würde den Soldaten der Gedanke klar gemacht, daß sie gleichzeitig für die Unantastbarkeit Frankreichs und für die Verteidigung ihres eigenen Herdes kämpfen würden. Beim Verlassen des Saales sang die Menge die Internationale und die „Hymne auf das 17. Regiment“, welches im Jahre 1907 meuterte, als es bei den Winterunruhen in Südfrankreich einschreiten sollte.

Die Angst vor deutschen Pferdeankäufen.

Paris, 26. Juni. Am Schluß der Kammerung am Mittwoch rechtfertigte Kriegsminister Etienne auf eine Anfrage über die fehlerhaften Bedingungen, unter denen die Pferdeankäufe für die Armee von den Remontekommissionen gemacht worden wären, deren Vorgehen. Der Kriegsminister zeigte, daß die Ankäufe unter günstigen Bedingungen gemacht worden seien; trotzdem habe er auf Grund der Klagen, die zu ihm gedungen seien, eine Untersuchung eingeleitet. Indem er zu der Frage der Ankäufe von Pferden durch Ausländer überging, sagte Etienne, der Landwirtschaftsminister habe die notwendigen Maßregeln getroffen, ohne den Jähzornern Schaden zuzufügen. Die Gefahr sei übrigens übertrieben worden, da Frankreich in den ersten fünf Monaten des Jahres 1913 15 740 Pferde gegen 17 000 im Vorjahre ausgeführt habe. Der Anteil Deutschlands habe in den ersten fünf Monaten des Jahres 1913 2900 gegen 3103 in demselben Zeitraum des Vorjahres betragen. Zum Schluß hat der Minister, der Kammer möge die Resultate der Untersuchung abwarten. Ministerpräsident Barthou unterstützte die Erklärungen Etennes und versprach, daß die Resultate der Untersuchung amtlich veröffentlicht werden würden. Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben.

England.

Eine Anfrage wegen des letzten Spionagefalles.

London, 26. Juni. Unterhaus. Der Abg. King (Radikal) fragte, ob beabsichtigt sei, Heinrich Groffe, der wegen Spionage verurteilt worden sei, frei zu lassen. Staatssekretär des Innern McKenna erwiderte, die britische Regierung würde wohl die von der kaiserlich deutschen Regierung in dem Falle der drei britischen Offiziere gezeigte Milde. Wenn jetzt ein deutscher Offizier hier wegen Spionage verurteilt worden wäre, würde es der britischen Regierung viel Vergnügen bereiten, in gleicher Weise vorzugehen, wie die deutsche Regierung. Groffe ist kein Offizier der deutschen Armee, und sein Strafregime schließt eine Verurteilung zu Zuchthaus in Singapur ein, weil er falsche Noten in Umlauf gesetzt hat. So kann man diesen Fall nicht mit dem der britischen Offiziere vergleichen. (Beifall.) King stellte darauf die Frage, ob man daraus schließen

müsse, daß es ein Gesetz für Herren mit großem Einfluß und ein anderes Gesetz für gewöhnliche Arbeiter gebe. (Rufe: Hülfer.) Staatssekretär Mc Kennn erwiderte, er verstände nicht die Wichtigkeit dieser Frage. (Beifall.)

Portugal.

Der Revolber im Senat.

Lissabon, 26. Juni. Im Verlaufe der gestrigen Sitzung des Senats kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen den Senatoren Costa und Freitas. Schließlich fürzte sich Costa auf Freitas, der einen Revolber zog und auf Costa schießen wollte. Die Senatoren entwaffneten Freitas. Die Sitzung wurde für kurze Zeit unterbrochen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Kreisversammlung des 2. württembergischen Wahlkreises, der die Oberämter Cannstatt, Ludwigsburg, Waiblingen und Marbach umfaßt, fand letzten Sonntag in Cannstatt statt. Der Kreisverein umfaßt jetzt 54 Ortsvereine mit 7281 Mitgliedern. In der Berichtsperiode von neun Monaten hat sich die Mitgliederzahl um 543 gesteigert. Neben 6721 Genossen sind im Wahlkreis 690 Genossinnen organisiert. In diese Periode fielen die württembergischen Landtagswahlen, die eine rege Agitation brachten. In den Bezirken Cannstatt und Ludwigsburg wurden die Genossen Lauscher und Keil wiedergewählt, in den Bezirken Waiblingen und Marbach nur wir uns mit erfreulichen Stimmenergebnissen begnügen. Die Geschäfte des Kreises wurden bisher vom Kreisvorsitzenden Genossen Fischer im Nebenamt verwaltet; die Kreisversammlung beauftragte jedoch den neugewählten Kreisvorsitzenden, die Frage der Bestellung eines Kreissekretärs zu prüfen und der nächsten Kreisversammlung Vorschläge zu machen. Beschlossen wurde, das Delegationsrecht zum Parteitag voll auszunutzen, also vier Delegierte zu wählen, die Wahlen aber durch Urabstimmung vorzunehmen. Die Durchführung des Jahresfests/Wochenbeitrags soll vom Kreisvorsitzenden nach Möglichkeit gefördert werden. Der verstärkte Kampf der württembergischen Schulbehörden gegen den Arbeiterturnerbund rief allgemein den Wunsch nach verschärften Gegenmaßnahmen hervor. Diesem Wunsche entspricht eine von der Landtagsfraktion bereits eingebrachte Interpellation, die den Kultusminister fragt, was er gegen das ungesetzliche Vorgehen der ihm unterstellten Behörden zu tun gedenkt.

Wieder ein Nichtbefähigter.

Der in Wildenspring (Schwarzburg-Rudolstadt) zum zweiten Male als Bizekschule gewählte Genosse Klett ist auch diesmal vom Landrat in Königslee wegen seiner Jugendigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht befähigt worden. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde Wildenspring soll nun seitens der Behörde dadurch illusorisch gemacht werden, daß die letztere einen ihr genehmeren Bizekschulen einsetzen will.

Presseverfolgungen in Bosnien.

In dem österreichisch-ungarischen Reichslande ist jetzt die Verfolgung der sozialdemokratischen und sonstigen oppositionellen Presse auf einem Höhepunkt angelangt. Man konsigniert Nachrichten aus Wiener Blättern, Reden aus dem österreichischen Parlament, kurz, alles Mögliche, woran selbst die österreichische Staatsanwaltschaft nicht heran kommen konnte oder wollte. Man begnügt sich damit aber nicht, sondern es werden auch Verfolgungen geführt, die in den letzten 14 Tagen zwei Redakteure unseres Parteiblattes je drei Monate Kerker eingebracht haben. Der Verantwortliche eines serbischen Blattes wurde vor kurzer Zeit zu sechs Monaten Kerker verurteilt, und die Liste der kleineren Verurteilten von zwei bis sechs Wochen und der Geldstrafen von 100 bis 500 Kronen läßt sich gar nicht aufzählen. — So wird die unabhängige Presse plamäßig zugrunde gerichtet.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Das Ende einer Reichsverbandsklage.

Der Reichsverbandssekretär Laube in Königsberg hatte am 4. März 1912 in einer Versammlung erklärt, der sozialdemokratische Redakteur Wardwald habe am 26. Januar 1908 in der Württembergischen „Volksstimme“ in fünf Artikel veröffentlicht, in dem er wörtlich erklärte, daß Religion zwar Privatangelegenheit sei, aber die Sozialdemokraten seien Atheisten, es gebe keinen Gott, kein Gewissen. Wardwald ließ der konservativen Zeitung, die darüber einen Bericht gebracht hatte, eine Verichtigung gehen, daß er das alles nicht geschrieben hätte. Laube hielt die Behauptung aber trotzdem aufrecht. Wardwald strengte nunmehr gegen Laube die Verleumdungsklage wegen der Behauptung an, er hätte geschrieben, daß es kein Gewissen gebe. Das Schöffengericht sprach den Reichsverbandssekretär mit der Begründung frei, aus dem Artikel Wardwalds könnte man „herauslesen“, er habe der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es kein Gewissen gebe.

In der Berufungsinstanz wurde der Reichsverbandsangestellte wegen Verleumdung zu 30 Mark Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat festgestellt, daß man aus dem Artikel auch nicht „herauslesen“ könnte, was Laube behauptet habe. Der Schuldsatz § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Verklagten nicht zugestimmt. Es wurde auf Rehabilitation des Urteils in der sozialdemokratischen und konservativen Zeitung erkannt. Damit ist wieder einmal gerichtlich nachgewiesen worden, daß der Reichsverband mit völlig erlogenen Titeln gegen die Sozialdemokratie kämpft.

Der Deutscher Landfriedensbruchprozess

Vom März 1911, in dem gegen freireisende Bauarbeiter ungefähr 23 Jahre Gefängnis verhängt wurden, darunter gegen den Kölner Lokalbeamten des Deutschen Bauarbeiterverbandes Fröhlich wegen angeblicher Anführung zum Landfriedensbruch zwei Jahre und 8 Monate Gefängnis, wurde jetzt in Köln wieder in Erinnerung gebracht. Vor der dritten Strafkammer des Kölner Landgerichts standen zwei Redakteure unseres Kölner Parteiblattes, der „Rheinische Zeitung“, unter Anklage wegen Verleumdung eines Agenten Robert Hauptmann. Hauptmann war in dem Deutscher Landfriedensbruchprozess einer der Hauptbelastungszeugen und er hatte nach Ansicht aller Beteiligten, insbesondere in der Verhandlung gegen Georg Fröhlich den Ausschlag gegeben. Bald nach dem Prozesse stellte es sich heraus, daß Hauptmann ein übel beleumundeter Mensch sei, der wegen Betruges, wegen Urkundenfälschung und wegen Untreue ganz erhebliche Gefängnisstrafen verbüßt hatte. Auch später kam er mit dem Strafgesetzbuch wiederholt in Konflikt.

Unser Kölner Parteiorgan, die „Rheinische Zeitung“, hat nun wiederholt Gelegenheit genommen, auf die moralischen Qualitäten des feinerzetteligen Kronzeugen des Staatsanwalts hinzuweisen. Das geschah auch im April d. J. in zwei Fällen. In einem Artikel, überschrieben: „Die „Gottin“ des Kronzeugen“, war Bezug genommen auf eine Verhandlung des Kölner Kaufmannsgerichts, vor dem die Frau des Hauptmann gegen die Firma „Urania“ auf Ausstellung eines Zeugnisses klagte. Die Firma hatte die Ausstellung eines Zeugnisses abgelehnt, weil das Verhalten der Frau in mehreren Fällen nicht einwandfrei gewesen sei.

In einem zweiten Artikel, überschrieben: „Der Deutscher Landfriedensbruchprozess“, war über eine Gerichtsverhandlung ausführlich berichtet, in der gegen einen Eisenbahnkassierer L. verhandelt wurde, gegen den die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben hatte, weil er zu Hauptmann gesagt hatte: „Ich lasse Sie sofort verhaften, weil Sie falsch geschworen haben!“ In dieser Verhandlung war erwiesen worden, Frau Hauptmann habe einer anderen Frau erzählt, daß sie mit ihrem Manne viel durchgemacht habe. Hauptmann sei ein schlechter Mensch und habe in Deutscher

Landfriedensbruchprozess einen Meineid geschworen. Der arme Fröhlich sieht unschuldig im Gefängnis. Eine Zeugin sagte in diesem Prozesse aus, in habe bestimmt gehört, wie Frau Hauptmann gesagt habe, seit dem Meineide ihres Mannes im Deutscher Landfriedensbruchprozess hätten sie kein Glück und keinen Segen mehr.

Die „Rheinische Zeitung“ hatte selbstverständlich in beiden Artikeln auf die Rolle hingewiesen, die Hauptmann in der Verhandlung gegen Fröhlich und Genossen gespielt hatte; sie hatte im allgemeinen auch auf die vielen Bestrafungen des Hauptmann hingewiesen. Hauptmann stellte nun Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft und diese erhob gegen die beiden Redakteure, die die Artikel verantwortlich gezeichnet hatten, die Genossen Decher und Franke, Anklage. Trozdem in der Beweisaufnahme sich alles bestätigte, was in den Berichten gesagt war, kam das Gericht zu der Beurteilung der beklagten Redakteure. Decher erhielt 200 Mark Geldstrafe, Franke 6 Wochen Gefängnis. Hauptmann, der als Nebenkläger zugelassen war, hatte 1100 Mark Entschädigung verlangt, weil er durch den Artikel angeblich eine Stellung verloren habe. Er wurde abgewiesen.

Aus Industrie und Handel.

Die Lage des deutschen Kohlenbergbaues. Infolge des ober-schlesischen Bergarbeiterstreiks ist die Gewinnung von Steinkohle im Monat Mai 1912 gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Sie betrug 14 298 674 Tonnen gegen 14 784 088 Tonnen im Mai 1911. Die Abschwächung erstreckt sich natürlich nur auf den D.-S.-R.-B. Breslau. In den übrigen Bezirken ist die Produktion kräftig geblieben. Im Mai sowie in den Monaten Januar bis Mai betrug die Kohlegewinnung in Tonnen:

	Mai 1912	Mai 1911	Januar bis Mai 1912	Januar bis Mai 1911
Steinkohle . . .	14 298 674	14 784 088	70 817 532	77 648 129
Braunkohle . . .	6 442 672	6 865 488	33 212 644	35 041 459
Koks	2 378 226	2 673 104	11 439 556	13 898 419
Brehlöhlen . . .	1 827 646	2 161 092	9 658 358	10 965 055

Die Einfuhr von Stein- und Braunkohle sowie von Koks ist im Berichtsmontat merklich gesunken, während der an sich unbedeutende Import von Brehlöhlen etwas zurückgegangen ist. Die Ausfuhr von Steinkohle ermäßigte sich im Mai d. J. von 2 480 522 Tonnen auf 2 298 587 Tonnen. Auch der Braunkohlenexport erfuhr eine geringe Abschwächung. Die Ausfuhr von Koks stieg hingegen von 512 026 Tonnen auf 608 424 Tonnen. Auch der Export von Brehlöhlen weist eine Zunahme auf.

Steigender Güterverkehr. Die Bewegung der Einnahmen der deutschen Eisenbahnen aus dem Güterverkehr spiegelt mit einiger Sicherheit die Lebhaftigkeit des Warenverkehrs im Inlande. Nach den vom Reichseisenbahnamt für den Monat Mai dieses Jahres veröffentlichten Ausweisen ist der Verkehr im Vergleich zum Vorjahre wieder etwas gestiegen. Die Zunahme des Güterverkehrs ist nicht gerade bedeutend. Immerhin ist noch kein Rückgang der Umsätze am deutschen Warenmarkt eingetreten. Im Monat Mai der Jahre 1907 bis 1912 betrug die durchschnittliche Einnahme aus dem Güterverkehr pro Kilometer in Mark:

Mai	Einnahme	Zu resp. Abnahme in Prozent	Mai	Einnahme	Zu resp. Abnahme in Prozent
1907	2613	+ 8,30	1911	2926	+ 13,68
1908	2556	- 2,03	1912	3040	+ 8,90
1909	2512	+ 1,72	1913	3087	+ 1,61
1910	2574	+ 2,47			

Die starke Differenz in der Zunahme im Monat Mai 1911 und 1912 erklärt sich aus der verschiedenen Lage des Pfingstfestes. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr betrugen im Mai 1912 1722 Mark pro Kilometer, das sind 7,56 Proz. mehr als im Vorjahre.

Soziales.

Reichseinkommensteuer gegen Arbeiter.

Die bürgerlichen Parteien preisen es als eine besonders „patriotische“ Tat, daß auch die Besizenden als „Versicherungsprämie“ zu den Militärlasten etwas beitragen sollen, da die bösen Sozialdemokraten die Aufspadung der gesamten Kosten auf die Arbeiterklasse verhindern.

Sie raufen untereinander. Die Parteien zur Vertretung der Interessen des Grundbesitzes möchten dem mobilen Kapital die alleinige oder die Hauptlast aufpacken. Einige sind sie darin, daß diese Last recht klein sein solle und erstaunlich viel Vorschriften sind getroffen worden, um den Großgrundbesitzer allerhöchstens mit — alles in allem gerechnet — kaum einem Prozent seines Einkommens zu besteuern. Außerdem soll die Besteuerung zum übergroßen Teil nur vorübergehend erfolgen. Es erscheint gegenüber dem Getratsch der bürgerlichen Parteien über das „patriotische Opfer“ am Plat, in Erinnerung zu rufen, wie hoch die dem Arbeiter durch die Reichsversicherungsordnung aufgepackte Reichseinkommensteuer ist.

Die Beiträge zur Versicherung werden ja nominell zum Teil (bei der Alters- und Invalidenversicherung zur Hälfte, bei der Krankenversicherung zu einem Drittel) vom Arbeitgeber getragen. Tatsächlich trägt, wie Nationalökonomien aus allen Parteien zugegeben haben, auch diesen Arbeitgeberanteil der Arbeiter. Der vom Arbeitgeber zu zahlende Beitrag ist ein im voraus feststehender Teil des Lohnes. Wir wollen aber bei unserer Rechnung nur den Teil zu Kosten des Arbeiters stellen, den er nominell zu zahlen hat, also die Hälfte der Kleinmarken und zwei Drittel der Krankenkassenbeiträge.

Es beträgt der Kleinmarkenbeitrag für die Arbeiter-einkommen:

in Höhe	bis 350 M.	16 Pf. wöchentlich
von 350—550	24	„
550—850	32	„
850—1150	40	„
über 1150	48	„

bei Einkommen

bis 350 M.	1,35 Proz.
von 350—550	1,78—1,13
550—850	1,42—0,92
850—1150	1,22—0,90
über 1150	von 1,18 Proz. beginnend.

Die Alters- und Invalidenversicherung besteuert also das Einkommen des Arbeiters durchschnittlich mit über ein Prozent. Hierzu tritt die Krankenversicherung. Die Beiträge hierfür betragen 4½ bis 6 vom Hundert des Arbeitereinkommens; es können noch höhere Beiträge festgelegt werden. Als sehr niedriger Durchschnitt mag 4½ vom Hundert unserer Rechnung zugrunde gelegt werden. Hierbon hat der Arbeiter zwei Drittel, also drei Prozent seines Einkommens, zu zahlen. Es erhebt das Reich also vom Arbeiter, und zwar auch vom allerärmsten, über vier Prozent seines Einkommens als direkte Reichseinkommensteuer. Warum werden die Wohlhabenden nicht dauernd und nicht mit annähernd gleich hohen Prozentlagen zu einer Reichseinkommensteuer für die militärische „Versicherungsprämie“ herangezogen?

Rationale Krankenkassentagung.

Der auf nationalem Boden stehende Gesamtverband deutscher Krankenkassen hielt am Montag und Dienstag in Offen unter Vor-

sitz der Herren Franz Behrens und Architekt Roth seinen ersten „Kongress“ ab. Reichsminister, Staatssekretär des Innern, Reichsversicherungsamt, Minister für Handel und Gewerbe, Regierungspräsident und eine Reihe anderer Behörden hatten Vertreter entsandt. Der Zweck des Kongresses war offenbar, Propaganda für den Verband zu machen, der nach dem Eingeständnis des vom Zentrumsabgeordneten Becker redigierten Verbandsorgans Ende vorigen Jahres „unter Mitwirkung aller bürgerlichen Parteien“ gegründet worden ist, um dem „unter sozialdemokratischer Leitung“ stehenden Verband deutscher Ortskrankenkassen das Wasser abzugraben. Zum Punkt Geschäftsbericht wählte Herr Behrens nichts anderes zu sagen, als daß dem Verbands bereits 180 bis 200 Klassen mit etwa 500 000 Mitgliedern“ angeschlossen seien und daß 800 Briefe und Postkarten sowie zirka 1000 Drucksachen ausgegangen seien. Nicht nur im Westen, sondern auch in Ost- und Norddeutschland, im Herzen des deutschen Vaterlandes, und besonders auch in Süddeutschland (Bayern und Baden) habe der Verband Wurzel gefaßt. Der Verband sei notwendig geworden, weil die Interessen der Versicherten „von anderer Stelle“ nicht mit dem wünschenswertesten Erfolge gegenüber den maßgebenden Stellen habe vertreten werden können. Das habe sich besonders bei Beratung der Reichsversicherungsordnung gezeigt. Der neue Verband stehe auf nationalem Boden, werde sich aber vor der Abhängigkeit von politischen Parteien zu hüten wissen.

Eine Prüfung von Mandaten wurde nicht vorgenommen. Es erfolgten auch keinerlei Angaben über die Zahl der Delegierten und der vertretenen Klassen. Das beweist am besten, daß man Grund hatte, sich darüber auszuschweigen. Dem Anschein nach waren meist kleine Klassen vertreten, die zu einem großen Teile der Auflösung geweiht sind.

Was in den Referaten behandelt wurde — Justizrat Gulb (Mainz) sprach über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten, Zentrumsabgeordneter Becker über das Verhältnis zu den Angestellten — deutet sich im wesentlichen mit dem, was der verlässliche „sozialdemokratische“ Ortskrankenkassenverband längst vertreten hat. Stadtrat v. Frankenberg (Braunschweig) sprach über das Streitverfahren nach dem neuen Rechte.

Die Arbeiten des Kongresses wurden insgesamt in fünf Stunden erledigt. Abgeordneter Becker aber rechtfertigte den höheren Verbandsbeitrag gegenüber dem Beitrag des sozialdemokratischen Verbandes mit der größeren Tätigkeit.

Letzte Nachrichten.

Die dreijährige Dienstzeit in Frankreich.

Paris, 26. Juni. (W. L. W.) Die Deputiertenkammer sekte heute die Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die dreijährige Dienstzeit fort. Morin (sozialistisch radikal) verteidigte den Gesetzentwurf Augagneur und entwickelte Gründe für die Aufrechterhaltung des streng anzuwendenden Gesetzes von 1906. Georges Lehgues bekämpfte den Gesetzentwurf und wies darauf hin, daß Deutschland, der eventuelle Gegner, nun einmal durch seine Tradition der gewalttätigen Vorkriegszeit gebunden sei. Frankreich müsse sich also in acht nehmen. Die Wiederführung der dreijährigen Dienstzeit sei um nichts reaktionärer, als Englands Bau zweier Schiffe gegen jedes deutsche Schiff. (Rebhafter Beifall rechts, im Zentrum und auf verschiedenen Bänken der Linken.) Der Redner warrt vor den Fehlern des Kaiserreichs von 1870, das sich durch unentschiedbare Weltfriedens-träume habe einschläfern lassen. Frankreichs Verbündete könnten nur ihre und nicht auch noch Frankreichs Pflichten erfüllen (Bewegung), zurzeit könnte Frankreich den demnach in Deutschland aufzustellenden 900 000 Mann nur 470 000 entgegenstellen. Deutschland hätte durch seine Eisenbahnen eine erdrückende Uebermacht, denn alle Linien würden an der Grenze wahre Menschenströme ausspeien. (Genüge das Heer der zweijährigen Dienstzeit demgegenüber? (Hört! hört! auf vielen Bänken.) Selbst wenn Frankreich fünf Armeekorps auf den Gießtischbestand der Grenztruppen brächte, so würden diese über mehr als tausend Kilometer verteilt stehen, während die entsprechenden fünf deutschen mit drei weiteren als Reserve sich nur über 300 Kilometer verteilen würden. Mit der vorgeschlagenen Reform allerdings würden die französischen Grenztruppen einem gewalt-samen Angriff lange und kräftig widerstehen können, allerdings ist unsere Grenze von Longwy bis Rauberg offen und Paris ist fern von der Grenze.

Da aber sogar die äußerste Linke dafür sei, diese Lücke zu schließen, so wäre man ja allerorts einig, seine patriotische Pflicht zu tun. (Abgemessener Beifall.) Guesde ruft dazwischen: Ja, über das Prinzip! Lehgues: Das ist schon sehr viel. Man müsse auf einen kurzen, aber rücksichtslosen Feldzug gefaßt sein. Es sei zweifellos ein Unglück für die Welt, daß Frankreich und Deutschland uneinig seien. Welch Glück wäre ihre Einigkeit! (Rebhafter Beifall auf der äußersten Linken.) Eine Verbindung ihres Geistes und ihrer Kraft wäre ein unschätzbarer Gewinn für die ganze Welt, aber die geschichtlichen Erinnerungen lasteten auf Frankreich mit allen ihm durch Generationen vererbten Pflichten. (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Bänken.) Man werde zweifellos eine Verständigung über die Frage der Dienstzeit finden. (Rebhafter Beifall links.) Die Kammer müsse entscheiden, ob Frankreich nach dem Wunsche des Generals von Bernhardi als europäische Macht verschwinden solle. (Rebhafter Beifall rechts, im Zentrum und auf verschiedenen Bänken links.)

Neuer Kampf zwischen Serben und Bulgaren.

Belgrad, 26. Juni. (W. L. W.) Heute kam es abermals bei Jitip zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen serbischen und bulgarischen Truppen. Eine ganze bulgarische Division soll an dem Kampfe beteiligt gewesen sein. Das Gefecht dauerte mehrere Stunden und endete mit dem Rückzuge der Bulgaren.

Streik der Ladungsarbeiter in Bremerhaven.

Bremen, 26. Juni. Heute mittag haben die Ladungsarbeiter der Firma G. J. Hinrich in Bremerhaven, die den Stauerbetrieb des Norddeutschen Lloyd versieht, die Arbeit niedergelegt.

Gartes Urteil.

Bregenz, 26. Juni. (W. L. W.) Heute wurde das militärgerichtliche Urteil über diejenigen tschechischen Dragoner gefällt, welche anlässlich des Transportes des Baderbühner Dragonerregiments an die galizische Grenze im Herbst vorigen Jahres auf dem Bahnhof und während der Fahrt demonstriert und sich in hochverräterischen Tönen äußerten. Doch Serbien! Hoch Ausland! ergangen hatten. Die Hauptverhandlung hatte bereits Ende März d. J. stattgefunden, doch war das Urteil vom Gerichtsherrn nicht bestätigt und die Akten an den obersten Militärgerichtshof nach Wien weitergegeben worden. Das erste Urteil hatte zwei Referenten als die eigentlichen Mordstifter zum Tode durch Erschießen verurteilt. Heute nun sind diese beiden Strafen in schwere Kerkerhaft von 8½ bzw. 8 Jahren umgewandelt worden. 19 weitere Dragoner erhielten Kerkerstrafen von 7, 6 und 4 Jahren. Alle übrigen Angeklagten, die sich in voller Betrunktheit zu den Erzeihen hatten hinsetzen lassen, wurden zu schwerer wehrmonatiger Kerkerhaft verurteilt. Die Untersuchungschaft hat über 7 Monate gedauert. Im ganzen sind über 40 Soldaten mit einer Gesamtstrafe von 120 Jahren bestraft worden.

Explosion in einer französischen Militärwerkstätte.

Tarbes, 26. Juni. (W. L. W.) In der Werkstätte des 24. Artillerieregiments explodierte eine nicht freipierende Granate, mit deren Auslöschung einige Soldaten beschäftigt waren. Zwei Soldaten wurden in Stücke zerissen, zwei andere erlitten schwere Verletzungen; die Werkstätte wurde teilweise zerstört.

Gebrannter Kaffee

Mischung I	II	III
1.28	1.45	1.55
IV	V	VI
1.65	1.75	1.90
		VII
		2.10

A. Wertheim

Leipzigerstr. Königstr. Oranienstr. Rosenthalerstr.

Lebensmittel

Freitag u. Sonnabend, soweit vorhanden. *Artikel werden nicht zugesandt

Fruchtsäfte inkl. Flasche

garant. rein, mit Raffinade eingekocht
 Himbeersaft 1/2 Fl. 85 Pf., extra 1.10
 Kirsch- u. Johannisbeersaft 1/2 Fl. 85 Pf.
 Kirschsaft extra, Ananassaft 1/2 Fl. 1.20
 Zitronensaft 1/2 Fl. 85 Pf., extra 1.20

*Räucherwaren

Kieler Schleibücklinge 25 Pf.
 Engl. Fettbücklinge 3 Stück 25 Pf.
 Ahlbecker Flundern 1 Pfund 50 Pf.
 Kieler Flundern 1 Pfund 40 Pf.
 Goldfische 10 Stück 10 Pf.
 Aale 1.15 stark 1.50 Bund 40 Pf.
 Lachsstör 1 Pfund 65 Pf.
 Gewürz Gurken 4 Liter-Dose 1.35
 Sardellen 1 Pfund 75, 90 Pf.

Neue Matjes-Heringe

Stück 10, 15, 20, 25 Pf.
 Versandfläschchen 12 Stück Inhalt 2.50

*Obst u. Gemüse

Blaubeeren 1 Pfd. 23, Erdbeeren 35 Pf.
 Johan nisbeeren 1 Pfund 15 Pf.
 Stachelbeeren 20 x Schmoren 2 Pfund 35 Pf.
 Pflaumen gelb 18 Pfund 28 Pf.
 Tomaten 1 Pfund 17 Pf.
 Aprikosen 1 Pfund 32 Pf.
 Bananen 1 Pfund 30 Pf.
 Ananas 1 Pfund 73 u 82 Pf.

*Fleisch

Schmorfleisch 1 Pfund 90 Pf.
 Roastbeef mit Knochen 1 Pfund 1.00
 Rinderkamm u. -Brust 1 Pfund 75 Pf.
 Kalbskeule u. Rücken im Ganzen 1.10
 Kalbskamm und -Bug 1 Pfund 80 Pf.
 Brust 1 Pfund 75 Pf., Brustspitze 1.00
 Hammelkeule und -Rücken im Ganzen 90 Pf.
 Dicke Rippe Pfd. 85, Dünnung 75 Pf.
 Schweinekoteletts 1 Pfund 1.10
 Schweinekamm 1 Pfund 90 Pf.
 Bauch od. Blatt Pfd. 70, Rücken fett 55 Pf.
 Kasseler Rippespeer Pfd. 90 bis 1.05
 Rehblätter 1 Stück 1.60 bis 2.25
 Keulen St. 5.00 b. 7.50 Rücken 6.00 b. 9.50
 Wildschweinkeule 1 Pfund 1.00
 Rücken 1 Pfund 90, Blatt 75 Pf.

*Geflügel

Junge Gänse 1 Pfund 60, 70, 75 Pf.
 Gänse-Rümpfe 1 Stück 3.35 bis 4.75
 Junge Enten 1.80 bis 3.40
 Junge Hühner 45 Pf. bis 1.80
 Hühner 1.65 bis 2.60
 Tauben 40, 60, 75 Pf.

*Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen 12 Pf.
 Schellfisch Pfd. 12, Rotzungen 16 Pf.
 Bratschollen 1 Pfund 12 Pf.
 Steinbutten 1 Pfund 65 Pf.
 Lachs in ganzen Fischen 1 Pfund 58 Pf.
 Lebende Aale 1 Pfund 65, 85 Pf., 1.00
 Lebende Schleie 1 Pfund 1.05
 Lebende Krebse Mdl. 30 Pf. bis 4.00

*Butter u. Käse

Zitronen 1 Dutzend 40, 50, 60 Pf.
 Schoten 2 Pfund 25 Pf.
 Mohrrüben 5 Bund 30 Pf.
 Radieschen 6 Bund 10 Pf.
 Blumenkohl 1 Kopf 15, 20, 25 Pf.
 Grüne Bohnen 1 Pfund 18 Pf.
 Wachsbohnen 1 Pfund 28 Pf.
 Neue Kartoffeln 3 Pfund 20 Pf.
 Kochbutter 1 Pfund 1.03
 Tischbutter 1 Pfund 1.10, 1.17
 Tafelbutter 1/4 Pfd.-Paket 60 Pf.
 Schmalz 1 Pfund 68 Pf.
 Marmelade leicht gekr. Pfd. 33 Pf.
 Echter Emmentaler 1 Pfund 1.05
 Bayrisch. Schweizerkäse Pfd. 88 Pf.
 Holländer Käse 1 Pfund 75 Pf.
 Limburger Käse 1 Pfund 40 Pf.
 Romatour-Käse 1 Stück 28 Pf.
 Camembert 1 Stück 20 Pf.
 Kuh- und Landkäse 2 Stück 35 Pf.
 Faust- und Spitzkäse 1 Stück 25 Pf.
 Harzer Käse 5 Stück 10 Pf.
 Brie-Käse vollfett 1 Pfund 75 Pf.
 Speise-Quark 1 Stück 10 Pf.

Aus der eigenen Konditorei:

Baumkuchen nach Kottbuser und Salzwedeler Art Pfd. 1.80
 Sandtorten 45 Pf.

Ständiger Verkauf: Aus der eigenen Bäckerei:

Brot Hamburger Art, rundes Bauernbrot, Schlüterbrot, Korbrot, Landbrot, Kuchenbrot 45 Pf.

Wein

Bordeaux-Wein

inkl. Flasche 1/2 Fl. bel 10 Fl.
 1909 Les Bessannes 87 Pf. 85 Pf.
 1907 Castillonais 95 Pf. 93 Pf.
 1909 Crü du Marin 1.05 1.02
 1907 Pempuyre 1.30 1.25

Moselwein

inkl. Flasche 1/2 Fl. bel 10 Fl.
 Obermoseler 65 Pf. 63 Pf.
 Wormeldinger 75 Pf. 72 Pf.
 1911 Oberbilliger 95 Pf. 92 Pf.
 1909 Eitelsbacher 1.15 1.10
 1911 Senheimer 1.25 1.20
 1911 Enkircher 1.35 1.30

Rheinwein

Rhein-Hessen, Gau-Flasche
 inkl. Flasche 1/2 Fl. bel 10 Fl.
 1912 Edenkobener 70 Pf. 65 Pf.
 1911 Weinheimer 85 Pf. 82 Pf.
 1910 Mettenheimer 95 Pf. 92 Pf.
 1907 Jugenheimer 1.15 1.10
 1908 Deidesheimer 1.25 1.20
 1905 Kempter Berg 1.45 1.40

Südwein

inkl. Flasche 1/2 Fl. bel 10 Fl.
 Insel Samos 85 Pf. 83 Pf.
 Vermouth di Torino 1.05 1.00
 Douro-Portwein 1.20 1.15
 Alt. Douro-Portwein 1.85 1.80
 Adria-Blume roter, süd. Dessau w. 1.10 1.05

Theater und Vergnügungen

Freitag, 27. Juni 1913.
 Anfang 7 Uhr.

Kroll-Oper. Die Meistersinger von Nürnberg.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Prater. Das Rummelmädchen.
 Anfang 8 Uhr.

Urania. In den Dolomiten.
 Schiller O. Der Leibarzt.
 Schiller O. Charlottenburg. Freil. wild.

Befling. Al-Wien.
 Berliner. Filmzauber.
 Montis Operetten. Der lachende Gemann.

Meines. Professor Bernhardt.
 Deutsches Opernhaus. Die Königin von Saba.

Thalia. Puppen.
 Metropol. Die Kino-Königin.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Reichshallen. Stettiner Sänger.

Komödienhaus. Hochherrliche Wohnungen.
 Friedrich. Wild. Schauspielhaus.
 Das Rummelmädchen.

Auffspielhaus. Der lustige Kalaba.
 Rufe. Tagebuch einer Verlorenen.
 Luffen. Die Altküchens.
 Volies Caprice. Ein Pechvogel.
 Die Krampfsache.

Kened. Volkstheater. König Kraule.
 Deutsches Schauspielhaus. Eine Vergangenheit.

Theater am Nollendorfplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
 Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Eisbalet: Flirt in St. Moritz.
 Anfang 8 1/2 Uhr.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Deutsches Schauspielhaus. 8 1/2 Uhr: Eine Vergangenheit.

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schiller-Theater O. Walter-Theater.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Leibarzt.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Freiwild.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Kroll-Oper
 7 Uhr:
Die Meistersinger von Nürnberg.
 Gastspiel: Alois Pennarini.
 Sonnabend: Mignon.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 182.
 A.Hr. Dedak Ensemble-Gastsp.
Tagebuch einer Verlorenen.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Auf der Gartenbühne:
Achtung! Es geht los!
 Anfang 4 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
Die 3 Schwestern Liliput
 die kleinst. Schwest. der Welt.
 Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
 Andrea Johnson
 bei seinem Training.
Aga, Jungfrau!
 Alles lebend!
 Alles ohne Extra-Entree!

Theater am Nollendorfplatz
 Täglich 8 1/2 Uhr: Burleske Zwietsche.
Der Mann mit der grünen Maske.
 - Varieté - - Kino -

Deutsches Musikfest Zweites Volkskonzert

200 Musiker * 300 Sänger * 2 Festdirigenten

Sonntag, den 29. Juni, mittags 12 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain

Programm: Ouvertüre „Tannhäuser“ — Wagner, Sinfonie A-moll — Cords-Vorspiel, Einleitung zum 3. Akt und Festweise aus den „Meistersingern“—Wagner. (Hans Sachs: Kammeränger Braun v. Deutsch. Opernhaus, Charlottenb.)

Karten à 50 Pf. am Sonntag von 1/2 11 Uhr ab am Eingang zum Saale erhältlich.

Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber.
Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Am Nordend 1141. Sommerpreise. Gastsp. Jul. Spielmann. 8 Uhr: Der lachende Gemann.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend
 Abteilung Lichtenberg.
 Sonntag, den 29. Juni 1913:

Großes Sommerfest am im Café Bellevue, am Rummelsburger See.

Gr. Konzert und Spezialitätenvorstellung. Im Saale: Ball. — Entree 20 Pf. — Kaffeeküche von 2 Uhr ab geöffnet. Billetts sind in den Verkaufsstellen zu entnehmen. Abteilungsleitung. Fahrverbindungen: Stadtbahn, Bahnhof Stralan-Rummelsburg. 105/19. Straßenbahnlinien 26, 76, 77, 78 und 92.

Bevor Sie Ihre diesjährige Dampferpartie unternehmen, besichtigen Sie erst **Voigts Krampenburg** und Sie werden finden, daß es der schönste und passendste Ausflugsort ist. R. Voigt, Post Schmöckwitz, Fernsprecher: Köpenick 227.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor. Del.: Ernst Liebling.
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger
 bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
 Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Olontowski.
 Musik von Jean Gilbert.
 In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

LUNA PARK
Japan,
 Witching, Waves, Oceana
 Tanzrad und die übrigen Attraktionen.

Neue Welt
 A. Scholz, Hasenheide 108-114
 Täglich:
Konzert und Vorstellung.
 Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
 Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag:
Großer Ball.

Brauerei Friedrichshain.
 Heute Freitag, den 27. Juni 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Sinfonie-Konzert
 des **Blühner-Orchesters**
 Dirigent: Guido v. Fuchs.
 Sol.: Gottfried Zeeland (Cello).
 Karten à 30 Pf. in den bekannten Vorverkaufsstellen und abends an der Kasse.

Admiralpalast — Eis-Arena
 Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisbalet **Flirt in St. Moritz.** Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenspreise. **Restaurant I. Ranges.** Wein- und Bier-Abteilung.

Voigt-Theater
 Badstraße 58.
 Heute:
Der Bettelstudent.
 Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern.
 Gänzlich neue Spezialitäten.
 Aufführung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss: **„Künstler der Landstraße“.**
 Eine Musikanten-Barleske von Meysol.
 Anfang 8 Uhr.

Volkgarten-Theater.
 Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
 Täglich: Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung.
Muttersegen.
 Schauspiel mit Musik in 5 Akten.
 Dazu: das brillante Spezialit.-Prog.
 Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Das Massenstreikproblem.

III.

Eine dem Frankischen Standpunkt direkt entgegengesetzte Haltung zur Massenstreikfrage nimmt sein Landsmann, Genosse Kolb, ein, der der Meinung ist, daß die preussische Wahlrechtsfrage nur im Parlament gelöst werden könne.

Wir haben bereits betont, daß wir an sich den politischen Massenstreik für ein Mittel halten, das unter bestimmten Voraussetzungen geeignet ist, auf den Gang der politischen Entwicklung bestimmend einzuwirken.

Über einstimmig herrscht darüber, daß die preussische Wahlrechtsfrage nur durch einen energischen Druck der Massen einer Lösung entgegengeführt werden kann, denn freiwillig wird die preussische Reaktion auf ihre Vorbereitschaft nicht verzichten.

Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß im Falle die Arbeiter zum politischen Massenstreik greifen, die Reaktion alles aufbieten wird, um Zusammenstöße herbeizuführen.

Diese Taktik allein wird imstande sein, in Preußen eine wirkliche Massenbewegung, die nicht mehr im Sande verlaufen wird, für die Wahlreform herbeizuführen und der Reaktion eine entscheidende Niederlage zu bereiten.

Die Voraussetzungen dafür, daß die Sozialdemokratie den Liberalismus vor die Alternative des Entweder-Oder stellen kann, ist, daß sie den Mut hat, sich auf den Boden einer konsequent reformistischen Politik zu stellen.

Der Auffassung Kolbs trat Genosse Traubinger-Karlsruhe in einem im „Karlsruher Volksfreund“ abgedruckten Artikel entgegen, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die „Volkswacht“ für Freiburg i. Br. schrieb: „Uns erscheint die größere Schwierigkeit für die Durchführung des politischen Massenstreiks in Preußen darin zu liegen, daß Preußen eben — Preußen ist.“

Wir möchten deshalb trotz gewissenhafter Prüfung der Kolb'schen Einwände erklären: Es muß gehen! Wir kommen in Preußen um eine Anwendung des politischen Massenstreiks nicht herum; die Zukunft wird uns darin recht geben.

Der Kolb'sche Vorschlag könnte nur bei den nächsten Reichstagswahlen in die Praxis umgesetzt werden. Und

die finden — 1918 statt! Sollen wir bis dahin die preussische Wahlrechtsfrage schlummern lassen? Nie und nimmermehr!

Wir sind der Meinung, daß man beide Mittel ins Auge fassen muß: Den politischen Massenstreik und den Kolb-Eisner'schen Vorschlag.

In der „Chemnitzer Volksstimme“ kommt Genosse Kurt Eisner in einem Artikel, betitelt: „Preussischer Nachruf“ auf seinen bekannten Vorschlag, das Dreiklassenwahlrecht durch sich selbst zu sprengen, zurück und schreibt zum Schluß über die Massenstreikfrage:

Vor dem ersten Jenauer Parteitag, als wir uns über den Generalstreik unterhielten, vertrat ich gegen die Parteigenossen, die sich darin gefielen, die Arten des Generalstreiks wissenschaftlich zu sortieren und darüber zu grübeln, welche Rolle dieses Kampfmittel am Tage der letzten großen sozialen Revolution spielen könnte.

Die Menschen gewinnen erst dann die Freiheit und die Macht zur Freiheit, wenn in ihnen das Gefühl lebendig ist, daß es sich ohne Freiheit nicht zu leben lohnt.

Reichstag.

170. Sitzung. Donnerstag, den 26. Juni 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn.

Die zweite Beratung des

Einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrages

wird fortgesetzt.

§ 17 bestimmt, daß bei land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken der Ertragswert bei der Feststellung des Vermögens zugrunde gelegt werden soll; als solcher hat das 25 fache des Reinertrages zu gelten.

Abg. Graf Westarp (L.) beantragt, statt des 25-fachen des Reinertrages das 20-fache als Ertragswert zugrunde zu legen.

Die Abgg. Ulrich (Soz.) und Genossen beantragen Streichung des ganzen Paragraphen.

Abg. Emmel (Soz.):

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, daß, wie das im § 16 festgelegt ist, bei der Feststellung des Vermögens der gemeine Wert (Verkaufswert) seiner einzelnen Bestandteile in allen Fällen zugrunde zu legen ist.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, daß, wie das im § 16 festgelegt ist, bei der Feststellung des Vermögens der gemeine Wert (Verkaufswert) seiner einzelnen Bestandteile in allen Fällen zugrunde zu legen ist.

In der Kommission hat man nun Einwendungen gegen die Berechnung nach dem gemeinen Wert gemacht mit dem Hinweis darauf, daß diese Art der Einschätzung schwierig sei und daß man in Preußen und Elsaß-Lothringen schon die Berechnung nach dem Ertragswert habe.

Abg. Graf Carmer-Biesewitz (L.)

tritt für den Antrag ein, statt des 25 fachen den 20 fachen Ertragswert zu setzen. Man muß doch die geringe Verzinsung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals und die hohe und teure Verschuldung der Landwirtschaft berücksichtigen.

Unterstaatssekretär John

rechtfertigt die Zahl 25 mit dem landwirtschaftlichen Ertrag, den der Vorredner nicht richtig eingeschätzt habe.

Abg. Ulrich-Offenbach (Soz.):

Nach den konservativen Herren ist man in Hessen infolge schlechter Erfahrungen vom gemeinen Wert wieder abgekommen. Das ist falsch, denn das heffische Vermögensgesetz von 1899 legt ausnahmslos den gemeinen Wert zugrunde — freilich war damals der Einfluss der Agrarier noch nicht so groß wie später.

Nach den konservativen Herren ist man in Hessen infolge schlechter Erfahrungen vom gemeinen Wert wieder abgekommen. Das ist falsch, denn das heffische Vermögensgesetz von 1899 legt ausnahmslos den gemeinen Wert zugrunde — freilich war damals der Einfluss der Agrarier noch nicht so groß wie später.

Abg. Frhr. v. Seyl (wild-natl.):

In Hessen haben wir mit der Steuer nach dem gemeinen Wert recht schlechte Erfahrungen gemacht; deshalb ist sie auch beim Gemeindevermögensgesetz fallen gelassen, und eine Novelle ist in Vorbereitung, auch bei der Staatssteuer den Ertragswert zugrunde zu legen.

Abg. Ulrich (Soz.):

Mit der Steuer nach dem gemeinen Wert haben wir in Hessen gute Erfahrungen gemacht, die Regierung hat es 12 Jahre lang angewendet; schlechte Erfahrungen damit haben nur die Agrarier gemacht.

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Der Abg. v. Seyl hat von einer Ungerechtigkeit der Kommissionsbeschlüsse gegen den städtischen Grundbesitz gesprochen. Ich stelle fest, daß nach den Kommissionsbeschlüssen zweier Lesungen möglicherweise die Willenbeiziger besser davonkommen könnten, indem ihnen ein Wahlrecht bleibt zwischen der Einschätzung nach dem gemeinen Wert und nach dem vielfachen des Ertragswertes.

Abg. Frhr. v. Seyl (wild-natl.):

behauptet, daß im Interesse der Arbeiterwohnungen die Steuer nach dem Ertragswert notwendig ist.

Abg. Dr. David (Soz.):

Da die Steuer nach dem gemeinen Wert 12 Jahre lang in Hessen mit gutem Erfolge angewendet worden ist, ist auch ihre Durchführbarkeit bewiesen.

Vestierung vorgegeben, da Vermögen bis zu 30 000 M. frei bleiben. Wir hatten beantragt, daß auch die Vermögen von 30 bis 50 000 M. frei bleiben sollen, wenn das Einkommen nur 2000 M. beträgt. Hätten Sie das angenommen, so wären die Arbeiter in den Wohnungen des Herrn v. Hehl sämtlich frei, denn die armen Arbeiter des Herrn v. Hehl haben noch kein Einkommen von 2000 M.

Abg. v. Wehling (Welfe) tritt für den Antrag Graf Westarp ein. Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Graf Westarp wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils des Zentrums abgelehnt. § 17 wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei § 31a beantragen die Sozialdemokraten eine andere Skala für die Besteuerung der Einkommen, die die höheren Einkommen mehr belastet.

Abg. Warm (Soz.):

Ich konstatiere hier nochmals, daß die Kommission hier Millionengespinnste von Steuererläß für die großen Einkommen gegenüber ihren Beschlüssen erster Lesung gemacht hat. Das hängt damit zusammen, daß in der zweiten Lesung konservative und Zentrum mitgewirkt haben, gegen die Beschlüsse erster Lesung zustande gekommen waren. Bei 800 000 Mark Einkommen waren nach der ersten Lesung 31 000 Mark Wehrbeitrag festgesetzt, jetzt nur noch 21 000 Mark, bei zwei Millionen Mark Einkommen sind statt vorher 336 000 jetzt nur noch 180 000 Mark Wehrbeitrag festgesetzt. Wir wollen diese früheren Beschlüsse der Kommission durch unseren Antrag wiederherstellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Zu § 34 (Vermögenserklärung) beantragt Abg. A n s t a d t (L.), nur für diejenigen eine Deklarationspflicht zu statuieren, die mehr als 50 000 Mark Vermögen haben.

Abg. Dr. David (Soz.):

Damit würde ein Loch ins Gesetz gerissen. Man kann doch nicht die Deklarationspflicht höher festsetzen als die Steuergränze. Lassen wir es bei dem Kommissionsbeschlusse, daß die Deklarationspflicht bei mehr als 20 000 M. Vermögen oder bei 10 000 M. Vermögen derjenigen, die mehr als 4000 M. Einkommen haben, einsetzt.

Abg. Graf Westarp (L.):

Der jetzige Besteuerungsmodus in vielen Bundesstaaten rechtsfertigt unseren Antrag.

Der konservative Antrag wird abgelehnt und die §§ 34-38 werden angenommen.

Abg. Gröber (Z.):

wendet sich gegen die Vorschrift des § 39, daß der Veranlagungsbescheid die Geschäftsbücher und sonstigen Vermögensnachweisungen vorzulegen sind. Er begründet einen Antrag, daß die Einkünfte in der Wohnung oder dem Geschäft des Beitragspflichtigen erfolgen soll.

Der Antrag wird fast einstimmig angenommen. § 40 schreibt die Erstellung eines Veranlagungs- oder Feststellungsbescheides vor. Die Kommission hat beschlossen, daß dem Beitragspflichtigen auf Verlangen mitzuteilen ist, in welchen Punkten von der Vermögenserklärung abgewichen worden ist.

Abg. v. Trampehnski (Pole):

begründet einen Antrag, die Worte „auf Verlangen“ zu streichen, so daß der Beitragspflichtige von Abweichungen von der Vermögenserklärung ohne weiteres benachrichtigt werden muß.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Graf Westarp (L.) beantragt, daß die 2. Rate des Wehrbeitrags statt am 15. März 1915 am 15. Februar 1915 fällig sein soll.

Der Antrag wird angenommen.

§ 46 bestimmt in der Kommissionsfassung, daß die über den Bedarf hinausgehenden Erträge des Wehrbeitrags zur Verrechnung der dauernden Ausgaben der Heeresvorlage verwendet werden sollen, eventuell auch zur Ermäßigung der dritten Rate des Wehrbeitrags. — Ein Antrag Graf Westarp (L.) will diese Beträge nur zur Ermäßigung der letzten Rate verwenden. — Ein Antrag Albrecht (Soz.) verlangt die Verwendung dieser Beträge für Unterstützung der Kriegsteilnehmer, Bekämpfung der Tuberkulose, Förderung des Mütter- und Säuglingschutzes und der Wohnungsreform usw.

Abg. Hofrichter (Soz.):

Der Wehrbeitrag wird auf der Grundlage des Verfahrens für die preußische Ergänzungsteuer erhoben werden. Während die Arbeiter und Angestellten infolge der Deklarationspflicht bis auf den letzten Pfennig ihres Einkommens herangezogen werden, besteht für die Reute mit über 3000 M. Einkommen die Selbst-einschätzung. Man ist also abhängig von ihrem steuerlichen Gewissen, das nicht selten ein sehr robustes und weites ist, wie zahlreiche gerichtliche Feststellungen namentlich für die höheren Schichten ergeben haben. Prof. Hans Delbrück hat erklärt, daß die Summe der in Preußen der Besteuerung hinterzogenen Vermögen ungemein hoch sei. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten. Die Vorlage über die Vermögenssteuer bringt nun strenge Strafbestimmungen, gleichzeitig einen Erlaß früherer Steuerhändel; wenn diese Bestimmungen Erfolg haben, so wird die Milliarde des Wehrbeitrags wesentlich überschritten werden. Wir beantragen nun, die überschüssenden Beträge zur Lösung von Aufgaben zu verwenden, die von großer Bedeutung für das deutsche Volk sind. Niemand wird bestreiten können, daß die Fürsorge für die alten Kriegsteilnehmer, für die Arbeitslosen, für den Mütter- und Säuglingschutz und für die Bekämpfung der Volkskrankheiten ungemein wichtig ist. Es wäre doch wahrlich an der Zeit, endlich einmal den unerhörten Zustand zu beseitigen, daß Kriegsteilnehmer bettelnd durch die Lande ziehen müssen, um sich überhaupt erhalten zu können. Die Unterstützungsbeträge, mit denen die Kriegsveteranen heute abgespeist werden, sichern diese in keiner Weise vor Not und Elend. Wir verlangen, daß den Veteranen wenigstens ein sorgenfreier Lebensabend gesichert werde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Säuglingssterblichkeit ist bekanntlich ungemein hoch und beträgt das Zehnfache der Bekammssterblichkeit. Deutschland marschiert mit der Säuglingssterblichkeit mit an der Spitze. Auch die Wehrheit des Reichstags hat anerkannt, daß zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit größere Mittel bereitgestellt werden müssen, die Regierung aber hat nicht mehr dafür getan, als das Säuglingsgesetz vorzulegen! Welch ungeheurer Gesichtsverlust für die Volksgesundheit ist doch die Tuberkulose! Es müssen ihre Ursachen und ihre Eigenart erforscht werden, wenn sie mit Erfolg bekämpft werden soll. Bei Anwendung entsprechender Mittel wird es möglich sein, diese Volkskrankheit in 30-40 Jahren vollkommen zu überwinden. Das Reich hat bisher den Kampf gegen die Lungenschwindsucht gemeinnützigen Vereinen, den Landesversicherungsanstalten und Krankenkassen überlassen. Eine Resolution des Reichstags von 1912 ersuchte die Verbündeten Regierungen, einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Tuberkulose möglichst bald vorzulegen und weitere Geldmittel bereitzustellen. Aber der Militarismus verschlingt ja im Reich alle Mittel und für so notwendige Zwecke bleiben nur lächerliche unzureichende Beträge übrig. Es ist aber die wichtigste Aufgabe der Volkshilfe, für so wichtige Angelegenheiten wenigstens ein paar Franken zu erlangen, die von Tüchern des Militarismus fallen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Beklagen ja immer den Rückgang der Geburtenzahl und Befürchten sogar einen Rückgang der Bevölkerungszahl. Diese Befürchtung sollte sogar Sie, die Sie unserem Antrag nicht freundlich gegenüber stehen, unserer

Forderung geneigt machen, und ich bitte das Haus, ihr zuzustimmen. (Wohlfahrt bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Die Behauptung, daß in unseren Kreisen das Steuergewissen ein besonders robustes ist, muß ich als grundlose Verdächtigung zurückweisen (Hört! hört!); die Behauptungen über Steuerrückstellungen bei Grundbesitzern sind schon wiederholt widerlegt und kennzeichnen sich als haltlose Verleumdungen und Verdächtigungen (Unruhe und Widerspruch links). Daß der Wehrbeitrag höhere Erträge geben wird als vorgelesen, glaube ich nicht; sollte es aber der Fall sein, so dürfen die Ueberlässe nicht zu laufenden Zwecken verwendet werden, nicht zu fortwährenden Ausgaben. Das würde den Charakter des Wehrbeitrags als einer einmaligen Steuer widersprechen. Wir beantragen daher, die etwaigen Ueberlässe lediglich zur Kürzung des letzten Drittels des Wehrbeitrags zu verwenden.

Reichshofsekretär Kühn

tritt für den Kommissionsantrag ein; die Verwendung für fortwährende Zwecke, für die nur in einzelnen Jahren resp. in einem Jahre die Deckung fehlt, macht die betreffende Ausgabe zu einer einmaligen.

Abg. Gothein (Sp.):

Ich bitte auch, an dem Beschlusse der Kommission nichts zu ändern. Der Wehrbeitrag wird zu einem bestimmten Zweck von vornherein erhoben und wenn er nicht ganz gebraucht wird, so haben die Betroffenen, die die schweren Lasten getragen haben, auch das Recht auf Zurückzahlung der überschüssigen Summe. — Professor Delbrück steht weit über den Angriffen des Grafen Westarp. An der ethischen Abtät dieses Mannes, gegen vorhandene schwere Mißstände auf dem Gebiete der Steuerdeklaration vorzugehen, darf nicht gezweifelt werden. (Bravo! links.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Ich habe Prof. Delbrück nicht Verdächtigung und Verleumdung vorwerfen wollen, sondern habe sozialdemokratische Presseäußerungen damit gemeint. (Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. David (Soz.):

In seinen ersten Ausführungen hat Graf Westarp direkt meinem Freunde Hofrichter haltlose Verdächtigung vorgeworfen. Das Gefühl seiner Position muß bei ihm sehr schlecht sein, wenn er eine so ordinäre Form der Abwehr wählt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Präsident Dr. Kaempf rief diesen Ausdruck.) Für diese Art zu polemisieren, kenne ich keinen anderen Ausdruck. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie glauben, damit die Tatsachen aus der Welt zu schaffen, irren Sie sich gewaltig. Diese Tatsachen sind durch die Denkschrift des Finanzministers Dr. Lenge selbst zugegeben. Danach hätte also auch er sich grundloser Verdächtigung schuldig gemacht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unser Antrag hängt mit der Wehrhaftigkeit des Volkes eng zusammen; denn diese hängt doch von der Gesundheit des Volkes, vor allem von der des Nachwuchses ab. Unser Antrag verdient also vor der eventuellen Rückzahlung den Vorzug. Auf keinen Fall darf die Rückzahlung an alle Vermögen ohne Unterschied erfolgen, sondern nur an die kleineren und mittleren bis etwa zu 100 000 M. Das ist in der Kommission zum Ausdruck gebracht worden, und muß auch hier festgehalten werden.

Abg. Graf Westarp (L.):

Der Abg. Hofrichter hat mit Bezug auf meine Freunde von einem besonders robusten Steuergewissen gesprochen und ihnen Steuerhinterziehungen vorgeworfen. Diesen unerhörten beleidigenden Vorwurf habe ich zurückgewiesen.

Damit schließt die Debatte. Unter Ablehnung des sozialdemokratischen und konservativen Antrages wird die Fassung der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur **Henderung des Reichsstempelgesetzes.**

Einen konservativen Antrag dazu begründet

Abg. Dr. Dertel (L.):

Unser Antrag ist äußerst bescheiden. Wir wollen lediglich eine ganz mäßige Erhöhung des Stempels auf inländische Obligationen der Aktiengesellschaften sowie auf ausländische Papiere. Das Schicksal unseres Antrages ist die Förderung der mäßigen Erhöhung des Börsenstempelgesetzes. Sachlich läßt sich gegen diese Anträge nichts sagen. Davon daß die Börse das nicht vertragen kann, ist keine Rede. Die Börsensituation ist trotz des Börsenstempelgesetzes immer gestiegen. Wir bitten ja auch die Rotationssteuer oder die Dividendensteuer wieder beantragen und damit den Abg. D a s s e r m a n n beantragen können, sich seines gesetzgeberisch noch ungeborenen Kindes von 1000 anzunehmen. (Geisterstille.) Aber wir sind, wie gesagt, äußerst bescheiden wie immer. (Geisterstille, Bravo! rechts.)

Unter Ablehnung dieses Antrages wird Artikel I angenommen.

Abg. Dr. David (Soz.):

begründet einen Antrag Albrecht, Vermögenssteuer und Feststellungsbestimmungen mit einer Stempelgebühr von 20 Pf. für je 1000 M. zu belegen. Schon beim Vermögensgesetz wurde dies von freistimmiger Seite angeregt, aber von der Regierung bekämpft, weil es eine fortlaufende Reichsvermögenssteuer sei. An sich hätten die Herren von der Regierung der Anregung wohl gern zugestimmt, denn sie hätte etwa 40 Millionen Mark gebracht, und das Reich braucht dringend Geld. — Das Verprechen, die Zuckerssteuer auszuheben, wird ja wieder durchgegriffen; Sie ziehen also eine indirekte Steuer entgegen ihrem ausdrücklichen Versprechen zur Deckung der Rüstungsvorlage heran, (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokr.) damit Sie nicht in die Verlegenheit kommen, Ihr Verprechen zu brechen, damit Sie Mittel haben, um die Zuckerssteuer abzuschießen, haben wir diesen Antrag gestellt. Hier erhebt der Antrag nicht wie beim Vermögensgesetz als direkte Steuer, das würde kein noch so gelehrter Steuertheoretiker sagen. In diesem Falle sind wir also bereit, eine indirekte Steuer zu bewilligen. (Geisterstille und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungsvertreter wendet sich gegen den Antrag. Es ist ganz ungewöhnlich, eine Gebühr für eine Handlung zu erheben, die dem Gebührenpflichtigen in keiner Weise zugute kommt.

Abg. Segis (Soz.): Es liegt hierzu noch ein Antrag Graf Westarp vor, der den Stempel bei Feuerversicherungen von Immobilien beseitigen will. Diesem Antrage stimmen wie im Interesse des Mittelstandes zu.

Abg. Dr. Dertel (L.) bittet gleichfalls, diesen Antrag anzunehmen.

Abg. Hofrichter (Sp.): Im Artikel 4 beantragt aber Graf Westarp, bei Annahme seines Antrages die Erhebung dieses Stempels der Landesgesetzgebung zu überlassen. Diese Art Mittelstandspolitik können wir nicht mitmachen.

Abg. Segis (Soz.): Wir brauchen ja bei Art. 4 den anderen Antrag Graf Westarp nicht anzunehmen. (Geisterstille und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Die Abstimmung über den Antrag Graf Westarp (L.) bleibt zweifelhaft. Der Sammelruf ergibt die Annahme des Antrages mit 173 gegen 134 Stimmen.

Der Antrag Albrecht, den der Abg. David begründet, wird abgelehnt.

Der Antrag Graf Westarp (L.) zu Art. 4 wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wird debattelos angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr pünktlich. (Kurze Anfragen, keine Vorlagen, Besichtigungen.)

Schluß gegen 3 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. U. a. B. Hamburg (Hiliale Baumhulenzweg.) Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Sothe, Baumhulenzweg. 67: Generalversammlung, Bericht und Wahl der Ortsverwaltung.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 32. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien wir hervor: Die Taktik der Revolution. Von Gustav Kofke. — Krieg und Kapitalismus. Von R. Kaustky. — Ueber den Gegensatz zwischen Bakunin und Marx. Eine Erinnerung von Fr. Wehring. — Kolonialismus in Ungarn. Von Eugen Banga (Budapest).

Heft 11 von der „Neuen Zeit“ Nr. 64: Wolfgang der Rieche und Verhaft der Große. Von F. Wehring. Das Rindrama. Von Fritz Böner. Naturwissenschaften. Von E. Drucker. Zur neuesten Wagnerliteratur. Von Ernst Kroschwitz. — Dämonien 1813. Ein Zitat von Ernst Schiller. Alfred Wegeler, Aus dem Leben und der Werkstätte eines Verdienten. Von Heinrich Ein Schmelzmann.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 20 des 23. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien wir hervor: Die Massenheraus! — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. III. Von Anna Bloch. — Die Wahl der Entrechteten. Von H. B. — Die Tarifbewegung im Saugwerke. Von H. Klinger. — Für unsere Jugend. Von Jürgen Brand. — Die Revolutionen von Berlin. Von Hilja Värsinen. — Zwei Tage von den Vereinigungen für Arbeiterfragen. Von a. n.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnement 2,50 M. Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 14. Nummer des 30. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. D. W. Dieß Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Witterungsüberblick vom 26. Juni 1913.

Stationen	Barometer (hohen mm)	Windschwindigkeit	Wolkenhöhe	Temperatur (Celsius)	Stationen	Barometer (hohen mm)	Windschwindigkeit	Wolkenhöhe	Temperatur (Celsius)
Stettin	760,3	3	1000	15	Stettin	761,3	3	1000	15
Dresden	761,3	3	1000	15	Dresden	761,3	3	1000	15
Breslau	761,3	3	1000	15	Breslau	761,3	3	1000	15
Frankfurt	761,3	3	1000	15	Frankfurt	761,3	3	1000	15
München	761,3	3	1000	15	München	761,3	3	1000	15
Wien	761,3	3	1000	15	Wien	761,3	3	1000	15

Wetterprognose für Freitag, den 27. Juni 1913.
Etwas wärmer, leicht heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 6.		am 27. 6.	
	cm	cm	cm	cm
Memel, Mühl	93	-1	93	-1
Bregel, Zisterburg	87	-3	87	-3
Reichel, Thorn	88	-5	88	-5
Oder, Raasdorf	112	-11	112	-11
Profen	79	-3	79	-3
Frankfurt	82	-5	82	-5
Sartze, Scherim	10	-4	10	-4
Randberg	17	-2	17	-2
Rehe, Bordenau	-30	+2	-30	+2
Elbe, Reitmeritz	75	-24	75	-24
Dresden	-28	+40	-28	+40
Harbe	137	-50	137	-50
Magdeburg	102	+34	102	+34

+) + bedeutet Hoch. — Null. — *) Unterpegel.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-12, 5-7. Sonntags 10-12.

Spezial-Arzt

Dr. med. Wockenfuß Haut-, Hals-, Frauenleiden, Ehrlich-Hals-Krankheiten, Blutuntersuchung. Schnelle, gründl., schmerzlos, behdlg. Friedrichstr. 125 (Oranienburger Tor) Nahe Friedrichstr. u. Steinh. Bahnst. Sprechst. 10-1 u. 5-8. Sonnt. 9-11.

Scheuere mit Henkel's Bleich-Soda.

300 Mark

Anzahl an vert. Pers. von 2000 M. an 10 St. Louc electr. Bahn. Linie 164. Gobenriedhäusern, Hauptstr. 17, Ql. 21.

Todes-Anzeigen

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Grüppchen Berlin. Abt. IV. Den Mitglidern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 25. Juni, unter Sportgenosse

Hermann Schwittau

verstorben ist. Seine letzten Wünsche: Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Berliner Arbeitervereine, Bergmannstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 13305 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Hermann Schwittau

Spittelmarkt 8/10, am 25. h. Mitt. an Lungenerkrankung gestorben ist. Seine letzten Wünsche: Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Berliner Arbeitervereine, Bergmannstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 129116 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Bezirk Groß-Berlin. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unsere Kollegin

Margarete Raschdorf

plötzlich verstorben ist. Seine letzten Wünsche: Die Beerdigung findet heute Freitag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Berliner Arbeitervereine, Bergmannstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 28614 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Robert Groß

am 24. Juni im Alter von 46 Jahren verstorben ist. Seine letzten Wünsche: Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Berliner Arbeitervereine, Bergmannstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 665 Die Bezirksverwaltung.

Mein langjähriger Freund

Gustav Pastor

ist Dienstag im 81. Lebensjahre nach qualvollen Leiden verstorben. Nachgelassen hat eine Frau Klara Felig, Friedhof Berlin. Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Berliner Arbeitervereine, Bergmannstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht 13305 Die Bezirksverwaltung.

Saison-Ausverkauf

Beginn: Morgen Sonnabend!

Beginn: Morgen Sonnabend!

Ausverkaufs-Angebote zur Reise!

Sämtliche Restbestände sollen geräumt werden.

Man beachte das morgige Inserat!

Man beachte das morgige Inserat!

BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- u. Knaben-Kleidung
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10
Berlin ♦ Gegr. 1891

Sonntags
nur von 8-10
geöffnet!

Der reichillustrierte Haupt-Katalog Nr. 43 (Reinste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin C 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 195. Amt Norden 1239, 9714

Sonntag, den 29. Juni 1913, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Eisen-, Metall- u. Revolver- dreher sowie Rundschleifer

in den Germania-Sälen (großer Saal), Chausseestraße 110.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Rechtsanwalts Dr. Hugo Heinemann über: Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei.
2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten und Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller dringend notwendig.

Sonntag, den 29. Juni 1913, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung der Emaillierer Berlins u. Umgegend im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 8.

Tagesordnung:

1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Berliner Emaillierbranche nach den Tarifbestimmungen. Referent: Kollege Max Behrend. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Das Bureau befindet sich jetzt im Gebäude des Holzarbeiter-Verbandes, Rungestr. 30.

Telephon: Amt Wriezplatz 10923 und 3678.

Heute Freitag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Sitzung der Ortsverwaltung in den neuen Räumen in der Rungestr. 30.

Folgende Zahlstellen sind verlegt worden:

Zahlstelle 40 von Elbinger Str. 8 nach Langenbeckstr. 1, Ecke Elbinger Straße, bei Rosenbergs.

Zahlstelle 61 von Annenstr. 1 nach Engelufer 13 bei Krüger.

Küchenmöbelbranche.

Montag, den 30. Juni, abends 6 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kolleg. Schröder: „Der Nutzen der Volkfürsorge“.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Branchenanliegenheiten.

In dieser Versammlung sind alle Betriebe geladen, in denen Tischlerarbeiten und Spülische angefertigt werden.

Die Ortsverwaltung.

Kopfläuse

mit Bräu vernichtet radikal Rademachers Goldgeist, gen. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, befördert d. Haarwuchs, verdrängt die Parasiten. - Wichtig für Schulkinder. Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0.50 u. 1.00 M. in Apotheken und Drogerien. Man weise Nachahmungen auf d. Name:

Goldgeist!

Verkauft nur im Fabrikgebäude!

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - eigene Tischlerei und Polstererei. - Auf Wunsch Teilzahlung.

Permanente Musterzimmer-Ausstellung.

PUCK

DIE NEUE

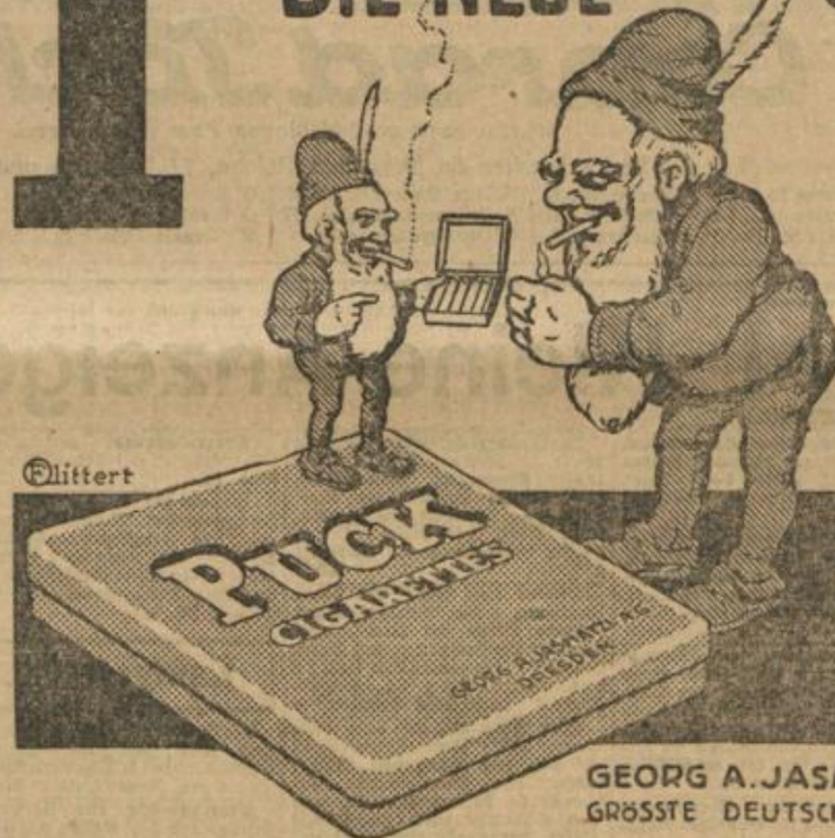
QUALITÄTS-

3

Pfg.

CIGARETTE

m/Gold
m/Hohlmdst
flach



GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Dr. und. Rud. Weil's

Nährsalz - Bananen - Kakao

ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kraftnahrung bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung und Heißhunger. Angenehmstes Nahrungstrank für Gelüste und Kranke. Paket = 1/2 Pf. 1.- M., 5 Pakete 4.75 M., 10 Pakete 9.- M., 16 Pakete 15 M. franko.

Alleinig. Fabrikant: D. Mader, Berlin S. 132, Prinzenstr. 88.
Dr. Rud. Weils Bananen-Kakao ist unbedingt der beste. Viele Anerkennungen.

Wo nicht zu haben, liefern direkt an Verbraucher 6 Pakete 6 M. franko; in Groß-Berlin liefern jedes Quantum frei Haus.

Aus den Gutachten und Anerkennungen

über „Boa-Lie“

... Aus diesen Gründen ergibt sich, daß Boa-Lie ein leicht bekömmliches Frischobstgetränk völlig neuen Genres ist. Dr. Kochs, Vorsteher der Versuchsanstalt für Obst- und Gemüseverwertung an der kgl. Gärtnereischule Dahlem Berlin und gerichtl. beidseitig Sachverständiger für Produkte aus Obst und Früchten.

Boa-Lie ist zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte oder durch Boa-Lie G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2 Charlottenburger Ufer 70 / Fernspr.: Amt Steinplatz 1904, 4001



Was ich mir zum Putzen hol'? Einzig und allein

Blendol



Der gute Metallputz. In Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg



Condor Schuhe

Für die Reise! **Aussergewöhnlich preiswert:** Für die Reise!

Damen-Leinen-Schuhe

Derby-Schnürschuhe, weiss, grau, beige 390
 zum Knöpfen 450
 Pumps mit Modeschnalle 475

Braun Chevreau

Damen-Schnürschuhe 675
 Damen-Knopfschuhe 750
 Herren-Schnürstiefel 1250 1050 850

Kinder-Leinen-Schnürstiefel

22-24 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
 275 325 360 400 440 490

Knaben- u. Mädchen-Schnürstiefel

25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-39
 475 525 575 625 675 750

Bergsteiger

für Damen und Herren, Doppelsonhle, Goodyear-Welt 1450 1250

Sandalen

23-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-42 43-46
 200 230 260 290 320 350 425
 Naturform



Schuhwaren-fabrik

Conrad Tack & Cie Akt.-Ges. Burg b. Magdbg

Jahresumsatz ca. 3 Millionen Paar Schuhwaren.

FORDERN SIE PREISLISTE

129 Verkaufsstellen im Deutschen Reiche, 21 in Berlin und Umgegend:

PERSONAL ÜBER 2000

C, Spittelmarkt 15 W, Schillstrasse 16
 C, Rosenthaler Str. 14 NW, Turmstrasse 41
 W, Potsdamer Str. 50 NW, Wilsackstr. 22

NW, Beusselstr. 29 N, Reinickendorfer Str. 23
 N, Friedrichstr. 127 N, Brunnenstrasse nur 37
 N, Müllerstrasse 3 N, Danziger Strasse 1

O, Andreasstrasse 50 SO, Oranienstrasse 32
 O, Frankfurter Allee 125 SO, Wrangelstrasse 49
 SO, Oranienstrasse 2a SW, Friedrichstr. 240-241

Charlottenbg.: nur Wilmsdorfer Str. 122-123
 Neukölln: Bergstrasse 30-31
 Potsdam: Brandenburger Strasse 54

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche, farbfehlerechte, spottbillig, Gardinen, Portieren, Steppdecken, halben Preis. Vorwärtsletern 5 Prozent Extrarabatt. Teppich-Thomas, Dramenstraße 126. 6458*

Muffeln erregen die enorm billigen Preise bei Herrmann Schiefinger für 30 Mark die feinsten gute Anzüge, schon für 15, 18, 20, 25 Mark elegante Sackfrack, Hosen, Paletots zu Schieberpreisen. Wo? Turmstraße 58. 7838*

Teppiche! (Jedlerbaste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichwerke Brunn. Gedeckter Markt 4, Bahndorf Borsig. (Jeier des Vorwärts* erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Nähmaschinen, gebraucht, in allen Systemen billig. Schon von 10 Mark an. Bellmann, Sonnenstraße 26. 2958*

Mittelschöne Radfahrerkarte, Gau 20 (Berlin), reichend von Neustettin bis Leipzig, von Stinbal bis Rottbus, ausgegeben in Karton 2.60 R. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, Laden.

Gardinen! (Steppdecken! Portieren! Tischdecken!) außergewöhnlich billig! Vorwärtsletern 5 Prozent Rabatt! extra! Gardinenhaus Brunn, Gedeckter Markt 4 (Bahndorf Borsig). Sonntags geöffnet!

Handelshaus Hermannplatz 6. Spottbilliger Bettenverkauf. Bücherverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenlager. Kleinauswahl Herrengarderobe. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Bestenhand 9. Brunnenstraße 70, im Keller. 1809*

Haben Sie gehört? Was denn? Saisonauferkauf bei Herrmann Schiefinger. Preise ungefähr 1/2, 2/3, 3/4 Winter- und Sommerkleid, feine, elegante, moderne Herrenanzüge, Anabenanzüge, Hosen, spottbillig. Nur Turmstraße 58. 7892*

Reihhaus Worsitzplatz 58a! Kaufen Sie spottbillig von Rabaheren wenig getragene sowie in Verkauf gewerene Jadedanzüge, Bodanzüge, Paletots, größtentils aus Seide gearbeitet 1-18 Mark. Gelegenheitsläufe in neuer Raggardeobe, enorm billig. Niefenposten Kleider, Kollässe, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20-35 Mark. Extrarabatt in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Kasse, Uhren und Goldwaren enorm billig nur Worsitzplatz 58a L. 1948*

Wanderkarten und Bücher, Reisebücher, Rundbücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Ragstoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Verlanbauhaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche, Farbenseher, spottbillige Niefenposten, Portieren, Gardinen, Plüschdecken, Dimantdecken, Möbelstoffe, Säuserstoffe. Potsdamerstr. 109, Conrad Bisher. Vorwärtsletern Extrarabatt. 6188*

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrosanzüge von 12.00, Fracks von 2.50, sowie für korpusante Figuren. Neue Garderobe zu konstant billigen Preisen, aus Handarbeiten verfallene Sachen faukt man am billigsten bei Nag. Dulastr. 14.

Zimbleidene Steppdecken (Seidenreize) 4.15, Wollstoffe-Steppdecken 2.50, grobe Schlafdecken, grauhaarig, 1.10, Normal-Schlafdecken 1.65. Teppichhaus Emil Lehore, Dramenstraße 158. 7258*

Kinderwagen, Geschloßaufgabe Klappwagen, Kinderbetten spottbillig. Kollbulerdamm 90. +58*

P. O. Kolloderstraße. Benutzen Sie den Saisonauferkauf Turmstraße 38 zur Vervollständigung Ihrer Garderobe. Soch billigen Preise gibt's nicht wieder wie jetzt bei Herrmann Schiefinger. 7908*

Geschäftsverkäufe. Kollengehäft zu verkaufen, Reu-Itzen, Pfälzerstraße 14. +96

Edelstahl ist billig zu verkaufen, Deauerstraße, 1200 Mark. Zu erlangen ReuItzen, Bippelstraße 5, bei Stranck, Duergebäude III. +67*

Restaurant, Forgarten, am Kirchhof, Fabriken im Hause, verlanflich Pringenallee 83, Uhrengeschäft. 108/16

Restaurant, sichere Exptenz, wegen Todesfall billig verlanflich. Engel, Koloniestraße 137. +92

Restaurant mit Wohnung, altes Geschäft, sofort oder später zu verkaufen, Zimmerstraße 59. 13409*

Wiefenumias, Obst, Gemüsegeschäft, Orspann, Lagerkarte 141, Postamt 19. 108/14

Möbel. Kleine englische Ruhbaumtischkaste, alles noch neu, labelant billig bei Glas, Rosenthalerstraße 57, vorn III rechts. 107/10*

Plüschsofas von 40.00 an, Challelongues von 18.00 an, englische Bettstellen 25.00, Kleiderkränze, Trumeaus, große Wandspiegel. Eigene Werkstatt, kein Laden. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 7068*

Dreihundert Bettstellen, Matrassen von 5.- Kleiderkränze, Bettlös 12.-, Kommoden, Küchenspinde, Waschtiseltien, Spiegelspinde 10.-, Lische 3.-, Sofaische 7.50 an usw. Neue Möbel sehr billig. Möbel-speicher Pringenstraße 71, Stargardt u. Zudell. 6658*

Möbel ohne Geld! Bei feiner Anzahlung geben Bettstätten und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden faukt bei uns. Krellmann u. Co., Köppenstraße 4. (Sälischer Bahndof.)

Wer Möbel reed und dabei billig kaufen will! Mein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen bietet Ihnen Vorteile. Geschmackvolle Ruherwohnungen, aus gute gebrauchte sowie zurüdgekehrte Möbel, Deuome Zahlweise gestattet. Kollapreis Zinsvergütung, keine Anzahlung. Bekannte Nachschlagnahme bei Frankfurt, Kaufpernung usw. Tischlermeister Gabbert, Kollstr. 54. 245/20*

Winkelbind 24.00, 27.00, Auszugel 33.00, 36.00, 40.00, 45.00, Challelongue 18.00, 20.00, Bettstellen 15.00, 20.00, 30.00, bunte Küchenmöbel 30.00, Kommode 19.00, Dresdenerstraße 107-108, Möbelweider.

zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Kleidenfenste auch auf Teilzahlung und bittel Parteimitglieder um Verkauf der großen Lager. Niedrige Anzahlung. Rindervergütung. Gelegenheitsläufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schaf, Brunnenstraße 160, Eingang Kollamerstraße.

Ruhbaumwirtschaft, bildschöne Stube, herrliche Rühmelnrichtung, für jeden annehmbareren Preis verlanflich. Händler verleben. Bauer, Große Frankfurterstraße 85, erste Treppe. 108/17*

Musikinstrumente. Ruhbaumplano! vorzügliches Kolltrill, verlanflich für 375.- Netto Kasse, selten günstige Gelegenheit. R. Dirschowitz, Stafflerstraße 25. Hochbahn Kollbussektor. 7068*

Bilder. Bilder. Sie kaufen Bilder nirgend billiger als direkt Fabrik bei Silber-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 23488*

Fahrräder. Grifflastige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a, I. Etage. 798*

Brennaborrad, guterhalten, 25.00. Schrader, Weberstr. 42. 108/6*

Perrensfahrrad, neuerhaltenes 30.-, Freilaufbad. Kraus, Andreasstraße 54. 107/16

Gebrauchte Damenfahräder, Herrenfahräder, Rennräder, außerordentliche Gelegenheit, allejährig. Weinmeisterstraße nur Nr. 2, Schauffstraße 92, Große Frankfurterstraße 144, Neukölln, Hermannplatz 6, Bergstraße 4, bei Nag.

Platinabfälle, Gramm 5.70, Millgold, Silber, Zahngelbste, Stanniol, Quecksilber faukt höchstgaltend Blimel, Schmelzer, Augullstraße 19 III.

Platinabfälle, alte Goldschalen, Bruchgold, Silber, Gebisse, alle Uhren, Redgold, Goldwatten, Quecksilber, Stanniol sowie familiäre Gold-, Silber-, platinhaltigen Rückstände faukt Groß, Edelmetallhandlung, Berlin, Köpenickerstraße 29, Telefon Worsitzplatz 3476. 5908*

Zahngelbste, Goldschalen, Silberfaden, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstgaltend. Schmelzeri Christianat, Köpenickerstraße 29. (gegenüber Mantelstr. 19) 59/1*

Briefmarken, Rängen faukt Großmann, Spandauerstraße 2. 107/15*

Goldschmelze faukt Silber, Platinabfälle, Zahngelbste, Quecksilber, Stanniol, alle Metalle, höchstgaltend Blimel Marie Nieper. Nur Köpenickerstraße 157. 4798*

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Ueberetzungen angefertigt. G. Swiento-Viedrecht, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus III. 448*

Autofachschule (Ingenieur Schapiro), monatlich konzessioniert, mit großer Reparatur-Werkstätte, Berlin-Neukölln, Berlinstraße 16, Tag- und Abendkurse. Honorar 100 Mark. 137K*

Verschiedenes. Erklärung. Die gegen den Vorkemmer Ernst, Liedstraße 18, erhobenen Beschuldigungen nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. R. Rante, Streifenstraße 49. 13368

Patentanwalt Müller, Gollingerstraße 81. 24398*

Patentanwalt Bessel, Gollingerstraße 94a. 248/16*

Göschelbelehnd. Handleihe, Schwebelstraße 11. 248/16*

Vermietungen. Schöne Zweizimmer-Wohnung, Sonnenseite, Balkon, Gas und allem Zubehör. I. Oktober zu vermieten. Anfragen bei Engel, Döringenerstraße 10, Duergebäude IV rechts.

Zimmer. Teilnehmer zum möblierten Zimmer, Schmidt, Fürstenstraße 19, vorn II. +32

Möbliertes Stübchen, Herrn, vermietet Emma, Plauer 92, linker Seitenflügel III. +39

Kleines möbliertes Zimmer zu vermieten Schwarzkopfstraße 13, parkerze links. 13436

Möbliertes Vorderzimmer, Herr oder Dame, Rantenerstraße 49 II.

Möbliertes Vorderzimmer, 19 Mark mit Kaffe, allein, Dresdenerstraße 134, IV rechts. 15445

Möbliertes Plurzimmer, billig, bei Teichner, Schentendorferstraße 3, vorn I. +30

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Herrn, separat, ruhig. Köpenickerstraße 7, vorn I links. 740*

Möblierte Schlafstelle für Herrn vermietet Goebel, Admiralstraße 38, vorn IV. +18

Schlafstelle, möbliert, freundlich, für zwei Herren. Schulz, Schäferstraße 9 u. 10, Gartenhaus IV.

Möblierte Schlafstelle, allein, Schälengerstraße 27, Hof II links. für das

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Tagelöhnergehilfe, tüchtiger, zuverlässiger, bei dauernder Beschäftigung sofort gesucht. Josef Weigand, Gabelbusch (Medtenburg). 8128*

Strausenfeder-Krauerinnen, Röhren und Legierungen im Dampfe bei hohen Löhnen verlangen. Gebrüder Nelson, Leipzigerstraße 71/72.

Annoucen-Akquisiteur!

Sie suchen zum 1. August d. J. zuverlässigen, tüchtigen Annoucen-Akquisiteur für den „Vorkamf“, Braunschweig. Gehalt dem Prostitution sowie sonstige Bedingungen nach Vereinbarung. 288/16

Buchdruckerei G. Rieck u. Co., Braunschweig.

Dreher und Schlosser

für Glasformen, nur tüchtige Kräfte, finden dauernde Beschäftigung und guten Lohn bei Z. H. Rubeisch & Co., Alten 16 Weinheimerstraße. 108/7*

Achtung! Steinarbeiter

Von den im Ausland gemessenen Kollegen der Firma Wiefengrund sind 6 Mann noch nicht wieder eingestellt. Die Kollegen werden daher ersucht, bei Wiefengrund nicht um Arbeit anzusprechen. 171/11 Z. H.: Ernst Winter.

„Hamburger Echo“

wird zu möglichst baldigem Antritt ein erfahrener Redakteur gesucht, der auch gewillt ist, die Verantwortlichkeit zu übernehmen. Redaktionen mit kurzen Angaben über den Lebensgang und die bisherige Tätigkeit sind bis zum 10. Juli zu richten an die Geschäftsleitung der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer u. Co., Hamburg 36, Rehlendstr. 11, unter der Aufschrift: „Redakteurstelle.“

Parteibuchhandlung

einer größeren Stadt Norddeutschlands sucht zu ihrer Verwaltung tüchtigen, buchhändlerisch gebildeten Genossen. Eintritt Ende 1913. Eherien mit Aufgabe über bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche unter D. 3 an Haupt-Expedition „Vorwärts“. Nur Bewerbungen erfahrener Genossen finden Berücksichtigung! 288/16

Gewerkschaftliches.

Mißstände beim Bau der Berliner städtischen Untergrundbahn

Lamen in der Versammlung zur Sprache, die die Verband der Zimmerer für Mittwochabend nach der „Alhambra“ in der Wallnertheaterstraße einberufen hatte.

Obgleich die Stadt Berlin bereits seit dem Jahre 1908 in den Submissionsbedingungen den Passus aufgenommen hat, daß nur solche Firmen Arbeiten übertragen erhalten, die den mit Gewerkschaften abgeschlossenen Tarif anerkennen...

Wegen der vielen Klagen über ungenügende Bezahlung und schlechte Behandlung wurde die Verbandsleitung bei der Bauleitung vorstellig und wie immer: Es wurde alles abstritten. Interessant ist, daß der bauleitende Ingenieur, der sehr schneidig auftrat — es soll ein Offizier a. D. sein — meinte, der Tarif ginge ihn gar nichts an...

Auch der Radenhalter wurde wieder vorgeschickt, daß die neunstündige Arbeitszeit nur für den Hochbau, nicht aber für den Tiefbau gelte.

Als auch dieses Argument zerplatzt war, hieß es, man müsse Rücksicht nehmen auf die ungelerten Arbeiter, die bei einer neunstündigen Arbeitszeit nicht zurecht kommen.

Die Firma Siemens u. Halske soll nur die niedrigsten Löhne, schwankend zwischen 42—45 Pf. auf 50 Pf. erhöhen, wie es in der Tiefbaudeputation von sozialdemokratischer Seite gefordert wurde — und der durch die neunstündige Arbeitszeit entstehende Einmahmausfall bei den ungelerten Arbeitern wäre sofort behoben.

Ein interessanter Zwischenfall — der die Art, wie Arbeiter eingestellt werden, mit Bligtlicht beleuchtet — verdient besondere Erwähnung. Während der Verhandlungen der Verbandsleitung mit dem Herrn Ingenieur kam ein Polizeiwachmeister unter vielen Väldingen ins Zimmer und fragte, ob nicht Beschäftigung für einen Zimmerer sei.

Demnach scheinen ja einige Polizeibeamte so viel Zeit zu haben, daß sie noch nebenbei als Stellenvermittler tätig sind.

Solche Fälle sollen durchaus nicht vereinzelt vorkommen. Die Einstellung erfolgt überhaupt — von wenigen Ausnahmen abgesehen — und durch Fürsprache. Der Herr Polier hat vom ehemaligen Verbandsmitglied verschiedene Wandlungen durchgemacht und soll jetzt bei den Selben gelandet sein.

Die Arbeitsordnung sieht folgende Arbeitszeit vor: Im Sommer von 6—6 Uhr, im Winter von 7—7 Uhr. Zwei Stunden Pausen. Die Bauleitung behält sich das Recht vor, auch im Winter um 6 Uhr zu beginnen...

Für Ueberstunden werden keine Zuschläge gezahlt. Für Nachmittagsstunden, die abends 10 Uhr beginnen, 10 Proz. Zuschlag. Sonntagsarbeit wird wie Wochentag bezahlt.

Während lauf Tarif nur ein Tag Lohn einbehalten werden darf, erlaubt sich die Firma Siemens u. Halske vier Tage Lohn einzubehalten.

Unerhört ist auch, daß die Arbeiter bei der Einstellung Fragebogen ausfüllen müssen, in denen geradezu ungläubliche Fragen gestellt werden. Die Bauleitung will wissen, wie alt der Arbeiter ist, ob er verheiratet ist, ob er Kinder hat, welcher Religion er angehört...

Die Ende voriger Woche waren die Arbeitszeiten wie folgt geregelt:

1. Schicht von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, 2. Schicht von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, 3. Schicht von 1 Uhr nachts bis 12 Uhr mittags.

Dem Tarif entsprechend müßte jede Arbeitsstunde nach 6 Uhr abends mit 15 Pf. Zuschlag bezahlt werden. Die Direktion von Siemens u. Halske glaubt den Arbeitern einen erheblichen Teil der Zuschläge vorenthalten zu können.

Der Firma Siemens u. Halske ist es unangenehm, daß der Magistrat ihre Tarifübertretungen erfährt. Die Zimmerer werden dafür sorgen, daß es erst recht geschieht.

Ueber die Verhältnisse bei der Firma Berger ist nicht viel zu sagen; sie sind nicht schlechter und nicht besser als bei Siemens u. Halske. Die große Arbeitslosigkeit zwingt die Arbeiterschaft, ganz besonders für Aufhebung des Ueberstundensystems einzutreten.

Alle Diskussionsredner bestätigten die Ausführungen des Referenten und gaben von der außerordentlichen Erregung Kunde, die über solche Zustände Platz gegriffen hat, um so mehr, als die Arbeitslosigkeit außerordentlich groß ist.

Der Stimmung der Versammelten wurde durch die einstimmige Annahme folgender Resolution Ausdruck verliehen:

Die Versammlung verurteilt das tarifwidrige Verhalten der Firma Siemens u. Halske sowie der Firma Julius Berger an dem Bau der Untergrundbahn, Straße Müller- und Chausseestraße, auf das allerentschiedenste.

Ganz besonders protestiert die Versammlung gegen die bei den Firmen bestehenden Arbeitsordnungen und erklärt unter Berufung auf den § 13 des im Zimmergewerbe Groß-Berlins gelten-

den Tarifvertrages, diese Arbeitsordnungen für die Zimmerer Berlin und der Vororte für null und nichtig.

Um die Firmen von ihrem tarifwidrigen Standpunkt abzubringen, ersucht die Versammlung den Berliner Magistrat, als Bauauftraggeberin, die Firmen veranlassen zu wollen, die in den städtischen Submissionsbedingungen enthaltenen und von den Firmen akzeptierten Verpflichtung, die zu verzeichnenden Zimmerarbeiten, zu den im Berliner Zimmergewerbe tariflich vereinbarten Löhnen, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen ausführen zu lassen, unverzüglich zu erfüllen.

Sollten die Firmen dennoch an ihrem tarifwidrigen Standpunkt festhalten, so richtet die Versammlung an die auf der Baustelle beschäftigten Zimmerer die dringende Aufforderung, aus dem Verhalten der Firmen die nötigen Konsequenzen zu ziehen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß die Firmen, die im Zimmergewerbe Groß-Berlins vertraglich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen und in vollem Umfange zur Durchführung bringen.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Töpfer.

Die Töpfer Groß-Berlins nahmen am Mittwoch Stellung zu dem bevorstehenden Ablauf des Tarifs. Die Arbeitgeber haben ihre Tarifvorlage dem Zentralverband der Töpfer in einer Sitzung, die am letzten Dienstag zwischen dessen Leitung und dem Vorstand der Innung, sowie den beiden Lohnkommissionen stattfand, unterbreitet.

Eine ganze Anzahl Unternehmer — natürlich sozial denkende — gestehen ein, daß die Meister ganz gut in der Lage wären, die bisherigen Lohnsätze weiter zu zahlen, wenn sich die Unternehmer endlich aufraffen könnten, ihre Verkaufspreise solider zu gestalten und die Schuldunkurzen unter sich zu beseitigen.

Die Gesellen halten sich für fähig, auch ohne Tarifvertrag ihre Interessen zu wahren und durch ihre Organisation bei passender Gelegenheit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.

Tarifbewegung der Etuisarbeiter.

Die im Deutschen Buchbinderverband organisierten Etuisarbeiter Berlins nahmen am Donnerstag Stellung zum Ablauf ihres Tarifs.

Wärzberger referierte und begründete die Notwendigkeit, den am 1. Oktober dieses Jahres ablaufenden Tarif zu kündigen. Nach einer kurzen Debatte, in der das volle Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten zu Tage trat, aber auch noch besonders dringlich der Wunsch geäußert wurde, daß mit Nachdruck auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Einschränkung der Lehrjahrsausbildung hingewirkt werden müsse, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

Die heutige vollständig beschulte Versammlung der Etuisarbeiter und Arbeiterinnen Berlins hält eine Erhöhung der Löhne dieser Berufsgruppe für unumgänglich notwendig, da die steigenden Ausgaben für die Lebensmittel und Bedarfsartikel mit den gegenwärtigen Löhnen nicht in Einklang zu bringen sind.

Die außerordentlich unregelmäßige Beschäftigungsart fordert dringend eine gesunde Regelung der Arbeitszeit.

Aus diesem Grunde beschließt die Versammlung, den am 10. Oktober 1910 mit dem Verbands der Berliner Etuisfabrikanten geschlossenen Tarif am 1. Juli d. J. zu kündigen und ersucht die Organisationsleitung diesen Beschluß auszuführen.

Die Mitglieder der Tarifkommission werden mit der Ausarbeitung einer neuen Tarifvorlage betraut, die einer weiteren Branchenversammlung in Kürze zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll, um danach der Arbeitgeberorganisation zu übermitteln.

Kleines feuilleton.

Die Fahrt des „Imperators“. Der Hamburger Niesendampfer, der augenblicklich die Wogen des Meeres durchschneidet, gibt in der bürgerlichen Presse zu allerhand freudigen Gesängen Anlaß, die man nicht gerade allzu ernst zu nehmen braucht.

Selbst aber, wenn man den Zeitungsberichten noch so skeptisch gegenübersteht, scheint als Tatsache festzustehen, daß der moderne Riesentyp dieses Dampfers gegen das stürmische Meer eine Stabilität ausstrahlt, die man früher nicht konnte.

Wenn das aber der Fall ist, hat der „Imperator“ allerdings einen sehr realen Erfolg zu verzeichnen. Nicht so sehr, weil auf diese Weise einigen Landratten die Seekrankheit erspart wird, sondern weil die Sicherheit der Schifffahrt in stürmischen Ozeanen sehr stark erhöht wird.

Eine solche Erhöhung der Sicherheit aber würde nicht nur Hunderttausenden von Passagieren, sondern auch Hunderttausenden von Seeproletariern zugute kommen.

Parfüm im Varieté. Die Londoner haben nun glücklich Wagners Parfüm kennen gelernt. Das Coliseum, das Varieté, ist Covent Garden, der großen Oper, zuborgekommen. Sie haben die verdohnte Frucht des Genius von Bayreuth gekostet, wie ein Blatt sich ausdrückt, aber wissen sind sie doch nicht geworden.

Gruppen und Szenen die Laufbahn des reinen Loren von der Tötung des heiligen Schwanes bis zu seiner Apotheose im himmlischen Glanz erlösender Liebe darstellen, zeigen alle Vorzüge moderner Ingenieurkunst, die von Reinhardt und Gordon Craig gelernt hat.

Tägliche Telegramme aus dem Südpolargebiet. Der australische Forscher Rawson überwintert jetzt in Adelle-Land, das einen Teil des antarktischen Festlandes bildet. Zum ersten Male ist es dieser Expedition gelungen, die Benutzung der drahtlosen Telegraphie zu einem ständigen Verkehr zwischen dem Südpolargebiet und der zivilisierten Welt zu entwickeln.

Die Hauptfiguren des Stücks: der überlegene Mediziner, der als Berater, Röhner und Warner seinen Patienten zur Seite steht, in den blind Selbstfüchtigen den Funken menschlichen Verantwortungsgefühls zu wecken sucht; ebenso wie die beiden Duponts, Sohn und Mutter, sind scharf umrissene typische Gestalten.

Der Mittelakt spielt in dem jungen Heim. Das Kindchen kränkt. Der herbeigerufene Arzt verlangt, daß die Amme, der

mit der Jenur auch in Berlin zur Aufführung gelangte, hat damit ihrer guten Sache einen guten Dienst geleistet. Nach dem starken Eindruck des ersten Abends ist zu erwarten, daß dieses medizinische Aufführungs- und Propagandadrama, das sein Thema mit einer Fülle treffender Beobachtung in spannender Bewegung durchführt, auch hier ein Publikum von vielen Tausenden heranziehen wird.

Die Hauptfiguren des Stücks: der überlegene Mediziner, der als Berater, Röhner und Warner seinen Patienten zur Seite steht, in den blind Selbstfüchtigen den Funken menschlichen Verantwortungsgefühls zu wecken sucht; ebenso wie die beiden Duponts, Sohn und Mutter, sind scharf umrissene typische Gestalten.

Der Mittelakt spielt in dem jungen Heim. Das Kindchen kränkt. Der herbeigerufene Arzt verlangt, daß die Amme, der

mit der Jenur auch in Berlin zur Aufführung gelangte, hat damit ihrer guten Sache einen guten Dienst geleistet. Nach dem starken Eindruck des ersten Abends ist zu erwarten, daß dieses medizinische Aufführungs- und Propagandadrama, das sein Thema mit einer Fülle treffender Beobachtung in spannender Bewegung durchführt, auch hier ein Publikum von vielen Tausenden heranziehen wird.

Die Hauptfiguren des Stücks: der überlegene Mediziner, der als Berater, Röhner und Warner seinen Patienten zur Seite steht, in den blind Selbstfüchtigen den Funken menschlichen Verantwortungsgefühls zu wecken sucht; ebenso wie die beiden Duponts, Sohn und Mutter, sind scharf umrissene typische Gestalten.

Der Mittelakt spielt in dem jungen Heim. Das Kindchen kränkt. Der herbeigerufene Arzt verlangt, daß die Amme, der

mit der Jenur auch in Berlin zur Aufführung gelangte, hat damit ihrer guten Sache einen guten Dienst geleistet. Nach dem starken Eindruck des ersten Abends ist zu erwarten, daß dieses medizinische Aufführungs- und Propagandadrama, das sein Thema mit einer Fülle treffender Beobachtung in spannender Bewegung durchführt, auch hier ein Publikum von vielen Tausenden heranziehen wird.

Die Hauptfiguren des Stücks: der überlegene Mediziner, der als Berater, Röhner und Warner seinen Patienten zur Seite steht, in den blind Selbstfüchtigen den Funken menschlichen Verantwortungsgefühls zu wecken sucht; ebenso wie die beiden Duponts, Sohn und Mutter, sind scharf umrissene typische Gestalten.

Der Mittelakt spielt in dem jungen Heim. Das Kindchen kränkt. Der herbeigerufene Arzt verlangt, daß die Amme, der

Theater.

Deutsches Theater (Sommergastspiel): „Die Schiffbrüchigen“, Theaterstück von Eugen Brieux. Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, auf deren Anregung dies Stück des berühmten Verfassers der „Noten Robe“ erst in Hamburg und nun nach langem Verhandeln

Streik der Friseurgehilfen! Wegen Mahregelung eines Verbandskollegen sind sämtliche bei der Firma Rind-Martini, Bergmannstr. 112 und Luisen Ufer 21, beschäftigten Gehilfen in den Streik getreten. Herr Martini, welcher als Pächter der beiden Geschäfte den Tarifvertrag der Organisation unterzeichnete, lehnt jede Belogung der Differenzen ab. Die Betriebe sind bis auf weiteres für organisierte Kollegen gesperrt.

Verband der Friseurgehilfen. Deutsches Reich.

Die Leipziger Metallarbeiter sind über die Ausschließung ihrer Vertreter vom Verbandstag in Breslau sehr erregt. In einer stark besuchten Versammlung, die sie am Mittwoch abhielten, nahmen sie eine Resolution an, in der gegen die Festschreibung der Leipziger Mandate in allerschärfster Form protestiert wird. Dem Zentralwahlkomitee von Leipzig wird vorgeworfen, daß es für den Wahlprotest erst dann getrimmt habe, als sich herausgestellt habe, daß die Gegner der Parteischule und der Selbstverwaltung der Zahlstellen bei den Wahlen unterlegen waren. Es wird verlangt, daß die Mitglieder des Komitees ihre Ämter in der Organisation niederlegen. Zum Schluß erklärten die Leipziger, an ihrer Auffassung aber auch an der Organisation treu festhalten zu wollen.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Juni 1913,
nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Niekele eröffnet die Sitzung 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuss für die Vorbereitung der Vorlage betreffend die Angelegenheiten der Viktoriaschwestern ist gewählt und hat sich konstituiert; die sozialdemokratische Fraktion ist vertreten durch Wasner, Glöde, Ritter, Schneider und Dr. Wehl; letzterer ist zugleich Vorsitzender des Ausschusses.

Zur Errichtung von

städtischen Badeanstalten

(ohne Schwimmbassin) hatte der Magistrat den Ankauf des Grundstücks Petersburger Platz 4 für 280 000 M. und des Grundstückes Schönhauser Allee 79 für 260 000 M. in Vorschlag gebracht. Diese Preise wurden in der ersten Beratung am 29. Mai als unverhältnismäßig hoch beanstandet. In der Ausschussberatung ist schließlich der Ankauf des ersten Grundstückes mit Stimmengleichheit abgelehnt worden; der Ankauf des zweiten wird empfohlen, und zwar zu dem um 5000 M. ermäßigten Preise von 255 000 M. Referent ist Stadt. Feil (M. L.).

Stadt. Hildebrandt (M. L.): Nirgends ist eine neue Badeanstalt notwendiger als im Osten. Die dortigen Bewohner müssen, wenn sie Baden wollen, mehrere Kilometer weit bis zur Schillingstraße gehen. Leider hat der Ankauf des Grundstückes in der Petersburger Straße abgelehnt. Ich empfehle die Annahme des Magistratsvorschlags.

Stadt. Juchel (Soz.): Ich richte die gleiche Bitte an Sie. Seit Jahren klagte der Arbeiterstand von städtischen Badeanstalten und ist dieses wichtige Interesse der Arbeiterbevölkerung nicht einen Schritt weiter gefördert worden. Mit der Annahme des Ankaufsantrages würde abermals eine längere Verzögerung eintreten. Man kann Badeanstalten, wenn sie von großen Massen besucht werden sollen, nicht in stille Nebenstrahlen legen; es muß der Arbeiterarbeit leicht gemacht werden, von der Arbeitsstätte kommend, so schnell wie möglich sich zu reinigen, bevor sie in ihre Wohnungen zurückkehrt. Dem Ankauf des Grundstückes in der Schönhauser Allee, wo dieselben Bedenken geltend gemacht worden sind, hat ja auch der Ausschuss mit 5 gegen 3 Stimmen zugestimmt. Der Besitzer des Grundstückes im Osten hat sich ebenfalls zu einer Ermäßigung, wenn auch nur um den kleinen Betrag von 2000 M., bereit finden lassen. Auch der Umstand, daß die Badeanstalt neben einer Schule errichtet werden würde, kommt vorteilhaft in Betracht. Wir beantragen deshalb, die Vorlage in ihrem ganzen Umfange anzunehmen. Im Ausschuss hat mein Kollege Juchel auch die Frage angeschnitten, ob nicht eine Badeanstalt, wenn auch vorläufig nur provisorisch, Licht- und Luftbäder angehängt werden können. Wir empfehlen dringend diese von den ärztlichen Autoritäten warm empfohlene Anregung zur Ermäßigung, auch unserem städtischen Medizinalrat. (Beifall.)

Stadt. Reimann (M. L.) erklärt, nach dieser ausführlichen Verantwortung des Magistratsvorschlags mit seinen Freunden für denselben eintreten zu wollen. (Beifall.)

Die Vorlage wird hierauf entgegen dem Ankaufsantrage in ihren beiden Teilen angenommen.

Zur weiteren Durchführung der Verbreiterung der Landsberger Straße soll der Erwerb der Grundstücke Nr. 58-59 angefaßt der viel zu hohen Forderungen der Eigentümer im Enteignungswege durchgeführt werden.

Die Versammlung gibt ohne Debatte ihre Zustimmung. Der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, die sich u. a. die Pflege des Volkonschmucks durch Prämierung usw. angelegen sein Anfertigung droht, sofort entfernt wird. Aber Georges und seine Mutter, die um das Geheimnis weigern sich. Das schwache Kind würde sonst sterben. Die Amme kehrte sich im Notfall auch mit Geld abfinden. Kein Mittel der Verheimlichung und des Betruges ist dem sauberen Vögel zu diesem Zwecke zu schlecht. So eine kann doch später unmöglich projizieren und, wenn sie's tut, so wird man sicher einen guten Anwalt finden, der vor Gericht den Sachverhalt ins Gegenteil dreht! Es sind Szenen dem aufpeitschenden Gewalt der Anklage. Die Amme, die gelächelt hat, scheidet im Streite den beiden die Wahrheit ins Gesicht, und so erklärt die junge Frau das Futurbare.

Der Schlußakt wendet sich vom Einzelschicksal ganz zum Allgemeinen. Der Schwiegervater, ein einflussreicher Politiker, verlangt vom Arzt Atteste, um in dem Ehescheidungsprozesse Georges zu kompromittieren. Der Doktor rät zum Frieden und rüttelt den Entschlossenen aus seinem Wahn der Selbsterrettung heraus. Wenn er die Krankheit Georges für eine solche Schmach hält, hat er selbst so gelebt, daß er vor dieser Krankheit sicher war? Und warum, wenn er Entschuldigungen hinsichtlich des Vermögens des Freiers einlegte, hat er nicht auch ein ärztliches Gutachten über dessen Gesundheit verlangt. Gesetze täten not, das freies Land einzudämmen! Nicht aber, wie der Deputierte meint, verschärfte Strafbestimmungen gegen die Profititütäre, die selber Opfer sind! Der Aufzug spielt in der Vorführung eines dieser armen schug- und gedankenlosen Wesen aus der Klinik, die in herausfordernd vulgärem Strahentum dem Herrn Abgeordneten von ihrer Verführung und Erkrankung erzählt. Der Politiker schüttelt dem Arzte, der ihn überzeugt hat, die Hand. Er will in dessen Sinn von der Tribüne des Parlaments wirken.

Die tragende Rolle des Arztes wurde von Herrn Sid in ausgezeichneter Individualisierung verkörpert. Wenn Falles des Vorhangs erscholl langanhaltender demonstrativer Beifall des vollbesetzten Hauses.

Notizen.

- Die Freie Volkshöhne wird im Herbst das Drama: „Familie Selide“ von Arno Holz und Johannes Schlaf wieder beleben in einer Einführungsbesetzung von Fritz Witte-Wild. Für die weibliche Hauptrolle der Frau Selide ist Frau Martha Altenberg gewonnen worden.
- Das Jahrhundertfestspiel Hauptmanns wird am Dienstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr in der Philharmonie von Rudolf Christians vorgelesen werden.
- Eine Freie Volkshöhne in Kopenhagen. Nach dem Muster der Berliner Neuen Freien Volkshöhne soll, wie die „Post“ berichtet, in Kopenhagen im kommenden Jahre eine Theatervereinigung gegründet werden, die der zahlreichen Arbeiterbevölkerung und den kleinbürgerlichen Schichten in der dänischen Hauptstadt zu erschwinglichen Preisen gute Theateraufführungen bieten soll. An der Spitze steht Peter Hansen. Man will auch versuchen, der zukünftigen Volkshöhne ein eigenes Theater zu schaffen.

läßt, soll eine Beihilfe von 500 M. und 5 silberne Medaillen zur Verfügung gestellt werden.

Die Versammlung stimmt dem zu.

Für die Vergrößerung der Fleischkammer für Schweine auf dem Seuchenhofe des städtischen Viechhofes sind 20 500 M. erforderlich; die Summe wird ohne Debatte bewilligt.

Der spezielle Entwurf und der Kostenschlag (1 1/2 Millionen Mark) für den Neubau der landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt „Struveshof“ zwecks Durchführung von Reformen auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung liegt vor.

Die Genehmigung wird erfolgt ohne Diskussion.

Der Magistrat legt die speziellen Entwürfe zum Neubau des Gymnasiums in der Pfader Straße, zum Neubau der XV. Realschule an der Carmen-Silva-Straße vor.

Kirchner-Ober-Realschule in der Zwinglstraße 2, sowie der Stadt. Gremer (M. L.) bemängelt, daß eine solche Zahl von großen Bauten am letzten Sitzungstage der Versammlung vorgelegt wird; es bleibe zur Ausbesserung keine Zeit.

Im Anschluß an den Entwurf für die Kirchner-Ober-Realschule befürwortet Stadt. Körte (Fr. Fr.) eine Resolution auf Prüfung der Frage durch den Magistrat, ob sich für die Schulen die elektrische oder die Gasbeleuchtung wirtschaftlich mehr empfehle. Es solle probeweise eine höhere und eine Gemeindeschule mit elektrischem Licht ausgestattet werden.

Stadt. Rast: Die Frage ist noch keineswegs geklärt. In der Kirchner-Ober-Realschule sollen die Aula elektrisch, die übrigen Schulräume mit Gas beleuchtet werden. Es möchte sich gerade jetzt wo wir in Verhandlungen wegen Uebernahme der V. E. W. stehen, nicht empfehlen, auf den Antrag einzugehen.

Auch Stadt. Gaffel (M. L.) spricht sich gegen die Resolution Körte aus, während Stadt. Hildebrandt den Versuch mit der elektrischen Beleuchtung dringend befürwortet.

Stadt. Rummel (Fr. Fr.): Ein Versuch muß doch einmal gemacht werden; in ein finanzielles Risiko laufen wir nicht. Aus der Befürchtung, daß unsere Gaswerke dadurch benachteiligt werden könnten, solle man der Resolution nicht entgegen sein.

Stadt. Dr. Arons (Soz.): Auch ich habe in der Deputation für das Kompromiß in betreff der Kirchner-Ober-Realschule. Wenn nun hier die Resolution Körte vorgelesen wird, so meine ich, wir sollten unbekümmert um die Bedenken des Kollegen Gaffel darauf eingehen. Meine Freunde werden dafür stimmen.

Nach einer weiteren Debatte, an der die Stadt. Gaffel, Richelet, Gen. Arons und Stadtrat Rast teilnehmen, wird die Resolution Körte mit erheblicher Majorität angenommen; die ausgeführten speziellen Entwürfe genehmigt, ebenso die für eine Gemeindeschule nahe der Behmstraße, über einen Neubau für die Blindenbeschäftigungsanstalt, Oranienstraße 26, und für den Um- und Erweiterungsbau der Hauptfeuerwache.

Der Berliner Medizinischen Gesellschaft will der Magistrat zum Betriebe des Rudolf-Birchow-Hauses auf dem Grundstück Luisenstraße 58/59 auf 5 Jahre vom 1. Oktober 1913 ab einen jährlichen Zuschuß von 10 000 M. leisten; außerdem sucht er die Ermächtigung nach, der Gesellschaft auf ihr Verlangen nach Fertigstellung des Hauses, jedoch nicht vor dem 1. Oktober 1914, ein mit 4 Proz. verzinsliches hypothekarisches Darlehen bis zum Betrage von einer Million Mark aus einer später anzunehmenden Anleihe zu gewähren.

Stadt. Staps (M. L.): Der Berliner Medizinischen Gesellschaft, dieser im In- und Auslande hoch angesehenen Körperschaft, zu einem eigenen Heim zu verhelfen, erscheint auch uns als eine Aufgabe, für die die Aufwendung städtischer Mittel nicht nur zulässig, sondern auch wünschenswert ist. Der Vorlage aber fehlen nähere Angaben über die Aufbringung der Mittel für den Bau des Hauses über das hinaus, was wir hergeben sollen. Es handelt sich um eine Million, die wir uns selbst erst borgen müssen; in welcher Zeit wir sie zurückbekommen, ist nicht zu ersehen. Wir wünschen deshalb Ausschussberatung.

Stadt. Dr. Wehl (Soz.): Der Zuschuß, den wir tragen sollen, scheint uns völlig abgelehnt zu werden durch die Vergabe der Versammlungssäle, wie durch die Vorträge, die gehalten werden sollen. Die Stadt hat schon häufig das Bierschiff dieser 10 000 Mark für unserer Ansicht nach unproduktive Zwecke ausgegeben. Wir hoffen, daß die Vorlage aus dem Ausschuss ohne jede Aenderung an das Plenum zurückkommen wird.

Nach weiterer Debatte wird nach dem Antrag Staps beschlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/8 Uhr.

Internationaler Frauenstimmrechtskongreß in Budapest.

Der dritte Tag des Kongresses brachte auf die Tagesordnung die wichtige Frage des Verhaltens der Frauenstimmrechtsorganisationen den politischen Parteien gegenüber. Aber sie verschwand, kaum daß sie gekommen war. Die Referentinnen Anna Wiksell-Schweden und Mrs. Marshall-Großbritannien erklärten, daß die sozialdemokratischen Parteien ihrer Länder die einzigen seien, auf die sie bauen könnten. Die politische Neutralität bedeute für die Frauen sozial, daß die Kämpfen aller Parteien, aller Konfessionen aufgenommen werden, aber die Kandidaten jeder Partei, die das Frauenstimmrecht ablehnten, müßten entschieden bekämpft werden.

Darauf stellte Frau Stritt-Dresden eiligst den Antrag, auf eine Diskussion zu verzichten — und man verzichtete. Es blieb unerörtert, daß die liberalen Frauen Deutschlands für Parteien arbeiten, die das Frauenstimmrecht nicht in ihr Programm aufgenommen haben. Ein Amendement zu dem Antrag Stritt, daß eine Definition des Begriffes „politische Neutralität“ dem Kongreß gegeben werde, fand Annahme, die Definition selber aber wurde aufgehoben und aufgehoben. „Hüh“ und „hoi“ wird bei den Wahlrechtskämpfen in den Reihen der bürgerlichen Frauen weiter herrschen; die einen werden die Konfessionen ihres Herzens, die anderen die Liberalen aller Schattierungen unterstützen, keine wird es wagen, gleich den politischen reiferen skandinavischen und englischen Schwwestern, für die Arbeiterpartei einzutreten, die allein das Frauenstimmrecht auf das Programm gesetzt hat.

Der fünfte Tag brachte die Frage des Nächstentages. Chapman-Cat hatte das Referat. Sie schlug die Einsetzung internationaler Kommissionen in jedem Lande zur Untersuchung der Quellen der Prostitution vor. Sie stellte in ziemlich scharfen Worten klar, wie die westlichen zivilisierten Nationen alljährlich Kolonisatoren aller Art in die unzivilisierten Weltteile entsenden, und gerade diese Arme die Demoralisation in die Reihen der Bevölkerung der Kolonien trage. Der Geheimnisse lerne, seine Tochter an den fremden Eroberer zu verschachern.

Mrs. Rossen-Großbritannien geißelte die Grausamkeit der wohlhabenden, sogenannten tugendhaften Frauen, die den Körper der armen unterdrückten Frauen preisgeben, um die Keuschheit des eigenen Adresses zu bewahren. — „Wenn wir“, rief sie aus, „eine Moral für die Herrschenden und Beherrschten haben, so ist das eine unmoralische Moralität zu nennen.“

Im großen ganzen ging es auch bei dieser Frage leidend ab zu. Nur die letzten zwei Tage brachten etwas Leben: ein Duell mit den besten, leidenschaftlichsten Worten zwischen den Suffragettes und Chapman-Cat. Mrs. Desjare verteidigte die Kampfmethoden der Suffragettes, und Mrs. Cobden rühmte deren Heldentaten. „Es sind keine Heldentaten“, entgegnete Chapman-Cat. Alle die Unbekannten und Unbekannten, die für die Sache still arbeiten, seien nicht geringere Heldinnen. — Wen meinte sie mit den Unbekannten? Meinte sie die große Masse der arbeitenden Frauen des Volkes? Oder meinte sie sich und ihre Anhänger, die wohl nicht als Suffragettes gelten, aber genug gefamnt und genannt, empfangen und geehrt werden?

Die Suffragettes ernteten stürmischen Beifall, und das trug eine neue Furcht in die Reihen der ängstlich Bedachten. Sie berieten

am letzten Tage wieder über die Frage, die sie am ersten Tage schon erörtert hatten, und sahten eine Resolution. Sie sahten freilich, als wenn es keine wäre, aber was sonst ist es, wenn man sagt: „Nachdem die militanten Frauen gestern lebhaften Beifall gefunden haben, so könnte das in der Öffentlichkeit den Aufseim erwecken, als hieße der Bund die Kampfmethoden der „Tag Resistance Society“ gut. Es wird daher jeder nationalen Frauenpartei empfohlen, sich dieser Methode gegenüber neutral zu erklären.“

So haben sie also glücklich den Begriff „politische Neutralität“ den eigenen Schwwestern gegenüber erklärt.

Dies sind im großen ganzen die Resultate des Frauenstimmrechtskongresses. China wurde in den Bund aufgenommen. Polen und Galizien. Die Militanten blieben draußen. Bericht wurde über die Wirkung des Frauenstimmrechts in den verschiedenen Ländern gegeben. „Es kann nicht viel sein“, sagte sogar die finnische Vertreterin des Landtages. Ein internationales Pressebureau soll gegründet werden. „Zus fußt“, das Frauenstimmrechtsorgan des Bundes, erhält eine andere Redaktice. Statutenänderungen, Wahlen wurden vorgenommen. Chapman-Cat ist geblieben. Das ist alles. Dazu der Kiefenaufwand, der Kiefenaufwand.

Man fand nicht einmal den Mut zum Bekenntnis — der politischen Neutralität den Parteien gegenüber.

Gerichts-Zeitung.

Auslösung zum Antragen der Zeitung „Proletarier“.

Die gegen die Arbeiterklasse und gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter gerichtete Anklagerichtung treibt immer wunderlichere Blüten.

Bekanntlich hat das Kammergericht früher in beinahe ständiger Praxis entschieden, die Annahme, das Austragen von Flugblättern oder von Zeitungen am Sonntag sei keine öffentlich bemerkbare Arbeit und könne deshalb ebenso wenig wie das Tragen eines Gewehrs, eines Aktentüchels, einer Wibel, eines Pakets eingekauftes Waren oder eines Huckpucks als strafbare Sonntagsarbeit erachtet werden. Es hat in einer großen Reihe von solchen Fällen auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse auferlegt. In einer Reihe anderer Fälle hat es die Ueberbürdung solcher Kosten auf die Staatskasse abgelehnt, weil der Angeklagte im Vertrauen auf diese ständige Rechtsprechung habe annehmen können, daß ein Freispruch erfolge. Die Rechtsprechung änderte sich aber allmählich, nachdem der Kammergerichtsrat Habenstein gegen seinen Willen wegen seiner Stellungnahme gegen die falschen Ansichten der Polizei und Staatsanwaltschaft aus dem Strafenrat ausgeschiff war. Das Kammergericht nahm nun an, es sei von ihm nicht zu präsumieren „tatsächliche Feststellung“, ob Flugblattverbreiten eine Arbeit sei. Es bestätigte freisprechende wie verurteilende Erkenntnisse, letztere, wiewohl die Verfolgungsbehörden, nur Flugblätter mit sozialdemokratischem Inhalt verfolgte, wiewohl andere Flugblatt- und sonstige Pakete weit schwerer waren. Aus dieser Praxis muß gefolgert werden, daß die Verfolgungsbehörde von der physikalischen Wesen ins Gesicht schlagenden Ansicht ausging, die Schwere eines Pakets richte sich nicht nach seinem Gewicht, sondern nach seinem politischen Inhalt. Die Staatsanwaltschaft befehrte Juristen einiger Landgerichte zu ihrer Anschauung. Das Kammergericht meinte achselzuckend: das Urteil mag physikalische und naturwissenschaftliche Normen verlegen, es verletzt aber keine Rechtsnorm des materiellen Rechts.“

Jüngst ist das Kammergericht aber noch weiter gegangen. Es hat eine Entscheidung bestätigt, die den Auftraggeber zur Verteilung einer gewerkschaftlichen Zeitung wegen — Anstiftung zur Sonntagsentheiligung verurteilte. Man darf gespannt sein, ob nun nicht gar noch Verurteilungen wegen Anstiftung gegen Drucker, Setzer, Verleger, Schriftsteller, Schriftsetzer ergehen werden. Eine Verurteilung wäre nicht minder ungerecht, aber auch aus denselben Gründen zu rechtfertigen, wie die geschilderte. Den Vorfall selbst orientiert folgender Bericht.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Krieg des Deutschen Arbeiterverbandes, Kolott, sollte durch Anstiftung zu einer öffentlich bemerkbaren Arbeit am Sonntag die für die Provinz Schlesien vom Oberpräsidenten erlassene Polizeiverordnung vom 14. Februar 1912, betreffend die äußere Heiligung der Sonne und Feiertage übertreten haben. Kolott ist angestellter Beamter der Ortsgruppe. In sein Bureau gelangen wöchentlich die für die Mitglieder in Krieg bestimmten Exemplare des Organs des Verbandes, des „Proletarier“. Die von der Redaktionsversammlung gewählten Funktionäre, deren Aufgabe es ist, die Zeitungen an die Mitglieder auszutragen, holen sich hier die Zeitungen ab. So holte sich auch der Funktionär Mandel eines Sonntags keine Blätter. Es war gegen 8 Uhr abends. Einige trug er noch am Sonnabend aus, die anderen am Sonntagvormittag. Er wurde dabei von einem Beamten beobachtet. Die Behörde fand in seinem Tun eine öffentlich bemerkbare Arbeit und beantragte die Anklage gegen Kolott, als seinen Auftraggeber wegen Anstiftung dazu.

Die Strafkammer in Krieg verurteilte auch Kolott und führte aus: „Zweifellos“ handle es sich um eine öffentlich bemerkbare Arbeit, die durch die Verordnung für die Sonne- und Feiertage verboten sei. Das Publikum habe sehen können, wie Mandel mit seinem Baden von Haus zu Haus gegangen sei. Die Tätigkeit des Mandel sei auch mit einer gewissen Anstrengung verbunden gewesen, so daß sie als Arbeit anzusprechen sei. Es sei ferner anzunehmen, daß Kolott ihn angestiftet habe. Dazu sei nicht erforderlich, daß er ihm gerade an dem fraglichen Sonntabend einen Auftrag gegeben habe; es genüge, daß er ihm überhaupt einmal seine Anzahl Exemplare für die von ihm zu besorgenden Mitglieder überwiesen habe. Es sei ferner anzunehmen, daß sich Kolott habe sagen lassen und daß er sich gefügt habe, Mandel werde in der späten Stunde am Sonnabendabend nicht fertig werden mit dem Austragen und werde es am Sonntag fortsetzen.

Der Angeklagte legte Revision ein.

Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten, weil die Strafkammer ohne Rechtsirrtum eine Anstiftung zu einer öffentlich-bemerkbaren Arbeit am Sonntag angenommen habe.

Es geht doch nichts über „tatsächliche Feststellungen“ und die Ewentualdolus-Theorie. Bemerkt sei, daß das Austragen von Zeitungen in den Zeiten, wo die Post Zeitungen austrägt, reichs-gesetzlich gestattet ist.

Verurteilung eines Rechtsanwalts.

Wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung hatte sich gestern vor der Dortmunder Strafkammer der frühere Rechtsanwalt und Notar Hubert Bonzel zu verantworten. Er soll Stempelpapier in Höhe von 630 000 M. unterschlagen haben. Das Gericht erachtete nur Unterschlagung für vorliegend und erkannte auf zehn Monate Gefängnis.

Anklage wegen 12 Pfennig.

Bei dem Schöffengericht in Gotha ist ein Strafprozeß anhängig, der sich um 12 Pfennig dreht. Ein Bierhändler hat an einer Kaufsegeleinmachestelle statt der geforderten 16 Pf. Tage für Zugzwängen nur 4 Pf. (Tage für einen Geschäftswagen) gezahlt. Er behauptet, sein Wagen sei ein Geschäftswagen gewesen und als solcher benutzt. Das Gericht beschloß Zeugen und Sachverständige zu vernehmen. Das kann ein recht teurer Prozeß werden.

Kirche und Polizei gegen die Laubenkolonisten!

Wie eine Bombe hat die Meldung eingeschlagen, daß fortan die Polizei zugunsten der Kirche den Laubenkolonisten die Sonntagsarbeit auf ihren Parzellen noch mehr als bisher erschweren und nahezu unmöglich machen werde. Der Laubenkolonisten hat sich eine tiefe Erregung bemächtigt, die am Mittwoch in einer zur Erörterung dieser Angelegenheit vom Verband der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend einberufenen, sehr stark besuchten Protestversammlung im „Berliner Klubhaus“, Schönstraße, beredten Ausdruck fand.

Zu der Versammlung forderte der Reichstagsabgeordnete Wolfgang Heine in seinem einleitenden Referat, daß Klarheit darüber geschaffen werde, woran denn die Laubenkolonisten nun eigentlich sind. Trotz aller Bemühungen sei es weder dem Vorstand des Verbandes der Laubenkolonisten noch ihm selber gelungen, jenes gegen die Sonntagsarbeit der Laubenkolonisten sich richtende Urteil „eines höchsten Gerichts“ zu ermitteln, das vor kurzem der Presse aus einer der Polizei dienenden Zeitungskorrespondenz zugeht und so große Erregung hervorgerufen hat.

Für den erkrankten Vorstandsvorsitzenden Steinweg hatte das Vorstandsmittglied Zwanzig das zweite Referat übernommen. Ein Verbot der Sonntagsarbeit bedeute die Vernichtung der Laubenkolonien, deren Fortbestand doch bei den elenden Wohnungsverhältnissen der minderbemittelten Bevölkerung dringend zu wünschen sei. Leider fehle auch den Gemeinden das richtige Verständnis dafür, daß die Laubenkolonien um der Volksgeundheit willen möglichst gefördert werden müßten.

In der sehr ausgedehnten Diskussion brachte zahlreiche Redner die üblichen Erfahrungen zur Sprache, die sie als Laubenkolonisten bisher schon mit der Polizei gemacht haben. Immer wieder gab sich in scharfen Worten tiefgehende Erregung kund, Erregung darüber, daß die Polizei von jeher den Laubenkolonisten ihr Pflanzleben erschwert hat.

Die Protestkundgebung schloß mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung der Berliner Laubenkolonistenvereine beauftragt nach Kenntnisnahme der Rechtslage den Vorstand des Verbandes der Laubenkolonisten Berlins und Umgegend, an zuständiger Stelle vorstellig zu werden, um Klarheit zu schaffen über die Anwendung des § 2 der Polizeiverordnung auf die Laubenkolonien und zwar dergestalt, daß die letzteren einheitlich über Groß-Berlin den Bier- und Hausgärten gleichgestellt bleiben und alle notwendigen Arbeiten in ihnen gestattet werden.“

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste.

In Köpenick (T.-B.) steht uns das Lokal Orleans (Jub. C. Wölle) am Bahnhof Spindlersfeld, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. In Wannsdorf hat das Lokal Sporthaus am Croissensee den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber Herr W. Schramm stellt uns dasselbe ebenfalls zu den üblichen Bedingungen zur Verfügung.

Alt-Bienitz. Sonnabend, den 29. d. M., abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Rodenbusch, Rudower Str. 64. Wichtige Tagesordnung.

Schönhaufen bei Köpenick. Am Sonnabend, den 29. Juni, abends 8 Uhr, bei Dio Pätzsch: Agitationsversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Groger über das Thema: „Was nun?“ Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralsammlung. Abrechnung usw.

Bernau. Morgen Sonnabend, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Fr. Salgmann, Badocker Straße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W. Schneider: „Die Volkspartei und ihre Bedeutung für die arbeitenden Klassen“. 2. Bericht von der Verbandsgeneralsammlung. 3. Stellungnahme über die der Wahl ferngebliebenen Genossen. 4. Parteiangelegenheiten.

Nowawes. An den Sonntagen: 29. Juni, 6. und 13. Juli, vormittags 9 Uhr, finden Vorträge über den theoretischen Teil des Fernstudiums im Lokale von Schmidt, Wilhelmstr. 41/43, statt. Vortragender: Genosse Max Grunwald. Eintrittspreis für drei Vorträge 20 Pf. Der Vorstand des Wahlvereins. Der Ausschuß des Gewerkschaftsartells.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten hatten in ihrer gestrigen Sitzung, die wohl die letzte vor den Sommerferien gewesen sein wird, unter anderem über den Anlauf von Grundstücken für zwei neue Volkshadestellen zu beschließen. Geplant wird eine Anstalt in der Schönhauser Allee nahe dem Ringbahnhof und eine Anstalt am Petersburger Platz, im Ausschuß hat aber das am Petersburger Platz anzulassende Grundstück nicht den Verfall der Mehrheit gefunden, weil es ihr zu teuer ist. Gestern wandte sich unser Genosse Zubeil gegen diese neue Verschleppung der Sache, die ohne dieses Jahre hindurch — zum Verdruss der Bevölkerung jener Stadtteile — nicht vom Fleck gekommen sei. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit nicht nur für das Grundstück in der Schönhauser Allee, sondern auch — entgegen dem Vorschlag des Ausschusses — für das Grundstück am Petersburger Platz, so daß auch dem Viehhofsviertel die Badeanstalt gesichert ist. Hoffentlich dauert es nun nicht allzu lange bis zur Ausführung der Baupläne. Bis zu ihrer Ausführung dürfte allerdings noch eine Reihe von Jahren vertreiben.

Patriotische Unternehmer.

Uns wird geschrieben: „Die Lehrlinge einer Pankower Fabrik wurden von dem Direktor der dortigen Fortbildungsschule aufgefordert, am Dienstag, den 17. d. M., an welchem Tage der Schulunterricht ausfiel, eine Feier anlässlich des Regierungsjubiläums im Pankower Bürgerpark zu besuchen. Da nun der Fabrikherr seine Lehrlinge angewiesen hatte, falls der Unterricht ausfallen sollte, in die Fabrik zurückzukehren, hielten es diese für angebracht, den Direktor davon in Kenntnis zu setzen, worauf ihnen dieser erwiderte, daß diese Stunden der Schule gehörten und nicht dem Lehrherrn. Sie hätten sich also unter allen Umständen zu der von der Schule veranstalteten Feier zu begeben. Das taten diese denn auch, wofür ihnen jedoch am Auszahlungstage ihres Wochenlohns in Höhe von 3 M. für die veräumten Stunden 14 Pf. abgezogen wurden. Kommentar erübrigt sich.“

Zur Fesselung von Fürsorgezöglingen

schreibt uns der Magistrat: „Der „Vorwärts“ berichtet in seiner Nr. 151 vom 18. d. Mts., daß von den drei Fürsorgezöglingen, welche am 17. d. M. — gelegentlich des Festrubels unter den Linden — ihrem Transporter entwichen sind, zwei der Zöglinge mit einer Kette aneinandergefesselt waren. Der „Vorwärts“ wirft die Frage auf, ob es sich hier um Zöglinge des Berliner Kommunalverbandes handelte und ob die Berliner Waisenverwaltung die Fesselung angeordnet hatte.“

Um Berliner Zöglinge kann es sich nicht handeln, da seit Monaten keine Zöglinge aus unseren Anstalten auf dem Transport überhaupt entwichen sind. Die Berliner Zöglinge werden stets einzeln transportiert, jeder Zögling hat einen Begleiter, eine Fesselung findet nicht statt.“

Es wäre wünschenswert, wenn festgestellt würde, welcher Kommunalverband für die Fesselung der Fürsorgezöglinge verantwortlich ist. Im übrigen sind auch Berliner Fürsorgezöglinge schon gefesselt transportiert worden; allerdings könnte das, wie die Leitung der Fürsorgezuchtungsabteilung meint, nur durch die Polizei geschehen sein, welche die Rückführung von entlaufenen Zöglingen übernommen hatte.

Die Verichterstattung der bürgerlichen Presse.

Vom „Gattenmord“ eines „Geisteskranken“ schrieb vor kurzem die Scherl- und Militärpresse, als in Pankow die Ehefrau des Bureauvorstehers Wilhelm an Vergiftungserscheinungen erkrankt war. Die mit Strachanin in Rotwein vergiftete Frau sollte einem Krankenhause zugeführt sein und dort hoffnungslos darniederliegen. An der ganzen Geschichte ist nur wahr, daß Frau Wilhelm, die überhaupt nicht nach einem Krankenhause kam und völlig munter ist, nach dem Genuß von verdorbenem Kalbsbraten an leichtem Unwohlsein erkrankt war. Leider war nach Hinzuziehung eines Arztes der Kalbsbraten schon vernichtet, so daß die Untersuchung nicht mehr stattfinden konnte. Freierkünden ist das Gift im Rotwein. Der Ehemann wurde, da von dritter Seite ein Verdacht geäußert war, in Haft genommen, doch kann die Verhaftung, da sich nichts Belastendes ergeben hat, nicht aufrechterhalten werden.

Solche widerliche Sensationshascherei der bürgerlichen Presse nimmt Formen an, die höchst bedenklich sind und den Ruf des Betroffenen auf Jahre hinaus schwer schädigen müssen. Ueberaus leichtfertig ist es, ohne weiteres den Zeitungsbericht damit auszuschnüden, daß der Ehemann in Geistesunmunnung gehandelt habe. Es ist Methode geworden bei dieser Presse, mit dem Vorwurf oder der Entschuldigung der Geisteskrankheit bei jeder möglichen Gelegenheit nur so herumzuwerfen. Fehlt zu einer Vergebenheit, die der Verichterstattung wert ist, irgendeine Erklärung — sofort wird rücksichtslos Geistesstörung herangezogen. Das stützt nicht nur das Rädgrat der Psychiatrie, die dann Geisteskrankheit wittert, wo keine Spur vorhanden ist, sondern es löst auch immer mehr wirkliche Schuldige, den Kopf mit dem Einwand der „momentanen“ Geistesstörung, für die sich im Publikum wie in Werkzeugen stets Gläubige finden, aus der Schlinge zu ziehen.

Die Eröffnung der Untergrundbahn Spittelmarkt—Alexanderplatz. Die landespolizeiliche Abnahme der Neubaufrede der Untergrundbahn Spittelmarkt—Alexanderplatz wird, wie nun endgültig feststeht, am nächsten Montag (30. d. Mts.) stattfinden; die Betriebseröffnung erfolgt dann am nächstfolgenden Tage (1. Juli). Morgen Sonnabend, vormittags, sind die Vertreter der Presse zu einer Sonderfahrt über die Stadtbahn der Hoch- und Untergrundbahn geladen worden. Bei dieser Gelegenheit sollen auch die Bahnhöfe der Neubaufrede besichtigt werden.

Zu dem Leichenfund bei Westen

Wird weiter berichtet, daß die in Pennisdorf bereits beerdigten Leichenteile gestern wieder aus der Erde herausgehoben worden sind, da der Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Stoerner an ihnen noch wissenschaftliche Untersuchungen vornehmen will. Die hierzu bestimmten Teile werden dann ebenfalls im Berliner Schanzhaufe präpariert und hier aufgehoben werden. Auch im Laufe des gestrigen Vormittags haben sich wieder an verschiedenen Stellen Leute gemeldet, die die Vermutung äußern, daß die Leiche mit einem von ihnen vernichteten Angehörigen identisch sein könnte. Nach den bis-

herigen Feststellungen scheint aber auch unter diesen keine zu sein, die für den Toten in Frage kommen kann. Die Ermittlungen der Polizeibehörden haben ebenfalls noch zu keinem Ergebnis, das von irgendeiner Wichtigkeit ist, geführt. Der Fund ist nach wie vor noch ganz rätselhaft.

Eine gemeingefährliche Gaunerin

ist jetzt in dem 40 Jahre alten, schon schwer vorbestraften Dienstmädchen Marie Schreyer verhaftet worden. Sie studierte die kleinen Anzeigen der Tagesblätter daraufhin, welche Frauen ihren 70. oder 80. Geburtstag feierten. Diese suchte sie dann auf und gratulierte ihnen mit den herzlichsten Worten. Sie gab dann an, daß sie Armenvorsteherin sei und den Auftrag erhalten habe, sich nach ihren Verhältnissen zu erkundigen, damit, falls es nötig sei, für ihre letzten Tagen gesorgt werde. Erfreut darüber erzählten die alten Frauen, die meistens sehr gedächlich waren und in sehr ärmlichen Verhältnissen lebten, bereitwillig der „Vorsteherin“ alles, was sie wissen wollten. Im Laufe des Gesprächs bat die Gaunerin dann um ein Glas Wasser. Die Zeit, wo sich die Greisinnen zu diesem Zwecke entfernten, benutzte sie dann zu stehlen, was sie für mitnehmenswert hielt. Diese entdeckten den Diebstahl aber erst, wenn die Diebin, die sich stets bald darauf empfahl, längst verschwunden war. Ihr letztes Opfer war eine 88 jährige Witwe in der Rostigstraße, die zusammen mit ihrer erblindeten Tochter wohnte. Gaunerinnen dieser Art hat die Diebin im Laufe der Zeit über 100 ausgeführt.

Ein doppelter Straßenbahnunfall

ereignete sich am gestrigen Donnerstag am Spittelmarkt. Dort wollten zwei junge Mädchen, die Verkäuferinnen Else Koch und Gertha Wiesefer den Damm überqueren. In diesem Augenblick nagte der Motorwagen 2150 der Linie 49E, von dem beide Mädchen umgestoßen wurden und unter den Vorderperren gerieten. Fräulein Koch erlitt einen Nervenschoc und Quetschungen am Rücken, während das andere junge Mädchen im Gesicht verletzt wurde.

Ueber Bord gestochen worden ist nach Ansicht des Vaters der junge Mann, der die Veranlassung zu dem aufregenden Vorfall bei Randsdorf gab, über den wir berichteten. Gestern wurde die Leiche des Ertrunkenen, nur mit Schloß und Schuppe besetzt, am Schloßufer aus der See gelandet. Die übrige Kleidung war dem Toten, wie mehrere Wunden erkennen lassen, von Schiffsschrauben oder Bootshaken vom Leibe gerissen worden. Der Produzentenhändler Pfohl aus der Ruskauer Straße 19 erkannte gestern abend in der Leiche seinen Sohn wieder. Nach den bisherigen Befundungen soll sein Sohn, der 20 Jahre zählte, unterhalb des Neuen Kruges in die Müggelsee gesprungen sein, um seinen entflohenen Gut wieder herauszunehmen. Dies hält der Vater aber für ganz unwahrscheinlich, weil sein Sohn nicht schwimmen konnte und auch nach seiner Befundung sehr wasserscheu war. Der Vater, der der Sache jetzt auf den Grund gehen will, bittet deshalb, Zeugen des Voralles sich zu melden.

Von einer Autodeschle überfahren und schwer verletzt wurde gestern mittag gegen 1 Uhr der 81 Jahre alte Arbeiter Alfred Schulz. Als dieser am Brandenburger Tor, in der Nähe des Lattersalles den Fahrradweg überqueren wollte, wurde er von einer Autodeschle, deren Herrmann er wohl übersehen hatte, erfasst und zu Boden geworfen. Die Mäder gingen über ihn hinweg und verletzten ihn so schwer, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. Wie es scheint, ist sein Rückgrat stark mitgenommen worden.

Auf der Treptow-Sternwarte finden folgende kinematographische Vorführungen statt: Am Sonnabend, den 28. Juni, abends 7 Uhr: „Interessante Bilder aus Italien“, abends 9 Uhr: „Natur und Leben in norddeutschen Gauen“; am Sonntag, den 29. Juni, nachmittags 5 Uhr: „Aus fernen Ländern“, abends 7 Uhr: „Christoph Columbus“, am Montag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, spricht Direktor Dr. F. S. Archenhold über: „Eine Wanderung durch das Weltall“ unter Vorführung zahlreicher Licht- und Drehbilder. Während der Schulferien (Anfang Juli bis Mitte August) hat jeder Erwachsene das Recht, zu den Vorträgen ein Kind unter 14 Jahren frei einzuführen. Mit dem großen Fernrohr wird ein Fixstern, ein Sternhaufen im Perseus und von 10 1/2 Uhr an der Jupiter beobachtet.

Bläser-Orchester. Heute abend 9 1/2 Uhr findet in der Brauerei Friedrichshain das XV. Volks-Sinfonieorchester des Bläser-Orchesters unter Leitung von Guido von Sachs statt. Als Solist wirkt der Solocellist Gottfried Jeelander mit, der „Perceuse“ von Gobard und „Caboite“ von Popper vortragen wird. Ferner enthält das Programm: Ouvertüre zu „Der Wasserträger“ von Cherubini, G moll-Sinfonie von Mozart, Suite aus „Sylvia“ von Delibes, Fantasia aus „Cajazzo“ von Leoncavallo und Ouvertüre zu „Wien“ von H. Wagner. Eintritt 30 Pf.

Zeugen gesucht. Am Freitag, den 29. dieses Monats, morgens 6 1/2 Uhr, ist der Brauereiarbeiter Wilhelm Groß aus Neudän, Berliner Straße 97, Seitenflügel IV 1 wohnhaft, mit seinem Zweirad in der Halenheide, Ecke Nischelstraße, von einem Automobilbus der Linie 4 überfahren und schwer verletzt in das Krankenhaus Am Urban eingeliefert worden. Trotzdem die Polizei für Einlieferung des Verunglückten in das Krankenhaus sorgte, war es ihr aber nicht möglich, etwaige Zeugen oder den Verbleib des Zweirades festzustellen. Die Zeugen, die Angaben über den Vorfall machen können, werden um Angabe ihrer Adressen an Frau Groß, Neudän, Berliner Straße 97, Seitenfl. IV 1, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Die Charlottenburger Stadtverordneten

traten am Mittwoch zu ihrer letzten Sitzung vor den Sommerferien zusammen. Von den Vorlagen, die zu erledigen waren, rief die Vorlage betr. Nachbewilligung von Polizeikosten in Höhe von 19 746 M. eine kurze Debatte hervor. Nach der vorläufigen Berechnung waren die Polizeikosten durch den Berliner Polizeipräsidenten auf 688 810 M. festgelegt, während der endgültige Kostenanteil Charlottenburgs 703 056 M. beträgt. Die Stadt hat nach dem Gesetz nichts zu sagen, sondern nur zu zahlen, und so blieb nichts anderes übrig, als die Summe zu bewilligen.

Gleichfalls genehmigt wurde die Vorlage betr. Erweiterung der Volkshadestellen in der Rummelstraße. Mit einem Kostenaufwand von 2 617 000 M. soll die Anstalt erweitert werden und u. a. eine Wellenbadeeinrichtung und eine große Schwimmhalle bekommen, deren Glasdecke so eingerichtet wird, daß sie bei warmem Wetter in möglichst großer Ausdehnung beiseite geschoben werden kann. Ferner sollen in der Anstalt medizinische Bäder, 23 Brausebäder, 40 Bannbäder und je ein Schwitz- und Sonnenbad eingerichtet werden.

Eine lebhafte Diskussion zeitigte der Bericht des Ausschusses über die Vorlage betreffend Altersversorgung der Lehrkräfte von den Charlottenburger privaten höheren Mädchenschulen. Der Magistrat hatte beantragt, Lehrkräfte, die mindestens fünfzehn Jahre an Charlottenburger privaten höheren Mädchenschulen beschäftigt waren, im Falle der Vollendung des 65. Lebensjahres oder im Fall vorher eintretender Verunsicherung ein jährliches Ruhegehalt zu gewähren. Von dieser Unterstützung sollen ausgeschlossen sein Leiter und Leiterinnen solcher Schulen, die Schullehrerinnen aus Gründen der Konfession oder Religion ganz oder zum Teil von ihrer Anstellung ausschließen. Der Ausschuß, dem die Vorlage zur Vorberatung überwiesen war, hatte darüber hinaus beschlossen, daß die an Schulen mit konfessioneller Lehrerbildung zurückgelegte Dienstzeit bei der Ermittlung der Wartezeit unberücksichtigt bleiben solle. Mit anderen Worten: Lehrer und Lehrerinnen sollten dafür bestraft werden, daß die Leiter der

Schulen, an der sie unterrichten, antisemitischen Tendenzen huldigen. Diese Bestimmung wurde von einem Teil der Versammlung warm verteidigt, vom Magistrat und von einem anderen Teil der Versammlung heftig bekämpft. Namens der sozialdemokratischen Fraktion wandten sich die Genossen Vogel und Hirsch grundföhrlich gegen das private Schulwesen, aber solange Privatfchulen bestehen und die Stadt etwas für das Alter der Lehrer und Lehrerinnen tut, bezeichnete sie es als eine Ungerechtigkeit, die Lehrkräfte für die Gefinnung ihrer Vorgesetzten hängen zu lassen. Der Antrag des Ausschusses wurde dann auch schließlich mit knapper Mehrheit abgelehnt und die Magistratsvorlage angenommen.

Bei Beratung der Vorlage betr. Ausbau des Konnen- damms betont Genosse Wille die Notwendigkeit einer schleunigen Erschließung dieses Stadtteils, während Genosse Vogel sich dagegen wandte, daß nach dem Wohnungsplan einmüherige Wohnungen nicht vorgezogen sind. Auch diese Vorlage fand ohne Ausfchüherberatung Annahme.

Eine sozialdemokratische Interpellation bezieht sich auf die Revision des Normalbefoldungsetats, sie lautet:

„Besteht beim Magistrat die Absicht, im Laufe der nächsten Zeit eine Revision des Normalbefoldungsetats vorzunehmen? Im Falle diese Frage bejaht wird, ersuchen wir den Magistrat um Auskunft darüber, in welchem Umfang die Revision geplant ist und wann eine dementsprechende Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung in Aussicht gestellt werden kann.“

Der Magistrat hatte schriftlich folgenden Bescheid erteilt: „Wir werden noch in diesem Jahre nach Beendigung der erforderlichen Beratungen in eine Prüfung darüber eintreten, ob und in welchem Umfang eine Revision des Normalbefoldungsetats stattfinden soll. Nach dem Ausgange der Beratungen kann erst Auskunft gegeben werden, ob und welche Anträge an die Stadtverordnetenversammlung zu stellen sind.“

Infolgedessen verzichteten die Interpellanten auf eine Bepfcheidung, sie behielten sich aber, wie Genosse Scharrenberg hervorhob, vor, auf den Gegenstand zurückzukommen, falls bis Ende des Jahres nichts geschehen ist. Im übrigen nahm der Redner die Gelegenheit wahr, die in der Lokalpresse verbreitete Behauptung richtig zu stellen, daß die Einbringung der Interpellation die Folge der Erhöhung des Gehalts für den neuen Oberbürgermeister sei.

Städtischer Seefischverkauf. Das Nachrichtenamt der Stadt Charlottenburg teilt mit: Die in verschiedenen Zeitungen vor einigen Tagen erschienene Mitteilung von der Einstellung des Seefischverkaufs in Sommer bezieht sich nur auf Berlin. In Charlottenburg werden dagegen wie in den Vorjahren das ganze Jahr hindurch Mittwoch und Freitag im Fleischschanzen, Spreestraße 80, von 8 Uhr vormittags ab Seefische unter städtischer Aufsicht verkauft werden.

Eine vierte Sprechstunde für Säuglinge wird von jetzt ab jeden Montag von 2 bis 3 Uhr in der Charlottenburger Säuglingsfürsorgeanstalt III, Scharrenstraße 82 (nicht, wie kürzlich irrtümlich gemeldet, Kammerer Str. 84 II) abgehalten werden.

Friedenau.

Landkrankenasse und Pflanzsteuer beschlossen. Es scheint, als ob im ganzen Reiche kein Schöppenhäcker Streich verübt werden kann, der nicht in Friedenau Nachahmung fände. Beschließt die wegen ihrer Nützlichkeit unermüht bekannte Wilmsdorfer Stadtvertretung im Gegensatz zu allen andern Groß-Berliner Kommunen die Errichtung einer Landkrankenasse, so müssen die Friedenauer Gemeindeglieder natürlich das gleiche tun. Um aber Wilmsdorfer auf Nachahmung nicht zugunsten zu sein, mußten sich die Gemeindeglieder von Griesen eine Pflanzsteuerordnung vorschreiben lassen, deren Einführung selbst den Wilmsdorfer Stadtvätern nicht zugunsten ist. Bekanntlich stand die Frage der Errichtung der Landkrankenasse zu Anfang des Jahres schon einmal zur Beratung. Damals führte der Gemeindevorstand zur Begründung aus, daß die Landkrankenasse, deren Mitglieder sich zum größten Teil aus Hauspersonal rekrutieren würden, notwendig sei, weil die Dienstmädchen, wenn sie nach dem ersten Januar Mitglieder der Ortskrankenasse werden müßten, dieselben allzuleicht von dem sozialdemokratischen Gift infiziert würden. Das zu verhindern, sei wasserländische Pflicht einer gewissenhaften Gemeindebehörde. Nach den damals vorliegenden rechnerischen Unterlagen hätte die Gemeinde der Kasse einen jährlichen Zuschuß zu gewähren; das war den alten Herren, die für sozialpolitische Zwecke nie Geld übrig haben, Grund genug, sich gegen die Landkrankenasse zu erklären. Da die Annahme der Vorlage damals zweifelhaft erschien, zog der Gemeindevorstand diese zurück, um sie jetzt rechnerisch in anderer Aufmachung (Resultat: Ueberschuß 8800—23 000 M.) vorzulegen. Genosse Richter geistelte auch bei dieser Gelegenheit den Krämmergeist, von dem jede Maßnahme des Gemeindevorstandes diktiert sei. Anstatt die am Orte bestehende Ortskrankenasse weiter auszubauen und sie dadurch im Interesse der Mitglieder leistungsfähiger zu gestalten, lasse man sich aus heillosen politischer Gedächtnislosigkeit dazu verleiten, der schon bestehenden Pflanzsteuer in hassenweiser Vorliebe zu leisten. Ja man scheue sich nicht, aus den Griesen der armen Dienstmädchen noch Ueberschüsse herauszuwirtschaften. Dem Herrn Bürgermeister Balzer, der sich unter Hinweis auf seine fehrere Tätigkeit in Charlottenburg und Schöneberg jetzt noch immer mit dem Munde als große sozialpolitische Denker auszusprechen fucht, bemerkte unser Genosse, daß derselbe trotz all seiner schönen Reden einer der sozialpolitisch rückständigsten Menschen sei, die er je kennen gelernt habe. Während der Rede unseres Genossen kam es zu einem erregten Zwischenfall. Es ist üblich, daß während der Ausführungen unserer Vertreter oder des Herrn Rathbrenner der Gemeindeglieder Droeger in Gemeinschaft mit einigen Erzkennern der ersten und zweiten Klasse durch allerhand III und Röhren das darzustellen versuchen, was in einem Kreis Aufgabe des dämmen August ist. Dieses Benehmen anreize gelegentlich der Rede Richters derart, daß unser Genosse die schon lange verdiente Züchtigung dieser Herrschaften trotz aller Beschäftigungsversuche des Gemeindevorstandes vornehmen möchte. Und er besorgte dies, unterstützt durch Herrn Rathbrenner, gründlich. Die Herren mühten sich sagen lassen, daß man von ihnen als Vertreter des freien Besitzes geistige Regsamkeit ja nicht voraussetze; es sei aber ein Gebot des Anstandes, sich bei Angelegenheiten, von denen sie nichts verständen, ruhig zu verhalten. Diese Reaktion hielt denn auch bis zum Ende der Sitzung vor; stumm wie die geprügelten Schulbuben sahen die vorher so geprügelten Spahmacher da. Die Vorlage selbst wurde in namentlicher Abstimmung, nachdem aus der Gemeindevorstellung nur Gegner derselben gesprochen hatten, mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Pflanzsteuervorlage, über die wir bereits berichteten, rief wieder eine lange Aussprache hervor. Auch hier war es unser Redner, der entschieden gegen dieses Steuermonster protestierte. Eine Verteuerung des Lebens, verbunden mit einer Kopfsteuer, wie sie in dieser Ordnung vorgezogen, müsse mit aller Schärfe von jedem rechtsdenkenden Menschen bekämpft werden. Auch sei der Zweck dieser Steuer ein durchaus verfehlter. Dem ortsanfänglichen Gewerbetreibenden werde damit nicht geholfen, einen finanziellen Gewinn werde sie, da die Eintreibung derselben erhebliche Unkosten verursachen werde, auch nicht ergeben. Die konsumierende Bevölkerung sollte die in den Pflanzbetrieben Beschäftigten mühten zu guter Letzt dafür bluten, damit die Gemeinde zwecklos eine Anzahl Beamte beschäftige. Weiter wandten sich noch die Herren Rathbrenner und v. Brodow gegen die Steuer, trotzdem wurde dieselbe mit 20 gegen 7 Stimmen angenommen. Hierzu sei bemerkt, daß von allen Berliner Vororten bisher nicht ein einziger eine derartige Steuer eingeführt hat.

Für die Ortsfeuerwehr sollen den nächsten Jahre an Automobilwagen und ein Motordruckpumpen beschafft werden. Nach einem Vortrag des Assessors Grundmann wurde beschlossen, eine Gemeindeparkasse zu errichten, die nach Fertigstellung des Rath-

hauses in Betrieb gesetzt werden soll. Herr Grundmann gab bei dieser Gelegenheit einen interessanten Uebersicht über Einkommenverhältnisse der Friedenauer Bevölkerung. Danach wurden gezählt 1000 Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 660—900 M., 9843 von 900—3000 M., 3100 von 3000—6500 M., 2608 von 6500 M. und mehr. Die Fürsorgestelle für Tuberkulose- und Alkoholfranke wird fortan in den Betrieb der Gemeinde übernommen. Die erforderlichen Mittel hierfür wurden bewilligt.

Herzfelde.

Der Männer-Turnverein „Vorwärts“ Herzfelde begeht am Sonntag, den 29. Juni, sein 22. Stüftungsfest. Die Feier besteht u. a. in Gartenkonzert, Umzug durch den Ort, allgemeinem Turnen, Ball usw. Es wird erwartet, daß die wertigste Beteiligung von hier und Umgegend die Veranstaltung des Vereins durch Massenbesuch unterstützt, zumal der Verein gerade jetzt in der „Jugendpflege-Aera“ mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Pantow.

Die Gemeindevertretung trat am Dienstag zu einer kurzen Amtsausschüherung zusammen, um über einige Zusätze und Abänderungen zu der am 11. März d. J. beschlossenen Polizeiverordnung über Herstellung und Betrieb von Grundstücksentwässerungen und Verhütung der Verunreinigung der Wasserversorgung für den Amtsbezirk Berlin-Pantow Beschluß zu fassen. Die in dieser Polizeiverordnung vorgesehenen Geldstrafen bis zur Höhe von 30 M. selbigen, ist die Gemeinde als solche nicht befugt. Es wurde deshalb zusätzlich bestimmt, daß die Festsetzung von Geld- resp. entsprechenden Haftstrafen nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten erfolgen darf. Ferner wurde der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Polizeiverordnung vom 1. April auf den 1. Oktober d. J. abgeändert. — Die dann folgende Gemeindevertreterversammlung hatte sich mit der Festlegung des Bewohnungsplans für das Gelände zwischen Spandauer-, Schulze- und Holländische zu beschäftigen. Schon wiederholt ist hierüber in der Vertretung und an den zuständigen Stellen verhandelt worden, ohne daß es seitdem zu einer definitiven Regelung gekommen ist. Neuerdings hat sich auch der Vorberand in Gemeinschaft mit Vertretern der Gemeinde und der Aufsichtsbehörden mit der Sache befaßt. Die als Ergebnis jener Erörterungen gemachten Vorschläge zur Lösung der Frage lagen der Vertretung zur Beratung und Beschlußfassung vor. Sie fanden jedoch nur teilweise die Zustimmung der Vertretung, so daß auch diesmal wieder eine endgültige Lösung der Bewohnungsfrage des erwähnten Geländes unterblieb. — Die städtische Sparkasse im Droschen verlangt für ein bei ihr aufgenommenes Darlehen eine Erhöhung des bisherigen Zinsfußes von 4% auf 4 1/2 Proz., welchem Verlangen die Vertretung zustimmte. — Da die Gemeinde, als Besitzerin von Kieselstein, allmählich auch eine intensiver Gemüses- und Obstkultur zu betreiben gedenkt, so trat die Vertretung dem Vorschlage der Finanzkommission bei, dem Verein zur Förderung des Obst- und Gemüsebaues in Deutschland beizutreten. — Nach Erledigung einer Anzahl für die Öffentlichkeit unerheblicher Angelegenheiten folgte der öffentlichen eine geheime Sitzung.

Jugendveranstaltungen.

Reutahn. Sonntag, den 29. Juni: Wanderung nach Röhren-Röhren-Nied-Heilmüden-Nied-Heilmüden. Fahrgeld 1,50 M. Abfahrt Stettiner Reutahnof 6,50 Uhr nach Röhren.

Regel-Vorhölde. Am Sonntag, den 29. Juni, trifft sich die arbeitende Jugend von Regel und Vorhölde um 1 1/2 Uhr am Bahnhofplatz. Um 1 3/4 Uhr Abfahrt nach Pantow zum Spielplatz der dortigen Arbeiterjugend. Wir bitten um einen zahlreichen Besuch, auch Erwachsene sind hierzu willkommen. Fahrgeld hin und zurück 20 Pf.

Waldmannslust. Sonntag, den 29. Juni: Spieldausflug. Treffpunkt 8 Uhr früh im Schwoigerhaus. Rückkehr gegen 12 Uhr.

Aus aller Welt.

Die Massenerkrankungen in Osnabrück.

Wie die amtlichen Untersuchungen nunmehr ergeben haben, sind die Erkrankungen beim 78. Infanterieregiment auf Fleischvergüftung zurückzuführen. Es ist festgestellt worden, daß an dem Fleisch äußerlich nichts Verdächtiges zu finden war. Das Kind war im hiesigen Schlachthof geschlachtet, hierzuland untersucht und für gesund befunden worden. Den Lieferanten trifft demnach keinerlei Schuld. Neuerkrankungen sind nicht weiter vorgekommen. Die bisher Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Ein Diebestruß.

Schöpfungswiese wird in New York jährlich Gepäd im Werte von 5 Millionen Dollar gestohlen. Nun ist von den Gerichtsbehörden neuerdings ein Diebestruß aufgedeckt worden. Ein angesehenener Bürger von Brooklyn, namens Kader, war der Leiter dieser Diebesgesellschaft. Er stand am Dienstag vor Gericht und machte nachstehende Angaben: Niemals hätten wir mit derartigen Operationen operieren können, wenn uns die Polizei nicht unterföhrt und höhere Beamte derselben sogar zu uns gehörig hätten. Er fügte seinem Geständnisse hinzu, daß er eine Diebeschule leitete, in der junge Leute zum Stehlen von Warenbällen, Vooten und Fuhrwerken angeleitet wurden. Wenn alles, was Kader dem Richter gegenüber mitteilte, wahr ist, so muß man glauben, daß es sich um einen Diebestruß von enormer Ausdehnung handelt, bei dem Polizisten, Juristen und Diebe in größter Eintracht arbeiteten.

Ein für Uniformen schwärmender Magistrat.

Unter großem Pomp wurde in diesen Tagen in Hannover ein neues Rathaus eingeweiht. Der Magistrat, so wird den bürgerlichen Blättern berichtet, ließ Einladungen an die Spitzen der Behörden und der Gesellschaft, daneben auch an Industrielle, Kaufleute, Gewerbetreibende, Männer der Wissenschaft usw. ergehen mit der ausdrücklichen Bestimmung, möglichst in Uniform zu erscheinen. Bei einem zweiten, für die städtischen Beamten organisierten Festeffen wurde für die uniformierten Beamten der Uniformgang verfaßt.

Wollte der Magistrat mit seinem Uniform-Mas vielleicht demonstrieren, daß er gut preussisch und nicht weislich gefinnt ist?

Kleine Notizen.

Vom Zuge überfahren und gestödet. Auf dem Bahnhof Weidenau bei Siegen wurde gestern der Stationsassistent Schaller von einem einlaufenden Personenzug überfahren und auf der Stelle getödet. Näheres über das Unglück fehlt noch.

Verprügelung der Suffragetten in London. Schwere Ausschreitungen gegen die Suffragetten wurden am Mittwoch während der Fahrt des Präsidenten Poincaré nach der Guiltball von den Zuschauern verübt. Die Menge griff mehrere Frauen an, die Schärpen mit dem obigen „Votes for Women“ trugen. Die Frauen wurden mit Faustschlägen traktiert und die Kleider wurden ihnen vom Leibe gerissen. Nur dank dem Eingreifen der Polizei wurden die Suffragetten vor schweren Mißhandlungen bewahrt. Man schaffte sie unter polizeilicher Bedeckung in einen Untergrundbahnhof, der zeitweilig gesperrt wurde.

Diebstahl im Pariser Versteigerungshaufe. Im Versteigerungshause, der bekannten „Salle de vente“ in der Rue Drouot, wurde gestern von drei bisher unerkannten Individuen aus einem abgeperrten Saale, der morgen zur Versteigerung freigegeben werden sollte, ein Perlenhalsband und kostbare

Schmuckgegenstände gestohlen. Der Wert dieser Sachen wird auf eine halbe Million Franc geschätzt.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“.

Gau IX.

Bundesgenossen! Zur Reichstagswahl in Jüterbog-Luckenwalde benötigen wir ca. 60 Genossen zur Wahlhilfe in verschiedenen Orten. Wir ersuchen diejenigen unserer Bundesgenossen, die sich zur Verfügung stellen, zwecks Entgegennahme der näheren Informationen am Montag, den 30. Juni, nachmittags 5 Uhr, sich bei G. Anörig, Stralauer Straße 3, einzufinden. Der Gauvorsstand.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Touren zum Sonntag, 29. Juni: 1. Abt.: 5 Uhr: Brandenburg; 1 Uhr: Potsdam (Friedrichs Garten). Start: Bismarckstr. 58. — 2. Abt.: am 28. abends 7 Uhr: Leipzig (Lorenz-Jochl, Sonnenwendfeier). Am 29., 1 Uhr: Schmördwitz (Waldhölz). Start: Fontanepromenade 18. — 3. Abt.: 6 Uhr: Röhrensdorf (Weiser Schwan); 1 1/2 Uhr: Röhrensdorf (Gemanns Gesellschaftshaus). Start: Röhrensdorf 12. — 4. Abt.: 5 und 12 Uhr: Krossenow (Bade-tour). Start: Krossenow-Platz. — 5. Abt.: 6 Uhr: Grünheide (Feld); 1 Uhr: Nichtenau (Gesellschaftshaus). Start: Elshum. — 6. Abt.: 7 und 12 Uhr: Summit (Babelow). Start: Oberberger Str. 28. — 7. Abt.: 6 Uhr: Eberswalde (Für Röhle). 1 Uhr: Röntgenal (Marz). Start: Schulstr. 29. — 8. Abt.: am 28. abends 7 Uhr: Wobischheim. Ziel wird am Start, Legehörnstraße, bekannt gegeben; am 29., 13 Uhr: Wittenwalde. — 9. Abt.: 8 und 1 1/2 Uhr: Saatwinkel. Start: Schillingstr. 22. — 10. Abt.: 1 Uhr: Röhrensdorf (Gemanns Gesellschaftshaus). Start: Große Frankfurter Str. 30. — 11. Abt.: am 2. Juli: 9 Uhr: Hennigsdorf. Start: Große Hamburger Str. 18/19. — Ortsgruppe Wilmersdorf: Freitag 4 Uhr: Brandenburg; 2 Uhr: Familien-tour nach Uehlsdorfer (Alter Freund). — Ortsgruppe Charlottenburg: 1 Uhr: Neuer Finkenl. — Ortsgruppe Wilmersdorf: 8 Uhr: Straußberg (Vollbrunn); 1 Uhr: Röhrensdorf (Gemanns Gesellschaftshaus). Start: Hartr. 74. — Ortsgruppe Neudorf: 29. Juni: 12 Uhr: Spundorf (Waldestr., Joh. Schulze). Start: Gelsch, Anleberstr. 48/49.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ (Ortsgruppe Reinickendorf). Sonntag, den 29. Juni: Landpartie der Röhrenwagen nach Sandhausen bei Heiligensee. Start: Freitag 8 Uhr bei Ulling, Schillingstrasse.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin. Am 29., früh 2 Uhr, nach Rathenow. Am 7 und 12 Uhr: Badetour nach dem See. Start: Mariannenpark.

Turnen.

Das Turnerlokal „Kunzeburg-Lichtenberg-Friedrichsfeld“ veranstaltet am Sonntag, den 29. Juni, auf dem Turnplatz in Friedrichsfeld, Treptowallee, ein volkstümliches Probeturnen zum Bezirksfest und zur Kreisjugendturnfahrt, bestehend aus Freübungen, Drei- und Fünfkampf, Wettspielen. Anfang 3 Uhr. Gäste herzlich willkommen.

Freie Turnerschaft „Reinickendorf“. Am Sonntag, den 29. Juni, veranstaltet der Verein auf seinem Sommerturnplatz ein volkstümliches Probeturnen, nachdem Spiele. Anfang 3 Uhr nachmittags. Die Teilnehmerzahl ist hiermit herzlich eingeladen.

Arbeiter-Turnerbund „A. V. Gruppe Schöneberg und U. V. G. B.“ Sonntag, 29. Juni: Reichstagsfest auf dem Spielplatz in Schöneberg, Röhrenstraße. Programm: Form. 7—9 Uhr: Fünfkampf; ab 10 Uhr: Fußballwettkämpfe um die Meisterschaft. Nachdem Stadtkampfe, Einzelwettkämpfe im Stadthofspringen usw. Eintritt frei. Jedermann ist herzlich eingeladen.

Schwarzendorf. Der Turn- und Sportverein (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes) feiert morgen Sonnabend, den 28. Juni, sein Gründungsfest im „Waldsee“. Alle Freunde der Arbeiterturnbewegung sind eingeladen. Anfang 8 Uhr abends.

Der Männerturnverein zu Bernau feiert am Sonntag, 29. Juni, sein 22. Stüftungsfest. Die Veranstaltungen sind folgende: Form. 9 Uhr: Wettkampf sämtlicher Abteilungen auf dem Vereinsturnplatz; nachm. 3 Uhr: Ausmarsch nach dem Turnplatz, dabei: Freübungen, Ringturnen, Spiele und Pyramiden. Zu diesen Veranstaltungen ist die Arbeiterjugend von Bernau freundlich eingeladen.

Ober- und Nieder-Schönebeide. Am Sonntag, den 29. Juni: Sportfest auf dem Turnplatz des hiesigen Arbeiterturnvereins, Spandauer Straße, neben Villa Weidenburg. Sammelplatz der Vereine: Siemensstraße 12 bei H. Schulze. Beginn des Festzuges zum Festplatz 2 Uhr. Beginn des Festes 3 Uhr. Öffnung des Festplatzes 3 Uhr. Eintritt für Erwachsene 10 Pf. Kinder frei. Alle Freunde und Anhänger herzlich willkommen. Sports- und Spiele sind hiermit herzlich eingeladen.

Schwimmen.

Eintrittskarten zum Schwimmfest in Hermsdorf, welches der Berliner Schwimmklub (Mitglied des Jungdeutschland-Bundes) am Sonntag, den 29. Juni, dortselbst veranstaltet, versucht man in Arbeiterkreisen abzugeben! Es darf wohl erwartet werden, daß jeder Arbeiter es ablehnt, durch Zahlung von Eintrittsgeldern eine Veranstaltung und Organisation zu unterstützen, die gegen die Arbeitervereine besonders gerichtet ist.

Den Interessenten ist hingegen der Besuch des Sommerfestes im Festes empfohlen, das der Schwimmverein „Vorwärts Neukölln“ in der Badesaale 3. Ort, Köllnische Allee 12/13, am gleichen Tage veranstaltet.

Ohne eine Preisförderung à la Hermsdorf werden hier Mitglieder anderer Vereine des Arbeiter-Schwimmerbundes mit denen des veranstaltenden an den Startlinien treten und so ihre nach harter Arbeit im erholenden Spiel erzielten Fähigkeiten prüfen.

Arbeiter-Schwimmerverein „Vorwärts“, Ober-Schönebeide, Freitag, den 27. Juni, abends 9 Uhr, im Lokal von A. Barneke, Wilhelmshofstr. 18: Offizielle Schwimmerversammlung. I. Vortrag des Schwimmgenossen Bruno Lade über „Die gesundheitlichen Vorteile des Badens und Schwimmens für den Arbeiter“. — 2. Diskussion. Beteiligung auch von Damen und Nichtschwimmern besonders erwünscht. Der Vorstand.

Arbeiter-Schwimmerverein „Berlin“ (Mitglied des Arbeiter-Schwimmerbundes.) Am Sonntag, den 29. Juni, veranstaltet der Verein folgende Partien:

Abt. I. nach Freibad Grünau, Treffpunkt sämtlicher Mitglieder 8 1/2 Uhr am Schiffschen Bahnhof (Untergrundbahn). Abt. III. Sonnabend, den 28. Juni, nach Röhrensdorf nach Leipzig. Treffpunkt 9 Uhr abends am Ober-Bahnhof. Abfahrt 8,55 Uhr. Abt. IV. nach Kapenberge, Treffpunkt Sonntag morgen 7 Uhr Drantenburger Tor. Abt. V. Sämtliche Mitglieder am Schwimmfest des Arbeiter-Schwimmervereins Neukölln.

Arbeiter-Schwimmerverein „Neukölln“ (A. V. G. B.) Am Sonntag, den 29. Juni, nachm. 3 1/2 Uhr, hält der Arbeiter-Schwimmerverein in der Köllnischen Badesaale sein diesjähriges Schwimmfest ab. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pf. Der einmalige Ueberschuß ist zur Deckung der Unkosten wie zum Schwimmunterricht der starken Knaben- und Mädchenabteilungen bestimmt. Der Verein rechnet auf zahlreichen Besuch der hiesigen Arbeiterjugend.

Anlässlich des Schwimmfestes wird die Unkosten für Badende um 2 Uhr geschlossen.

Wandern.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. I. Sonnabend, den 28. Juni, Radwanderfahrt nach Neuthen-Kausthagenweber-Friedrichsdorf-Fort-Horstmann-Friedhof-Spreenbergen — Marktspielfeld — Schornstein — Kauenische Berge-Kauen-Fürstentum. Abfahrt: Sonnabend abends 7,40 Gültiger Bahnhof. Die Begleitung beträgt circa 44 Kilometer, deshalb nur richtige Fußgänger willkommen. — II. Sonntag, den 29. Juni: Wanderfahrt nach Stolton-Kiefernwalde-Keipin-Schornstein-Weißhölz-Kauenische Berge-Kauen-Fürstentum. Abfahrt: 4,40 früh Gültiger Bahnhof bis Stolton. Gäste willkommen.

Wichtig, Spreewaldfahrt! Zu der am 13. Juli stattfindenden Ober-Spreewaldfahrt sind Leinwandkarten à 5,75 M. für Bahnfahrt à Klasse und Radfahrt in unteren Klassen: Früh Böhlich, Falter Str. 22, und Georg Weismann, Grünstr. 21, zu haben. — Keine Fußwanderung.

Arbeiter-Touristverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 29. Juni: 1. (Phototour) Brandenburg a. H., Grünert. Abfahrt nach Gült vom Potsdamer Bahnhof: Sonnabend abends 11,50. II. Grünert (Zwischen-treffen mit Tour I), Neue Wölfe, Groß-Buckermücker. Grünert. Abfahrt nach Grünert Potsdamer Bahnhof 8,55. Gäste herzlich willkommen.

Eine Daztour für 10 Tage (17. bis 26. August) veranstaltet obige Ortsgruppe. Teilnehmer, auch Nichtmitglieder, wollen sich melden und erhalten nähere Auskunft bei H. Ködner, Prinzenstr. 58.

Arbeiter-Samariterbund „Kreis Brandenburg“. Lehrend haben in dieser Woche (Regiment 87, 1. Abt.: Berlin, 4. Abt. Donnerstag, den 3. Juli, Lichtenberg, Schornsteinweberstr. 60, bei Videnhagen.

Berlin, 5. Abt. Freitag, den 4. Juli, Neukölln, Weißhölzstr. 8, Idealstraße.

Spandau, Mittwoch, den 2. Juli, Uehlsdorfer Str. 5, bei Dammberg.

Rodawitz (Abt. Potsdam), Mittwoch, 2. Juli, Potsdam, Kassen-Wilhelm-Strasse, Restaurant Glaser.

Schönebeide, Montag, 30. Juni, Siemensstraße 12, Restaurant Schuls.

Berlin: Monatsversammlung heute Freitag, 27. Juni, 6 1/2 Uhr, Restaurant Augustin, Drantenstraße 100.